



Peter Beule, Stefan Müller (Hrsg.)

Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914

Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.)

Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 16

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

public.history@fes.de

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

© 2022 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:

Dr. Peter Beule, PD Dr. Stefan Müller

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweise (Umschlag):

Vorderseite: Lehrgang an der SPD-Parteischule im Jahr 1907,

Gruppenaufnahme u. a. mit August Bebel, Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert,

Quelle: AdSD, 6/FOTA037472, Rechte: AdSD.

Rückseite: Sozialdemokratische Reichstagsfraktion Anfang 1914,

Quelle: AdSD, 6/FOTA009679, Rechte: AdSD.

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2022

ISBN 978-3-98628-211-0

ISSN 1431-6080

Inhalt

Peter Beule/Stefan Müller

Einleitung 5

Hedwig Richter

Demokratisierung in der internationalen Reformära.
Inklusion und Exklusion im Kaiserreich 11

Andreas Fahrmeir

›Befremdliche Praktiken‹ mit ›gespenstischen‹ Folgen?
Britische Perspektiven auf Wahlen im Kaiserreich 23

Thomas Welskopp

Von der Klassenstruktur zur bipolaren Gesellschaft 35

Jürgen Schmidt

Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Klassenidentität
im Deutschen Kaiserreich 41

Anna Strommenger

»Heimat Arbeiterbewegung«? Zwischen sozialdemokratischer
Selbstbeschreibung im Kaiserreich und nostalgischer Rück-
projektion in der Weimarer Republik 53

André Biederbeck

»Ist's da ein Wunder, daß ich anhänglich bin an das alte
Stübchen??« – Die Bedeutung von Räumen und Orten
für die Konstituierung eines sozialistischen Milieus 67

Ernst Piper

Sozialreform oder Revolution. Rosa Luxemburg und die programmatischen Debatten in der SPD vor 1914 77

Jörn Schütrumpf

In Opposition zur Politik des SPD-Vorstands.
Mitglieder, die nicht gewillt waren, die Partei zu verlassen 89

Mirjam Sachse

»... daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.« –
Die SPD und das Frauenwahlrecht..... 99

Gottfried Niedhart

Gustav Mayers Blick auf die Sozialdemokratie 1890–1914..... 111

Mike Schmeitzner

Ein Medium der innerparteilichen Integration?
Die Dresdner Tageszeitung der Arbeiterbewegung als
Fallbeispiel (1890–1914) 123

Walter Mühlhausen

Geschlossenheit als Handlungsprinzip –
Friedrich Ebert als Parteiführer 135

Andreas Biefang

Konfliktvolle Vergemeinschaftung.
Wahlkämpfe und Wahlen als Agenten der Identitätsbildung
in der Sozialdemokratie vor 1914 145

Peter Beule/Stefan Müller

Einleitung

Zur Geschichte der Arbeiter_innenbewegungen weltweit – die deutsche Entwicklung bildet da keine Ausnahme – gehört die Geschichte ihrer Spaltungen entlang der politischen Hauptströmungen im 20. Jahrhundert. Diese waren die Sozialdemokratie auf der einen und die kommunistische Bewegung auf der anderen Seite. Eine große Zahl kleiner Gruppen und Organisationen, die sich links, rechts und gelegentlich quer dazu verhielten, gehört zu dieser Geschichte dazu. Die Vervielfachung sozialistischer und Arbeiter_innenparteien und -organisationen fand rund um den Ersten Weltkrieg statt, der häufig Anlass oder Auslöser war, unterschiedliche Wege zu gehen. Im Deutschen Reich begann die formelle Spaltung 1917 mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). 1920 wurde diese Spaltung durch die Fusion eines Teils der USPD mit der damals noch kleinen KPD auf Dauer gestellt. Insofern kann man eine Geschichte der »alten« sozialen Bewegungen nicht ohne deren differierende Einschätzungen unter anderem zur »proletarischen Diktatur« oder dem Avantgardismus in den auf den Krieg folgenden Revolutionen erzählen.

Man kann aber auch danach fragen, was die Arbeiter_innenbewegung als damals größte Massenorganisation eigentlich zusammenhielt. Dies haben wir am 18./19. Februar 2021 auf der Konferenz »Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914« getan. Unser Anliegen war, der Geschichte einer vielschichtigen Bewegung in ihrer positiven Diversität nachzugehen und die Entwicklung der Sozialdemokratie im Kaiserreich nicht von ihrem Ende her zu diskutieren. Die in diesem Band abgedruckten Beiträge gehen auf diese Konferenz zurück. Sie geben in ihrer essayistischen Form Diskussionsimpulse für eine Neuperspektivierung der Geschichte der Sozialdemokratie und bringen neue Forschungsansätze zur sozialdemokratischen Arbeiter_innenbewegung mit der aktuellen geschichtswissenschaftlichen Debatte über demokratische Potenziale des Kaiserreichs zusammen.

Neue Perspektiven und alternative Lesarten eröffnen sich selbst dort, wo sich eine intensive Debatte über Spaltungen geradezu aufdrängt, etwa mit Blick auf Rosa Luxemburg und die mit ihrer Person verbundene Konfliktgeschichte der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Bewegung vor 1914 war bunt, plural und divers, sie war jedoch weit vom Zerfall und einem Auseinanderklüften entfernt. Luxemburg und manche ihrer (späteren) Mitstreiter_innen wünschten zwar jederzeit dem »partei-rechten« Flügel die tiefste Niederlage und hätten diesen hinausgedrängt, wenn es in ihren Möglichkeiten gestanden hätte, aber nie um den Preis der Einheit einer sozialdemokratischen Bewegung (wie sie sie verstanden). Hier war Luxemburg vielleicht Friedrich Ebert näher, als viele ihrer Interpret_innen es später wahrhaben wollten. Denn auch Ebert widersetzte sich lange denjenigen, welche die Linke hinauswerfen wollten. Das Tischtuch mit den Unabhängigen war für Ebert erst mit der offenen Opposition Hugo Haases 1916 im Reichstag zerschnitten. Einheit, Disziplin, Geschlossenheit: Diese politischen und organisatorischen Vorstellungen von einer sozialistischen Massenpartei wurden über die Flügel hinweg geteilt – und sie hielten die Bewegung lange zusammen, trotz aller Richtungskonflikte. Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Flügelkonflikte für die Parteiführer_innen, Arbeiterbeamt_innen, Redakteur_innen und Intellektuellen eine größere Bedeutung hatten als für die Masse der Parteimitglieder. Insofern richteten sich auch die (Selbst-)Aufforderungen zur Geschlossenheit eher an die Funktionselite. Ob diese These stimmt, müssen die Leser_innen dieses Essaybandes selbst entscheiden. Unseres Erachtens sind die Beiträge von Jörn Schütrumpf über Linke, welche die SPD nicht verlassen wollten, von Ernst Piper über Rosa Luxemburg und von Walter Mülhausen über Friedrich Ebert Belege hierfür.

Ein weiteres Ergebnis der Konferenz und im vorliegenden Essayband zur Diskussion gestellt ist die Bedeutung von Alltag und Heimat. Dass die Reichweite der Parteitagsdebatten und der Leitartikel begrenzt war (und auch heute noch ist), stellt keine Neuigkeit in der (historischen) Forschung dar. Blickt man auf den Alltag der Parteimitglieder und der am Rande dieser Organisationen lebenden Menschen, waren andere Dinge von Belang. An gemeinsamen Orten der Freizeitgestaltung, der Kultur und des Sports formte die Basis die sozialdemokratische Bewegung. In diesem Prozess bildete sich eine gemeinsame sozialistische Identität.

tät heraus, wie André Biederbeck deutlich macht. Anna Strommenger blickt in ihrem Beitrag auf das Milieu der sozialdemokratischen Arbeiter_innenbewegung als einen Ort der Solidarität und des Zusammenschlusses Gleichgesinnter, der als »Heimat« empfunden wurde. War die Prägekraft eines Sozialmilieus auch begrenzt und seine Herausbildung äußerst konfliktbehaftet, so zeigt sich doch, dass der Milieubegriff noch immer eine Erklärungskraft für die Entstehung der organisierten Arbeiter_innenbewegung besitzt.

Von einer Milieuharmonie konnte aber nicht die Rede sein, denn auch damals lebten die Menschen in einer von Widersprüchen durchzogenen Gesellschaft. Die Beiträge dieses Bandes verweisen zudem darauf, dass auch »Klasse« keinesfalls eine abgestandene Kategorie ist. Ins Blickfeld rückt jedoch besonders das Problem, dass Klassen auch im 19. Jahrhundert keine homogenen Subjekte waren. Daran schließt die Frage an, ob die Organisierung und Herausbildung einer solidarischen Klassenkultur und von Klassenorganisationen damals tatsächlich leichter war als heute. Auch in der Gesellschaft des Kaiserreichs wurde Klassenbildung durch eine Fülle anderer Faktoren wie Geschlecht, Einkommen, Herkunft und weltanschauliche Prägung überlagert. Thomas Welskopp entfaltet in seinem Beitrag ein breites Panorama des Klassenbegriffs, der vom 19. Jahrhundert an als Kategorie der Gesellschaftsbeschreibung diente, sich aber vor allem auch auf konkrete betriebliche Arbeitsbeziehungen bezog. Jürgen Schmidt zeichnet ein differenziertes Bild der Beziehungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft und untersucht Aspekte von Abgrenzung und Gegnerschaft einerseits sowie Anpassung andererseits.

Weitere der hier versammelten Beiträge arbeiten Elemente einer Pluralität heraus, welche integrativ auf die entstehende Arbeiter_innenklasse wirkten. Andreas Biefang analysiert die Wahlkämpfe der SPD vor 1914 und betont ihre mobilisierende und identitätsstiftende Kraft. Von entscheidender Bedeutung war dabei die emotionale Vergemeinschaftung der sozialdemokratischen Parteimitglieder und ihrer Anhängerschaft. Mirjam Sachse betrachtet das Frauenwahlrecht, für dessen Einführung sich die SPD als einzige Partei in der Zeit des Kaiserreichs entschieden eingesetzt hatte, und geht den (begrenzten) Kohäsionskräften in und zwischen proletarischer Frauenbewegung und SPD nach. Dass auch die Parteipresse als Medium der innerparteilichen Integration wirken konnte, macht Mike Schmeitzner

anhand des Beispiels der *Dresdner Volkszeitung* in den Jahren von 1890 bis 1914 deutlich. Einerseits stellte die Heterogenität der Redaktion sicher, dass die Ansichten der unterschiedlichen Parteiflügel abgebildet wurden. Kohäsion wurde auch dadurch gefördert, dass sich die Redaktion einer ständigen Bedrohung durch juristische Verfolgung und den grassierenden Antisemitismus ausgesetzt sah. Andererseits trug die Zeitung durch Berichte über unterschiedliche Aktivitäten und Vorfeldorganisationen der Arbeiter_innenbewegung wie Gewerkschaften und Genossenschaften zum Zusammenhalt der Sozialdemokratie bei. Mit seinem Beitrag über den Sozialhistoriker Gustav Mayer betrachtet Gottfried Niedhart den Blick »von außen« auf die Sozialdemokratie in den Jahren 1890 bis 1914. Unter anderem als Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* in Brüssel tätig, nahm Mayer immer wieder zur Lage der Sozialdemokratie Stellung und thematisierte, wie die SPD ihren politischen Einfluss ausbauen könnte. Wenngleich er mit August Bebel als Führungs- und Integrationsfigur häufig über Kreuz lag, blieb ihm das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Sozialdemokratie trotz differierender Politikansätze nicht verborgen. Insgesamt zeigen die Beiträge: Vielfalt und Diversität in der sozialdemokratischen Bewegung schlossen Zusammenhalt nicht aus; sie bildeten vielmehr seine Voraussetzungen.

Die Beiträge von Hedwig Richter und Andreas Fahrmeir ordnen sich ein in die geschichtswissenschaftlichen Debatten über die demokratischen Potenziale des Kaiserreichs. Während Fahrmeir die britische Perspektive auf Wahlen in den Blick nimmt und dabei vor allem auf die diagnostizierten Mängel des deutschen Wahlsystems nach 1871 abhebt, zeichnet Richter ein Bild des Kaiserreichs, in dem Ansätze der Demokratisierung sowie Elemente der Modernisierung und des gesellschaftlichen Konsenses im Vordergrund stehen. Das Kaiserreich war keine harmonische Gesellschaft und das freie Männerwahlrecht auf Reichsebene machte das kaiserliche Deutschland nicht zu einer demokratischen Gesellschaft. Die Frage aber, ob und in welchem Maße das Kaiserreich inklusiv war und als Vorgeschichte der deutschen Demokratien bezeichnet werden kann, muss in der Forschung weiter diskutiert werden. Dabei kommt es auf klare Begrifflichkeiten und eine saubere Trennung der Perspektiven an: Versucht man, mit dem Begriff des Kaiserreichs eine Gesellschaft analytisch zu beschreiben und sie in ihrer Gesamtheit (und damit zwangsläufig verkürzend) auf einen Nenner zu bringen – oder

wird lediglich die politisch-ökonomische Herrschaftsform benannt? Sehen wir die Pickelhaube, das »Sozialistengesetz« oder den Genozid an den Herero und Nama, dann meinen wir den preußisch dominierten, autoritären und militaristisch-expansionistischen Obrigkeitsstaat und reden insbesondere über den Kaiser, Bismarck, die Generalität oder den Flottenverein. Sprechen wir aber von einer differenzierten Gesellschaft und verweisen dabei auf die Frauenwahlrechtsbewegung, die Arbeiter_innenorganisationen und andere emanzipatorische Kräfte, dann sehen wir demokratische Potenziale, die sich im ausdrücklichen Widerspruch und Konflikt zu den herrschenden Schichten des Kaiserreichs befanden. Keine Gesellschaft ist widerspruchsfrei, auch das Kaiserreich war es nicht. Unserer Meinung nach reicht es aber nicht, auf diese Widersprüchlichkeit zu verweisen, um von dort aus positive, demokratische Bezugspunkte herzustellen. Diese ergeben sich vielmehr daraus, dass Demokratiebewegungen – allen voran die Sozialdemokratie und die Frauenbewegung, aber auch andere liberaldemokratische Vereinigungen – nicht wegen, sondern trotz des autoritär verfassten Kaiserreichs wuchsen.

Es ist derweil sehr gut möglich und eröffnet zahlreiche neue Perspektiven, über die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung und der Sozialdemokratie zu sprechen, ohne ihre Friktionen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Frage nach den Kohäsionskräften, nach den verbindenden Elementen sowie nach Themen, Milieus, Klassen und politischen Formen der Aktivität eines fortschrittlichen Lagers in der Gesellschaft sollte aber nicht nur eine historische sein. Sie muss auch heute gestellt werden.

Dr. Peter Beule ist Referent im Referat Public History des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

PD Dr. Stefan Müller leitet das Referat Public History des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und lehrt Neuere und Neueste Geschichte in Duisburg-Essen.

Hedwig Richter

Demokratisierung in der internationalen Reformära. Inklusion und Exklusion im Kaiserreich

Meine Grundthese ist, dass in der dynamischen Zeit des Kaiserreichs wesentliche Wurzeln der Demokratie gelegt wurden; das ist ein keineswegs neuer Gedanke. Reformen – verstanden als planvolle, friedliche Umgestaltung des Bestehenden in einen besseren Zustand – waren ein Signum des Kaiserreichs. Sie wurden notwendig, um die große Herausforderung der Zeit zu bewältigen: die Inklusion der »Massen«, die nicht länger entmündigt und im Elend leben sollten. Theorien von den »Massen« entstanden, wobei diese mal als Bedrohung, mal als Chance, aber in jedem Fall als der entscheidende Faktor der Zeit wahrgenommen wurden. Es geht im Folgenden also um demokratisierende Effekte in der sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft des Kaiserreichs. Doch die Inklusion befeuerte die Exklusion. Für eine Analyse lohnt es sich dabei, den Blick international zu weiten: Denn sowohl die liberalisierenden als auch die reaktionären Tendenzen lassen sich als rein nationale Phänomene nur unzureichend untersuchen – trotz aller Unterschiede, nicht zuletzt auf regionaler Ebene.

Diese »Fundamentaldemokratisierung« (Karl Mannheim) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ließ sich weltweit beobachten. Die Frage, ob es sich dabei im Fall des Kaiserreichs um einen Prozess der Parlamentarisierung und Liberalisierung handelte, wie etwa Werner Frauentdienst vermutete, oder um »pseudo-demokratische« Entwicklungen (Hans Rosenberg), ist alt. Vermutlich lässt sich weder die eine noch die andere Position final empirisch belegen, zumal die Jahrzehnte um 1900 von extremen Spannungen und Widersprüchen geprägt waren. Seit der Verabschiedung der Sonderwegthese in den 1980er-Jahren und seit Forschungen etwa von Margaret Anderson, die das Kaiserreich als »Lehrjahre der Demokratie« bezeichnet hat, lässt sich freilich das Bild eines rein autoritären Kaiserreichs kaum aufrechterhalten. Dass das Kaiserreich bei aller Dynamik autoritäre und repressive Züge trug, ist gleichwohl unstrittig. Kurz: Ist nicht alles längst vielfach gesagt?

Ich denke, der internationale Horizont kann weitere Aspekte hinzufügen: Erstens werden die deutschen Entwicklungen im Kontext als weniger exotisch betrachtet, zweitens werden Aufbrüche sichtbarer, die in der Geschichte des Kaiserreichs eher übergangen wurden.

Im Folgenden will ich zunächst auf die Massenpolitisierung eingehen, dann in einem zweiten Teil die Auswirkungen dieser Politisierung anhand von drei Beispielen analysieren: Nationalismus, Kolonialismus und zivilgesellschaftliche Aufbrüche.

Massenpolitisierung

Die Gründung des ersten deutschen Nationalstaats 1867/71 fiel in eine Zeit, in der sich im ganzen nordatlantischen Raum Verfassungen liberalisierten oder etablierten und partizipative Rechte ausgeweitet wurden. Für die »Massenpolitisierung« im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war das ein wichtiger Grundstein. Nicht zufällig war dies die Zeit, als die »Massen« – weltweit – von der Idee des Nationalismus ergriffen wurden und sich dieser immer mehr verschärften. Diese Epoche gehört zu den in internationaler Hinsicht bedeutendsten und wohl wenig beachteten Demokratisierungsschüben. Vielleicht spielt hier die List der Revolutionserzählung eine Rolle, dass Demokratisierung von »oben« gern übersehen wird, während revolutionäre Veränderungen von »unten« zuweilen in ihrer Bedeutung überschätzt werden. Großbritannien verdoppelte 1867 durch den »Reform Act« die Zahl der Wahlberechtigten, Frankreich errichtete die Dritte Republik. In Schweden, Belgien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Ungarn, Serbien und Luxemburg vergrößerten Reformen den Kreis der Wahlberechtigten oder stärkten den Parlamentarismus. Der Norddeutsche Bund führte 1867 ein allgemeines und gleiches Männerwahlrecht ein, das 1871 für das Deutsche Reich bestätigt wurde. In den Vereinigten Staaten von Amerika garantierten der 13., 14. und 15. Verfassungszusatz bis 1870 auch den afroamerikanischen Männern das volle Bürgerrecht.

Diese Erweiterungen kamen aus einem neuen Verständnis von *self-evidence*. Der britische Liberale William Ewart Gladstone kommentierte die Wahlrechtserweiterung: »Man kann nicht gegen die Zukunft ankämpfen.«¹ Und Heinrich von

1 Gertrude Himmelfarb, The Politics of Democracy: The English Reform Act of 1867, in: Journal of British Studies, 6, 1966, H. 1, S. 97–138, hier S. 102.

Sybel erklärte 1867 im konstituierenden Reichstag: »Die wirkliche Verantwortlichkeit, das ist jene öffentliche Meinung, die in unseren Tagen nicht mehr die sechste, sondern die erste der Großmächte genannt werden muss«; keine »Regierung hat in den modernen Verhältnissen Bestand, die auf die Dauer vor dem Anspruch *dieses* Gerichtes nicht besteht«. ² Die Verfassung beruhte auch auf demokratischen Verfahren, denn die Landesparlamente und der Reichstag diskutierten und verabschiedeten sie, wie Oliver Haardt dargestellt hat.

Interessant an den genannten internationalen rechtlichen Demokratisierungsprozessen ist erstens, dass sie oft von den Regierenden forciert wurden, und zweitens, dass sie in einigen Ländern zu einem massiven Rückschlag führten. Wie stark die Wahlrechtserweiterungen etwa in Großbritannien oder Deutschland von »oben« dirigiert waren, ist bekannt. Auch in den USA konnte das Wahlrecht nur mit entsprechendem Druck durchgesetzt werden. Das Ende des Bürgerkriegs 1865 hatte keineswegs die politische Gleichstellung der afroamerikanischen Bevölkerung bedeutet. Die Südstaaten hatten zwar der armen weißen Landbevölkerung, die etwa in South Carolina politisch weit von einer Gleichberechtigung entfernt gewesen war, mehr Rechte zugesprochen. Aber der Ausschluss der Schwarzen blieb weiterhin selbstverständlich. Dort, wo Referenden über die Wahlberechtigung der Afroamerikaner abgehalten wurden, lehnten die weißen Wähler das ab – auch in den Nordstaaten. Erst die regierenden Republikaner setzten die Verfassungszusätze zur Gleichstellung um. Doch bedurfte es außerdem militärischer Gewalt, um die afroamerikanischen Männer zu gleichberechtigten Bürgern zu machen. Von Washington ausgesandte föderale Truppen besetzten in der Zeit der *Radical Reconstruction* die Südstaaten und setzten mithilfe der Militäradministration ab 1867 Wahlen durch, in denen Schwarze erstmals grundsätzlich wahlberechtigt waren. Der Backlash war gewaltig. Nicht nur der Ku-Klux-Klan organisierte seinen Gegenterror. Auf zahlreichen Ebenen begannen weiße Bürger, sich gegen die Gleichstellung der Afroamerikaner zu wehren. Als 1877 die Truppen wieder abzogen, wurden die Schwarzen nach und nach von der Urne verdrängt, bis sie um 1890 erneut weitgehend ausgeschlossen waren.

² Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867. Stenographische Berichte, Bd. 1, Sitzung v. 23.3.1867, S. 329.

Der Rückschlag ging noch tiefer, denn das eng mit Vorstellungen von weißer Männlichkeit verbundene demokratische Selbstverständnis wurde stark erschüttert, als schwarze Männer in der Zeit der *black vote* ihr Wahlrecht auch wirklich wahrnehmen wollten. In dem Ku-Klux-Klan-Film »Birth of a Nation« von 1915 werden die schwarzen Wähler und Abgeordneten von 1867 bis 1877 und besonders die schwarzen Wahlhelfer und Soldaten, die den Wahlakt absicherten, als nationale Schande und als Skandal erinnert. Diese Erschütterung ließ den Glauben an die Demokratie erodieren. Weiße und oft auch wohlhabende Männer versuchten einen Verfassungszusatz durchzusetzen, mit dem das *universal suffrage* abgeschafft und Besitzenden mehr Rechte zugesichert werden sollten. Die Obersten Gerichte erklärten immer wieder die Verfassungsmäßigkeit von Steuer- oder Besitzqualifikationen für das Wahlrecht. Erst mit der allmählichen Rücknahme der *black vote*, also einer massiven Einschränkung der Demokratie, verschwanden diese Attacken. Der *Atlantic Monthly* schrieb 1879: »Thirty or forty years ago it was considered the rankest heresy to doubt that a government based on universal suffrage was the wisest and best that could be devised. [...] Such is not now the case«. ³

Hierzulande bekannter sind die Rückschläge im Kaiserreich nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts: Das rechtsstaatlich höchst problematische »Sozialistengesetz« von 1878 bis 1890 war eine massive Attacke auf egalitäre Partizipationsrechte. Die Organisation der Sozialdemokratie und ihre Veröffentlichungen wurden ebenso verboten wie Gewerkschaften und Parteiversammlungen, die vielen Männern Identität und Selbstbewusstsein boten. Die Männer und Frauen der Parteiführung wurden verfolgt, eingesperrt oder aus Deutschland ausgewiesen. In den zwölf Jahren, in denen das Gesetz galt, wurden insgesamt rund 1.500 Menschen verurteilt. Auch wenn die Ausgrenzung und Verfehlung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in Deutschland eine besondere Schärfe annahm, waren ähnliche Abwehrreaktionen doch in anderen Ländern keineswegs unbekannt. In Belgien beispielsweise drehten sich Debatten über das Wahlrecht stets auch darum, inwiefern dieses den Sozialismus eindämme. Und obwohl die Arbeiterbewegung in den USA weniger bedeutend war, rief sie auch dort Aversionen und Ängste hervor. Ereignisse wie der Eisenbahnstreik

³ »Limited Sovereignty in the United States«, in: *Atlantic Monthly*, 43, 1879, S. 186.

von 1877 mit über 100 Toten, die *Haymarket Affair* von 1886, an deren Ende vier Arbeiterführer gehängt wurden, die Niederschlagung des Pullman-Streiks 1894 (wie Dutzende anderer Streiks) durch Bundestruppen mit Toten und Verletzten oder die Attacken auf Streikende durch paramilitärische Polizeidienste – die hier erreichten Opferzahlen und auch das Ausmaß der Gewalt wären in Deutschland kaum möglich gewesen. Auch in Frankreich wurde oft das Militär gegen Streikende eingesetzt, wodurch es zu gewaltvollen Ausschreitungen oder gar zu Toten kam. Zum zeitgenössischen Kontext gehört schließlich, dass weder in Europa noch in Nordamerika eine Arbeiterpartei vor dem Ersten Weltkrieg die Macht übernahm.

Auswirkungen der Massenpolitisierung

Inklusionsprozesse riefen massive Exklusionsprozesse hervor. Dieses Phänomen zeigte sich beim Konzept der Nation besonders deutlich. Zunächst diente die Vorstellung von der Nation als Gleichheitsvehikel (Dieter Langewiesche): Jedermann hatte die Dignität, ein Deutscher (oder Franzose oder Italiener) zu sein, egal ob Adliger oder Bauer. Es ist kaum zu überschätzen, wie wichtig der Gedanke der Nation war, um die Gleichheitsidee plausibel zu machen. Diese war zunächst abstrakt, schließlich lebten die Menschen ja in einer Welt voller Ungleichheiten. Ihr ganzes Leben war durchzogen von Hierarchien. Nation aber machte Gleichheit verständlich, pflanzte sie in den Alltag und in die Herzen der Menschen ein. Es war also kein Zufall, dass sich die Konzepte von Bürger, Nation, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit Hand in Hand entwickelten, und es war kein Zufall, dass Demokratie im nationalstaatlichen Rahmen entstand.

Zugleich wird hier einer der Gründe deutlich, warum Demokratie so dezidiert männlich gedacht wurde. Sein eigener Herr sein, die Staatsbürgerschaft, Entscheidungsmacht, die Rede in der Öffentlichkeit und die Wehrpflicht: All das war für Männer gedacht. Frauen wirkten in der Politik im Rahmen der patriarchalisch geprägten Geschlechterordnung prekär und wurden als Bedrohung der Legitimation empfunden: ein Herrschaftsphänomen, das Gesellschaften noch bis ins 21. Jahrhundert prägt.

Auch die wachsende internationale Vernetzung während der ersten Globalisierung, wie die Zeit genannt wird, wurde national empfunden. Und sie wurde als nationaler Wettkampf gelebt – eigentlich in jeder Branche: Wissenschaft (wer hat die meisten Nobelpreise?), Hygiene (welches Land erlebte noch eine nationale Schmach wie den Choleraausbruch in Hamburg 1892?), Ausdehnung des Wahlrechts, Armee, Kolonien, Kunstsinn oder Schönheit der Parks. Die Wirtschaft war eine der wichtigsten und erfolgreichsten Arenen der rivalisierenden Nationen. Sie befeuerte den Nationalismus, ließ den Stolz auf die »*travail national*« oder »Deutsche Arbeit« wachsen. Frankreich tat sich schwer. Die Bevölkerung dort wuchs kaum, was als dramatisch empfunden wurde, und während in Deutschland der Außenhandel um 53 Prozent und in Großbritannien um 18 Prozent stieg, waren es in Frankreich nur 6 Prozent. Die französischen Frustrationen und die britischen, vor allem aber auch die deutschen Überlegenheitsdemonstrationen prägten die internationale Politik wesentlich mit. Damit wirkten der internationale Wettbewerb, die Beobachtung der anderen und die gegenseitigen Reflexionen auch destruktiv. Hinzu kam, dass mit der weltweiten Industrialisierung auch ein unfassbares Vernichtungswerk in Gang gesetzt wurde: die Zerstörung der Umwelt. Der Treibhauseffekt nahm durch die Industrialisierung mit ihren ungeheuren CO₂-Emissionen in den Jahrzehnten um 1900 seinen Anfang.

Die dunklen Effekte zeigen sich noch viel deutlicher beim Kolonialismus. Auch er wurde im Geiste der ermächtigten Männergemeinschaft und des nationalen Wettbewerbs gelebt. Er war Teil des »plebiszitären Imperialismus«⁴ (Ulrich Herbert), der mit den großen Agitationsverbänden und einflussreichen Männern die Außenpolitik oft genug vor sich hertrieb. Die Exklusionskraft des Kolonialismus beruhte auch auf dem Rassismus. Diesen hatte es schon in vormodernen Zeiten gegeben, doch nun gewann er an Kontur und wurde durch vermeintlich wissenschaftliche Fundierungen härter und unentrinnbarer. Rassismus bot als gesteigerter Nationalismus eine noch deutlichere Zugehörigkeit und eine scheinbar noch höherwertige Identität. Der Tiefpunkt des deutschen Kolonialismus war also kein Fehler im System, sondern folgerichtig: Im genozidalen Krieg in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, wurden mehrere Zehntausend Herero und Nama umgebracht. Dass solche Mordzüge in der Kolonialgeschichte

4 Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 93.

kein Einzelfall waren, verdeutlicht den verbrecherischen Horizont der kolonialen Welt. Deren Frevel waren nicht zuletzt die Folge von Gesellschaften, die durch die Inklusion der »Massen« eine ungeheure Gewalt und Dynamik entwickelten und die sich ermächtigt fühlten, ihre umfangreichen Ressourcen zur Unterwerfung des Anderen und bei Bedarf zu seiner Zerstörung zu nutzen.

Zivilgesellschaft

Und doch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, was Christoph Nonn überzeugend dargelegt hat: Weder der Militarismus noch der Antisemitismus oder der verschärfte Nationalismus waren die prägendste Bewegung des Kaiserreichs; vielmehr gelte: »Die wichtigste gesellschaftliche Basisbewegung im Kaiserreich war die sozialistische.«⁵ Dazu gehörte, dass sich insbesondere seit den 1890er-Jahren immer klarer abzeichnete: »Die Masse regiert, nicht, weil sie weise ist, sondern weil sie Macht ist«, formulierte beispielhaft Hans Delbrück 1914.⁶ Um 1900 hatte sich diese Idee auch in den USA weitgehend durchgesetzt, gegen die antidemokratischen Tendenzen nach der Einführung der *black vote* – wobei nun die Schwarzen wieder exkludiert waren.

Woher aber kam das neue Selbstbewusstsein der vielen? Was ermächtigte die Millionen? Waren nicht die entrechteten Unterschichten früherer Zeiten ebenfalls »Masse« und Mehrheit gewesen? Im 19. Jahrhundert gewannen die Versprechen der Aufklärung und der Französischen Revolution zunehmend an Plausibilität und Überzeugungskraft. »Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten«, hatten Marx und Engels in ihrem Kommunistischen Manifest bemerkt. »Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.«⁷

Vieles trug zu den Inklusionsprozessen bei. Etwa die Urbanisierung: Zu Beginn des Kaiserreichs im Jahr 1871 lebte mit knapp zwei Dritteln die große Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land. Nach der Jahrhundertwende drehten sich die

5 Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020, S. 403.

6 Hans Delbrück, Regierung und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914, S. 131.

7 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1848), Stuttgart 2011.

Verhältnisse um, und 1910 lebten 60 Prozent in den Städten. In den urbanen Wohnvierteln und in den Fabriken eröffnete die Konzentration der Arbeiter_innen an einem Ort die Möglichkeit einer gemeinsamen Identität – und legte Organisation nahe.

Die ersten großen, erfolgreichen Organisationsbemühungen der Arbeiter erfolgten in den 1860er-Jahren. Knapp 80.000 Arbeiter waren bei der Reichsgründung gewerkschaftlich organisiert, und im ersten Reichstag saßen lediglich zwei sozialistische Abgeordnete. Doch aus der Zeit des »Sozialistengesetzes« gingen die deutschen Sozialisten gestärkt hervor. Die Aufhebung des Gesetzes Ende 1890 empfanden sie als ungeheuren Sieg, den sie sich selbst zuschrieben. Die Erinnerung an die Verfolgung gerann zum einigenden Heldenmythos von Unterdrückung, Kampf und Triumph. Die Sozialdemokratie gewann zunehmend bei den Reichstagswahlen, und die sozialistischen Gewerkschaften zählten nun 300.000 Mitglieder. In den letzten Parlamentswahlen des Kaiserreichs im Jahr 1912 stellte die Partei im Reichstag die stärkste Fraktion mit 27 Prozent der Parlamentssitze (bei knapp 35 Prozent der Wählerstimmen).

Angesichts der wachsenden Macht der zutiefst maskulin geprägten Arbeiterbewegung wird die eher schleichende Ermächtigung gerade junger Frauen häufig übersehen. In Deutschland standen besonders viele von ihnen in Lohnarbeit. Nach einer zeitgenössischen Erhebung war die Hälfte aller erwachsenen Frauen berufstätig. Insgesamt lag der Lohn der Frauen wesentlich niedriger als bei den Männern, weswegen ihre Arbeitskraft besonders gefragt war – was wiederum viele Sozialisten gegen die Frauenarbeit aufbrachte.

Und doch beförderte die Sozialdemokratie ganz wesentlich eine Bewegung, die insgesamt wohl noch revolutionärer war und die Gesellschaft noch grundstürzender verändern würde als die Sozialdemokratie selbst (allerdings in einem sehr langanhaltenden Prozess): die Frauenbewegung. 1891 nahm die Sozialdemokratie als erste Partei in Deutschland die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm auf, und am 13. Februar 1895 diskutierte der Reichstag erstmals das Thema. Der Sozialist August Bebel, einer der vielen glänzenden Parlamentsredner, verkündete: »Wir verlangen, daß das Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt wird. Und da ist natürlich seitens unserer Gegner erst recht Holland in Nöthen. ›Das ist ja ungeheuerlich, das ist verrückt‹ – hat man mir gesagt.« Und

dann bricht sich der ganze sozialdemokratisch-aufklärerische Optimismus Bahn: »Ist aber eine Forderung vernünftig, ist sie gerecht, ist sie natürlich, dann kann man auch sicher darauf rechnen, daß sie schließlich zum Durchbruch, zur Verwirklichung kommen wird.«⁸

Die Gleichberechtigung der Frauen trat allmählich in den Raum des Denkbaren. Dergleichen war nicht die Mehrheitsmeinung, aber es riss neue Horizonte auf. In der öffentlichen Meinung, in der Presse oder in Gesetzestexten galten viele Anliegen der Frauenbewegungen zunehmend als akzeptiert. 1904 wurde in Berlin der erste internationale Verein für das Frauenstimmrecht gegründet. Viele deutsche Frauenrechtlerinnen hatten den Eindruck, dass England und die USA schon weiter waren. Doch im Großen und Ganzen verliefen auch diese Entwicklungen international und transnational. Die Reformzeit belebte etwa seit den 1880er-Jahren die Frauenbewegung – in den USA, in Deutschland und weltweit: Überall brachen die Frauen auf. Die Feministinnen Nabawiyya Musa und Malak Hifni Nasif kämpften beispielsweise in Ägypten für bessere Bildungschancen und das Stimmrecht der Frauen.

Der Rückschlag gestaltete sich entsprechend stark. »Die Verweigerung der Völker bedeutet den Untergang der Staaten«, hieß es 1914 in einem Aufruf des Bundes gegen die Frauenemanzipation.⁹ Die Misogynie blühte auf. In Großbritannien waren Karikaturen beliebt, in denen Frauenrechtlerinnen als frustrierte, männerhassende und ihre Kinder vernachlässigende Hyänen dargestellt wurden – hässlich und spitz. Der Harvard-Professor Edward Clarke erklärte 1884, das Studium führe bei Frauen zu einem vergrößerten Hirn, während die Gebärmutter verkümmere. In vielfältigen Varianten brachten Clarkes Kollegen rings um den Globus mal den weiblichen Geist, mal den Charakter, vor allem aber den weiblichen Körper als Argument gegen die Gleichberechtigung der Frauen in Stellung.

*

Wichtig für die Einordnung der Reformzeit ist, dass sich die Aufbrüche nicht schlicht als ein Kampf gegen einen monolithischen Staat interpretieren lassen.

⁸ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, 1894/95, Bd. 1, Sitzung v. 13.2.1895, S. 856.

⁹ *Deutscher Bund gegen die Frauenemanzipation*, Aufruf, Anklam 1914, URL: www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn_frauenemanzipation_1914/?hl=Verweigerung&p=3 [22.8.2020].

Die Reformen_innen waren eine vielfältige Akteursgruppe, die sich wandelte, widersprach, weiterentwickelte, in allen politischen Richtungen zuhause war. Selbst die Sozialdemokratie neigte sich immer stärker dem Reformismus zu. Für die Frauenrechtlerinnen galt ohnehin, dass sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, reformerisch agierten. Dawn Teele, die eine international vergleichende Studie zur Einführung des Frauenwahlrechts vorgelegt hat, verweist darauf, dass Revolution innerhalb eines Rechtsstaates wenig sinnvoll war – und dass deswegen der Kampf der Frauen oft übersehen wird. Auch aus diesem Grund waren die Frauen aus der Demokratiegeschichte und -theorie verschwunden. Die Welt zur Zeit des Kaiserreichs pluralisierte sich, war Teil der ersten Globalisierung, die strenge Zensur lockerte sich und passte sich in den 1890er-Jahren den Standards westlicher Nachbarn an. In Berlin wurde 1897 die weltweit erste Organisation für Schwulenrechte begründet – um nur eines von vielen weiteren Beispielen für den Aufbruch zu nennen. Armut wurde zum Skandal, eine aufblühende Zivilgesellschaft bekämpfte sie, ebenso der Staat. Es ist erstaunlich, wie zuversichtlich sich die Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende präsentierte. »[U]nsere Sache hat große Fortschritte zu verzeichnen in Deutschland wie in allen übrigen Kulturländern«, hieß es 1899 im *Vorwärts*.¹⁰

Weiterführende Literatur

Anderson, Margaret L., Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.

Biefang, Andreas, Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im »System Bismarck« 1871–1890, Düsseldorf 2009.

Foner, Eric, Forever Free. The Story of Emancipation and Reconstruction, New York 2006.

Haardt, Oliver, Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, Darmstadt 2020.

Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Himmelfarb, Gertrude, The Politics of Democracy: The English Reform Act of 1867, in: *Journal of British Studies*, 6, 1966, H. 1, S. 97–138.

Keyssar, Alexander, The Right to Vote: The Contested History of Democracy in the United States, New York 2000.

¹⁰ »Deutschland an der Jahreswende«, 1. Beilage des *Vorwärts* v. 31.12.1899.

König, Mareike/Julien, Élise, Verfeindung und Verflechtung. Deutschland und Frankreich 1870–1918, Darmstadt 2019.

Nonn, Christoph, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020.

Richter, Hedwig, Transnational Reform and Democracy. Election Reform in New York City and Berlin around 1900, in: *Journal of the Gilded Age and Progressive Era*, 15, 2016, S. 149–175.

Teele, Dawn L., Forging the Franchise. The Political Origins of the Women's Vote, Princeton 2018.

Prof. Dr. Hedwig Richter ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie- und Diktaturforschung und die Geschichte Europas und der USA im 19. und 20. Jahrhundert. 2020 wurde ihre Forschung mit dem Anna Krüger Preis ausgezeichnet. Hedwig Richter schreibt regelmäßig für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die ZEIT und die taz.

Andreas Fahrmeir

›Befremdliche Praktiken‹ mit ›gespenstischen‹ Folgen? Britische Perspektiven auf Wahlen im Kaiserreich

Der Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland hat eine lange Tradition. Auch in der Diskussionsrunde um den Status des Kaiserreichs in der deutschen Geschichte, mit der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2021 das Jubiläum der Reichsgründung würdigte, war die Frage nach einer möglichen Sonderrolle Deutschlands im Vergleich zum ›Westen‹ wieder präsent. In all diesen Debatten galt die politische Entwicklung Großbritanniens im 19. Jahrhundert vielfach als Referenzpunkt, vermutlich, weil sie sich aus unterschiedlichen politischen Perspektiven als anschlussfähig erwies. Auf liberale Beobachter, welche die deutschen Verhältnisse als zu statisch empfanden, aber zugleich revolutionäre Brüche ablehnten, übte die Fähigkeit zu Reformen eine erhebliche Anziehungskraft aus, während Monarchie, Oberhaus und die starke Stellung der Aristokratie Konservativen Anknüpfungspunkte boten. Trotz der vergleichsweise frühen Zulassung von Gewerkschaften und der Rolle Großbritanniens als Asylland für die Emigranten nach der Revolution von 1848 ist diese Attraktivität aus einer sozialdemokratischen Sicht aber weniger unmittelbar evident: Erst 1900 fanden sich zwei Angehörige des Labour Representation Committee unter den 670 Abgeordneten des Unterhauses (0,3 Prozent), während im Reichstag gleichzeitig 56 der 397 Wahlkreise durch einen Abgeordneten der SPD repräsentiert wurden (14 Prozent). In dem 1910 gewählten britischen Parlament gewann Labour nur 6 Prozent der Sitze, während die SPD in den Reichstagswahlen von 1912 mit 110 Sitzen (28 Prozent) zur stärksten Fraktion aufgestiegen war.

Das war nicht nur die Folge unterschiedlicher politischer Kulturen, sondern auch unterschiedlicher Wahlsysteme und verschiedener Vorstellungen davon, welche Bedeutung Wahlen zukam. Diese Divergenzen sollen im Folgenden diskutiert werden. Dazu werde ich zunächst kurz die Entwicklung des britischen Wahlsystems schildern, bevor ich darauf zu sprechen komme, was zeitgenössischen Beob-

achtern aus Großbritannien an den Wahlen des Kaiserreichs besonders auffiel – und was das wiederum für die wechselseitige Wahrnehmung und Einordnung bedeutete.

Das britische Wahlsystem im 19. Jahrhundert – eine kurze Einführung

Großbritannien war (auch) im 19. Jahrhundert eine parlamentarische Monarchie mit einer komplizierten Struktur, die auf eine lange Tradition zurückging, ohne die sie zugleich nur schwer erklärbar war (und ist). Im Gegensatz zur Erfahrung der meisten kontinentaleuropäischen Staaten, wo ständische Vertretungen im 17. und 18. Jahrhundert vielfach gar nicht mehr zusammengetreten waren, hatten Parlamente in England durchgängig getagt. Das Wahlrecht zum Unterhaus wurde lange Zeit vor allem durch das Herkommen geprägt. Dieses kannte Wahlkreise unterschiedlichen Typs, nämlich Grafschaften, Städte und Universitäten. Das Wahlrecht war zudem an Vermögen oder die Zugehörigkeit zu privilegierten Korporationen gebunden. Während es in Grafschaften einigermaßen standardisiert war – seit dem 15. Jahrhundert war Eigentum von Land im jährlichen Pachtwert von 40 shilling (2 Pfund) die Bedingung –, unterschied es sich in den sehr viel zahlreicheren städtischen Wahlkreisen von Ort zu Ort, je nachdem, wie dort das Kriterium war: Anwesenheit am Wahltag, Bürgerrecht, Feuerstelle, Steuerzahlung, Besitz einzelner Grundstücke, städtische Ämter oder Mitgliedschaft im Magistrat. Dazu kam, dass eine Reihe städtischer Wahlkreise im Laufe der Zeit ihre Bedeutung verloren hatte, sodass sie kaum noch oder gar nicht mehr bewohnt waren – ein extremes Beispiel war Old Sarum, das bereits im 14. Jahrhundert zugunsten der neuen Stadt Salisbury aufgegeben worden war und gleichwohl zwei Parlamentssitze behielt. Ende des 18. Jahrhunderts existierten zahlreiche solcher »rotten boroughs«, während neue Großstädte wie Manchester nur als Teil der sie umgebenden Grafschaften repräsentiert waren.

Gewählt wurde theoretisch in einem dreistufigen Verfahren: Zunächst signalisierte eine Wahlversammlung ihre Präferenzen (»show of hands«). Auf Antrag wurde mit einer schriftlichen Dokumentation der Stimmen begonnen (»poll«). Diese Phase der Wahl zog sich über mehrere Tage hin, wobei täglich verkündete Zwischenstände den Agenten der Kandidaten die Möglichkeit boten, weitere Wähler

zu mobilisieren. Schien das Ergebnis angreifbar, konnte die Gültigkeit jeder Stimme überprüft werden (»scrutiny«). Ein solches Wahlverfahren war aufwändig und kostspielig, da die Kandidaten Wähler zum Ort der Wahl transportieren und dort verköstigen mussten. Zudem verursachte jeder juristische Schritt zusätzliche Ausgaben.

Die hohen Kosten waren ein wesentlicher Grund dafür, dass die Wähler in aller Regel nur sehr begrenzt auf die Auswahl der Personen einwirken konnten, die sie im Parlament vertraten. In den Grafschaften übten Aristokraten, die über großen Grundbesitz und enorme Vermögen verfügten, erheblichen politischen Einfluss aus. Die Besetzung der Parlamentssitze sprachen sie vielfach unter sich ab, sodass der Wahlvorgang mit der Nominierung der passenden Zahl von Kandidaten endete. In Lancashire, der Grafschaft, in der die Stadt Manchester lag, fand zwischen 1747 und 1831 keine einzige Abstimmung statt. Städtische Wahlkreise mit wenigen Wählern wie Old Sarum waren ebenfalls in Patronageverhältnisse eingebunden oder wurden auf einem grauen Markt für Parlamentssitze mehr oder weniger explizit zum Verkauf angeboten.

In diesem ›unreformierten‹ System war das Wahlrecht somit nicht nur an Eigentum gekoppelt, sondern es stellte auch selbst ein Eigentum dar, das sich unter bestimmten Bedingungen monetarisieren ließ: im Kleinen durch die Forderung nach Speisen und (vor allem) Getränken an Wahltagen, im Großen durch den Verkauf stimmrechtsrelevanter Immobilien in sogenannten »burgage boroughs« oder den Verkauf von Stimmen oder Stimmenblöcken an die Wahlagenten zahlungskräftiger Klienten.

Das am Beginn des 19. Jahrhunderts komplexe und korruptionsanfällige Wahlrecht kontrastierte mit der klaren Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Zwar verfügten Premierminister über gewisse Möglichkeiten, Mehrheiten zu organisieren, indem sie die Regierungspatronage in einzelnen Wahlkreisen zugunsten ihrer Partei einsetzten, aber der Verlust einer Vertrauensabstimmung im Unterhaus führte unweigerlich zum Regierungswechsel. Daran änderte sich auch im Laufe des 19. Jahrhunderts nichts Grundlegendes; was sich veränderte, war allenfalls, dass die Monarchie immer weniger in die Auswahl des designierten Premierministers eingebunden war, sondern sich an den zunehmend klareren Parteistrukturen orientierte.

Dagegen veränderten sich Wahlrecht und Wahlpraxis. Das 19. Jahrhundert erlebte vier Wellen der Reform. In den 1820er-Jahren wurden Wahlrechtsbeschränkungen für protestantische Nonkonformisten und Katholiken abgeschafft – allerdings um den Preis eines erhöhten Wahlzensus in irischen Grafschaften, wo er von 2 auf 10 Pfund Pachtwert angehoben wurde. Während für das aktive Wahlrecht alle religiösen Schranken beseitigt wurden, blieb das passive Wahlrecht Juden noch bis 1858 vorenthalten.

Anfang der 1830er-Jahre folgte die erste Veränderung des Wahlrechts an sich im »Great Reform Act«, der die Praxis einläutete, künftige Modifikationen des Wahlrechts als »Reformen« zu bezeichnen. Das Gesetz war so bedeutend, weil es die erste Veränderung seit dem 15. Jahrhundert darstellte und auch für städtische Wahlkreise eine landesweite Regel für das Wahlrecht einführte. Diese sah vor, dass Männer, die eine Immobilie im jährlichen Pachtwert von 10 Pfund nutzten, sich als Wähler registrieren lassen konnten. Die Erstellung von Wählerlisten im Vorfeld der Wahl machte überdies die »scrutiny« überflüssig. Zudem konnte dieselbe Immobilie nur noch zur Begründung eines Stimmrechts verwendet werden – bislang war es unter anderem möglich gewesen, mit derselben Immobilie ein Wahlrecht in einer Stadt und in der Grafschaft, in der sich diese Stadt befand, zu begründen. Diese Veränderung beseitigte jedoch nicht die Möglichkeit, in mehreren Wahlkreisen abzustimmen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfügten rund 7 Prozent der Wähler über ein solches Mehrfachstimmrecht. Verhindert werden sollte lediglich, dass eine Person im selben Wahlkreis mehr als eine Stimme besaß; später wurde auch untersagt, wertvollere Grundstücke zum Zweck der Stimmgenerierung zu unterteilen. Personen mit einem MA-Abschluss aus Oxford, Cambridge oder Dublin konnten ohnehin an ihrem Wohnort abstimmen und daneben an den Wahlen der Abgeordneten der Universitäten teilnehmen.

Der Effekt dieser Reform war einerseits die Erweiterung der Wählerschaft und die Stabilisierung von Parteiloyalitäten – da die Stimmen weiterhin schriftlich festgehalten und die »poll books« vielfach gedruckt wurden, lässt sich das empirisch gut nachvollziehen. Sie führte andererseits dazu, dass die politische Bedeutung von Personen, die als Arbeitgeber, Grundbesitzer oder Großkunden Einfluss auf ärmere Angehörige der Wählerschaft hatten, anstieg. David C. Moore prägte dafür den Begriff der »Politics of Deference« (»Politik der Ehrerbietung«).

Die zweite Reform im Jahr 1867 erweiterte den Kreis der Wahlberechtigten auf Männer, die in Städten zur Zahlung lokaler Steuern herangezogen wurden oder die auf dem Land eine Immobilie im Pachtwert von 12 Pfund nutzten (die nun nicht mehr ihr Eigentum sein musste). Dass damit die Abhängigkeiten zwischen Wählern und potenziellen Patronen eher verschärft als gemildert wurden, trug dazu bei, dass ab 1872 geheim abgestimmt wurde, und zwar nach dem bereits seit 1856 in Australien praktizierten System vorgedruckter Wahlzettel, auf denen alle Kandidaten aufgeführt waren. Die dritte Reform 1884 erlaubte schließlich allen Männern, die eine Immobilie im Wert von 10 Pfund nutzten, zu wählen, wenn sie sich seit mindestens sechs Monaten in ihrem Wahlkreis aufhielten.

Während diese Entwicklung in der klassischen »Whig«-Historiografie als Fortschritt mit gewissen Hindernissen betrachtet wurde, hat eine etwa von James Vernon vertretene kritischere Sicht hervorgehoben, dass die Rationalisierung des Wahlrechts auch die Exklusion von Gruppen vorantrieb, die sich an den früheren *Wahlritualen* – nicht den Wahlen selbst – hatten beteiligen können: Frauen, nicht Wahlberechtigte oder Analphabeten hatten die Wahlen alten Stils beobachten, kommentieren und sogar prägen können, der Zugang zur Wahlkabine blieb ihnen aber nun definitiv verschlossen.

Es lohnt sich, hervorzuheben, dass sich die Debatten über die Rolle von Wahlen im politischen System in Großbritannien nicht nur vom Ergebnis her von jenen in den deutschen Staaten unterschieden, sondern dass sie auch einen anderen Schwerpunkt hatten. In Großbritannien war das Wahlrecht 1885 deutlich restriktiver als bei den Reichstagswahlen im Kaiserreich: Etwa 40 Prozent der erwachsenen Männer scheiterten an der Bedingung, persönlich als Armensteuerzahler für ein hinreichend wertvolles Objekt in Erscheinung zu treten, während im Kaiserreich lediglich 10 bis 15 Prozent der erwachsenen Männer wegen Unmündigkeit, Vorstrafen und Bezug von Armenunterstützung nicht wählen durften. Dagegen war in Großbritannien selbstverständlich, dass Wahlen unmittelbare Bedeutung für Personalentscheidungen an der Spitze des politischen Systems hatten; eine Debatte um »Ministerverantwortlichkeit«, wie sie in Deutschland bis 1918 geführt wurde, war dort nicht (mehr) vorstellbar.

Somit kreisten die Auseinandersetzungen über die Reform des Wahlrechts und der Wahlpraxis um eine Eindämmung der »old corruption« im politischen System

und die Zulassung neuer Gruppen zum Wahlrecht. Die Beteiligung an Wahlen sollte ihnen die Möglichkeit geben, ihre als legitim anerkannten Interessen im Rahmen des Parlaments besser vertreten zu sehen. Das würde, so schien einigermaßen sicher, dem politischen Personal wie dem politischen System eine graduelle Anpassung an neue Verhältnisse ermöglichen, um plötzliche, revolutionäre Umbrüche zu vermeiden. In der Tat blieben Strukturen innerhalb vieler Wahlkreise stabil, wozu nicht zuletzt die weiterhin bedeutenden Klientelnetzwerke beitrugen: Noch um 1900 fand in 20 bis 25 Prozent der Parlamentswahlkreise überhaupt keine Abstimmung statt, da es keine konkurrierenden Kandidaten gab. Dies wiederum hatte einen Anteil daran, dass die Hindernisse für eine signifikante Vertretung neuer Parteien, und zwar vor allem solcher, die keine regionalen Interessen vertraten (wie das etwa bei den seit den 1870er-Jahren sehr erfolgreichen irischen Parteien der Fall war), im Parlament hoch waren. Allerdings belegte der Aufstieg der Labour Party, dass ein Wandel der Parteienstruktur durchaus möglich war.

Deutsche Wahlen in (exemplarischer) britischer Sicht

Für den Blick britischer Beobachter auf deutsche Wahlen werden hier vor allem Beispiele herangezogen, die der Berichterstattung der Londoner *Times* über konkrete Wahlvorgänge im Reich und in Preußen entstammen. Sie dienten auch als Gelegenheiten, allgemeine Themen zu diskutieren. Eines davon war die symbolische Missachtung, die dem Wahlakt in Deutschland zuteilzuwerden schien. Die Wahlen wirkten insgesamt nicht besonders gut organisiert: Obgleich man sich zumindest in Berlin mühelos mit vorgedruckten Stimmzetteln aller Parteien versorgen konnte und aus diesem Grund keine Zeit in der Wahlkabine verbringen musste, sorgte die geringe Zahl der Wahlkabinen immer wieder für vermeidbare Verzögerungen.¹ Vollends befremdlich schien die Auswahl der Wahllokale, bei denen es sich vielfach um Wirtshäuser oder Bierschwemmen handelte, »an arrangement which must seem exceedingly strange to an English mind«² oder »an arrangement very alien to English ideas«.³ In einem Fall stand die Wahlurne auf

1 The Times v. 26.1.1.1907, S. 5.

2 The Times v. 4.11.1898, S. 3.

3 The Times v. 26.1.1907, S. 5; vgl. auch The Times v. 17.6.1898, S. 5.

dem Esstisch eines Wahlvorstands, der rauchte und Bier trank, während die Stimmzettel eingeworfen wurden. Immerhin gelinge es so gelegentlich, angespannte Situationen zu entschärfen: Als bei den preußischen Landtagswahlen von 1903 die Wahlmänner der drei Klassen erstmals gleichzeitig abstimmen sollten und sich deshalb in einem Berliner Wahllokal 2.600 Männer versammelten, hätten sich diese mit Rauchen, Trinken und Kartenspielen die Zeit vertreiben können, bis sie aufgerufen wurden.⁴ Aus britischer Sicht fehlte es dem Wahlakt erkennbar an einer hinreichend erhebenden – oder auch nur Nüchternheit signalisierenden – Rahmung sowie an geeigneten Orten (wie öffentlichen Gebäuden), an denen er stattfinden konnte.

Das lag vermutlich auch daran, dass die politische Bedeutung der Wahlen geringer war: Die *Times* sah es vor allem immer wieder als notwendig an, die merkwürdige Struktur des preußischen Dreiklassenwahlrechts zu erklären, um die »apathy« der Wählerschaft verständlich zu machen.⁵ Das preußische Wahlrecht sei schon »bad in theory«, aber in der Praxis noch viel schlimmer, nämlich »positively grotesque«.⁶ Während – wie gesehen – das britische Wahlrecht seit 1832 mit einer gewissen Regelmäßigkeit an soziale und ökonomische Veränderungen angepasst wurde, ignoriere man in Preußen solche Veränderungen vollkommen, was zu der absurden Konsequenz führe, dass das Gewicht einer Stimme nicht primär vom Einkommen, sondern vom Wohnort abhing, denn die lokale Vermögensverteilung war für die Zuordnung zu einer Klasse entscheidend. »The Prussian electoral system was supposed by its authors to give a preponderating influence to property and intelligence, but one of its results is that the vote of the Imperial chancellor counts precisely as much as that of his footman, and possibly has not one-hundredth part of the value attaching to that of his butcher.« Diesen Hinweis wiederholte die *Times* 1903 und 1908, das zweite Mal mit der Erklärung, man setze voraus, dass der Metzger in einem Bezirk mit geringerem Steueraufkommen wohne.⁷ Selbst wenn man die Repräsentation von Vermögen in Gestalt von Steuern akzeptiere – eine Logik, die dem britischen Wahlsystem mit seinen Mehrfachstimmrechten ja keineswegs völlig fremd war –, falle auf, dass im Ergebnis

4 The Times v. 21.11.1903, S. 3.

5 The Times v. 2.11.1893, S. 3; The Times v. 29.10.1898, S. 7.

6 The Times v. 1.10.1893, S. 5.

7 The Times v. 13.11.1903, S. 3; The Times v. 4.6.1908, S. 7.

143 konservative Abgeordnete nur 2,1 Millionen Pfund Steuerleistung vertraten, 30 »Radikale« (linke Liberale) dagegen 3,35 Millionen Pfund, ohne dass ihr Votum im Parlament deshalb mehr Gewicht erhalte.⁸

In den Berichten über konkrete Wahlen wurden weitere Bedenken formuliert. Das erste bezog sich auf die Qualität der Personen, die in Parlamente gewählt wurden. Überrascht war die *Times* nicht nur von der starken Präsenz von Regierungsbeamten, lautstarken Antisemiten und radikal-antisemitischen Konservativen im Preußischen Abgeordnetenhaus, sondern auch vom mäßigen Eindruck, den die ganze Versammlung machte: »Altogether the new Prussian Diet does not appear likely to make much stir in the world [...] and still less is it likely to do much useful work in the cause of steady and well-ordered progress. The best that can be hoped of it is respectable mediocrity.«⁹ Das lag nicht nur am Wahlrecht, denn der in direkter und gleicher Wahl bestimmte Reichstag wirkte ganz ähnlich: »There are now few German party politicians who enjoy a European reputation.«¹⁰

Das zweite Bedenken verwies auf das Problem, dass sich der Monarch parteipolitisch engagierte. Wenn Wilhelm II. 1907 den Gegnern der Sozialdemokratie zu deren Wahlerfolg gegen »die Roten« gratuliere, dann sei das »an act quite inconceivable in any of the other modern states of Europe«, da er über das Votum von über 3 Millionen Wählern hinweggehe und überdeutlich mache, dass eine echte verfassungsmäßige Regierung fehle.¹¹ Dabei war die *Times* der Sozialdemokratie durchaus nicht gewogen; 1890 kommentierte sie mit Erstaunen, dass »Herr Janiszewski, a Polish bookbinder who can only speak broken German«, 2.000 Stimmen mehr erhalten hatte als »such a shining light of science and Radical politics as Professor Virchow«, nur weil Jan Janiszewski – aus der Sicht der *Times*: »angeblich« – politische Verfolgung erlitten habe. Gleichwohl berührte sie der Kontrast zwischen der Parade des Kaisers in Tempelhof und den sozialdemokratischen Wählern »pouring to the ballot boxes in their silent thousands« noch mehr: »a curious and dramatic enough contrast indeed«.¹²

8 The Times v. 4.6.1908, S. 7.

9 The Times v. 9.11.1893, S. 3.

10 The Times v. 18.6.1898, S. 7.

11 The Times v. 7.2.1907, S. 3.

12 The Times v. 22.2.1890, S. 7.

Dahinter stand die Beobachtung, dass Wahlen in Deutschland nicht dazu beitragen, den Willen der Wählerschaft politisch durchzusetzen, und damit in ihrer Aufgabe scheiterten, die politischen Debatten und das politische System produktiv weiterzuentwickeln. Anlässlich der Wahlen von 1893, als die offiziellen Ergebnisse der Reichstagswahlen zufällig zur Zeit der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus veröffentlicht wurden, rechnete die Zeitung vor, dass in der Summe 4,3 Millionen Stimmen gegen das gerade diskutierte Armeegesetz und nur 3,2 Millionen dafür abgegeben worden seien – trotzdem habe der Reichstag mit 15 Stimmen Mehrheit zugestimmt. »But it can scarcely often happen that when a great question like the Army Bills is submitted to the country the Government should succeed in obtaining a majority of 15 in the new Parliament when the country, taken as a whole, has pronounced against it by a majority of four to three«. ¹³

Das sah ein anderer Beobachter ähnlich, der den Aufstieg der Sozialdemokratie in Sachsen aus der Nähe beobachten konnte, nämlich der britische Gesandte in Dresden George Strachey.¹⁴ Anlässlich der Reichstagswahlen von 1881 kommentierte er die Unterdrückung der Sozialdemokratie im Allgemeinen und die Hindernisse, die der Kandidatur August Bebels im Besonderen in den Weg gelegt wurden, mit dem Hinweis: »Very few Saxons are politically educated enough to see that if a Bebel exists he ought to be in Parliament« – wenn es politische Ausnahmetalente gebe, müsse man sie ins parlamentarische System integrieren, um dieses weiterzuentwickeln und dadurch gegen revolutionäre Bedrohungen von außen zu stabilisieren.

Daraus folgte für Strachey die Beobachtung, dass die bloße Übersetzung von Parteinamen (Liberale – Liberals/Konservative – Conservatives) in die Irre führe. Dahinter stand ein Fortschrittsnarrativ, das von einer prinzipiell gleichartigen Entwicklung politischer Systeme ausging – nur sei das deutsche politische System auf diesem Weg erheblich weniger weit fortgeschritten als das britische. Strachey hielt die Fortschrittspartei daher für die Gruppe, die britische Liberale *und* Kon-

¹³ The Times v. 2.11.1893, S. 3.

¹⁴ James Retallack hat gerade eine Edition seiner Berichte vorgelegt: Für die Möglichkeit, diese schon lesen zu dürfen, danke ich dem Autor herzlich.

servative wählen würden;¹⁵ für die *Times* schien die Skepsis der Liberalen im Kaiserreich gegenüber der Sozialdemokratie dafür verantwortlich, dass »the mildest kind of Liberalism« zur »absolute impotence in the Prussian Diet« verdammt sei.¹⁶

Fazit

An diesem kurzen Überblick werden unterschiedliche Perspektiven auf Wahlen, Wähler und Gewählte in Großbritannien und im Kaiserreich deutlich. Sie ergeben sich aus verschiedenen Filtern: der Erfahrung des eigenen aktuellen Wahlsystems; der Erwartung, die an Wahlen im Rahmen der Herrschaftsordnung insgesamt gestellt wurden; schließlich allgemeineren Sensibilitäten, etwa bezüglich der Kontexte, in denen der Konsum von Alkohol und Tabak legitim oder illegitim erschien. Dazu kommt die soziale und politische Positionierung der Beobachter: Die hier Ausgewählten standen der britischen politischen Ordnung nahe, wobei die *Times* allerdings allgemein zu einer eher ironischen Darstellung neigte. Die Folge einer solchen Perspektive von außen können Missverständnisse sein, aber auch Einsichten in die Chancen und Probleme alternativer politischer Systeme. Beides zu differenzieren fällt nicht immer leicht. Auf jeden Fall lässt sich plausibilisieren, dass die hier ausgewählte britische Interpretation einzelner Elemente des politischen Systems des Kaiserreichs, etwa von Wahlakten, der Auswahl von Kandidaten, der Strukturierung von Wahlergebnissen oder der Beziehung zwischen Wahlen, der Auswahl des politischen Personals und der Regierungspolitik eng an die eigene, nicht zuletzt historische Erfahrung gekoppelt war. Dabei wurde zwischen Deutschland und Großbritannien vor allem ein Gefälle konstatiert; britischer Fortschritt stand deutscher Rückständigkeit gegenüber.

Aus der Sicht britischer Beobachter dienten Wahlen dazu, nicht nur die Stimmung im Land zu ermitteln, sondern ihr auch politisches Gewicht zu verleihen und sie in produktive Diskussionen zu überführen. Dafür war es einerseits notwendig, dass die relevanten Gruppen an den Wahlen teilnehmen konnten; andererseits war es wichtig, dass die besten politischen Talente die Gelegenheit erhielten, Abgeordnete zu werden. Trugen Patronagenetzwerke dazu bei, konnten auch sie

15 Markus Mößlang/Helen Whatmore (Hrsg.), *British Envoys to the Kaiserreich 1871–1897*, Bd. 1, Cambridge 2016, S. 373.

16 *The Times* v. 13.11.1903, S. 3.

funktional sein. In beiden Dimensionen schienen die Wahlsysteme, die in Deutschland praktiziert wurden, defizitär. Eine Gewichtung von Stimmen, die den Aufstieg politischer Talente förderte, war weder in Preußen noch im Reich zu erkennen, und das Wahlsystem war darauf angelegt, die Reaktion auf gesellschaftlichen und politischen Wandel möglichst zu verzögern.

Wie jeder selbstgewisse Blick hatte auch dieser blinde Flecken; ob das britische Parlament wirklich alle politischen Talente des Landes dankbar aufnahm, das politische System immer so viel dynamischer war – und ob eine Perspektive aus Irland oder von Seiten der durch die Vermögensschranken Ausgeschlossenen ähnlich selbstzufrieden geklungen hätte, darf man getrost bezweifeln. Dennoch eröffnet diese kritische Betrachtung Perspektiven für die Debatte über die Entwicklungsfähigkeit des politischen Systems des Kaiserreichs. Einerseits bestritt auch die britische Sicht nicht, dass politische Veränderungen jenseits des Kanals möglich waren. Andererseits legt sie nahe, neben dem relativ weit gespannten Wahlrecht zum Reichstag die Wirkung der deutlich restriktiveren Bestimmungen in den Einzelstaaten, zumal in Preußen, ernst zu nehmen.

Die Kernfrage der hier vorgestellten politischen Analysen bestand darin, wie die mangelnde Dynamik des politischen Systems des Kaiserreichs zu erklären war. Die Antwort lief auf eine Kombination mehrerer Faktoren hinaus: Ein zu wenig an gesellschaftliche Veränderungen angepasstes Wahlrecht trug dazu bei, politische Talente am Einzug in die Parlamente zu hindern, was wiederum zur Folge hatte, dass sich vor allem die konservativen Parteien weder personell noch ideologisch weiterentwickelten, zumal sie sich der Unterstützung des Monarchen sicher waren. Es ist gerade die Fülle der Probleme, die es zumindest aus dem hier wiedergegebenen britischen Blickwinkel nicht einfach machte, eine positive Entwicklung des deutschen politischen Systems zu prognostizieren.

Weiterführende Literatur

Beales, Derek, The Electorate Before and After 1832: The Right to Vote, and the Opportunity, in: *Parliamentary History*, 11, 1992, S. 139–150.

Machin, Ian, *The Rise of Democracy in Britain. 1830–1918*, Basingstoke 2001.

Moore, David Cresap, *The Politics of Deference: A Study of the Mid-Nineteenth Century English Political System*, Hassocks 1976.

O'Leary, Cornelius, *The Elimination of Corrupt Practices in British Elections 1868–1911*, Oxford 1962.

Retallack, James, *German Social Democracy through British Eyes. A Documentary History. 1870–1914*, Toronto 2021.

Steinmeier, Frank-Walter/Morina, Christina/Miard-Delacroix, Hélène/Conze, Eckart/Clark, Christopher, *Diskussionsrunde anlässlich des 150. Jahrestags der Gründung des Deutschen Reichs*, Berlin 2021, URL: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2021/01/210113-150Jahre-Reichsgruendung.html;jsessionid=0E3B4093BD5B6C3B16F8F8A74B7339E0.2_cid370?nn=9042544 (12.2.2021).

Vernon, James, *Politics and the People. A Study in English Political Culture c. 1815–1867*, Cambridge 1999.

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir studierte Mittlere und Neuere Geschichte, englische Philologie und Geschichte der Naturwissenschaften in Frankfurt und Montreal. Er wurde an der University of Cambridge promoviert und war dann wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in London; die Habilitation erfolgte 2001 in Frankfurt am Main. Nach einem Heisenberg-Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft folgte 2004 ein Ruf auf die Professur für europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität zu Köln. Seit 2006 ist er Inhaber der Professur für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt 19. Jahrhundert an der Goethe Universität Frankfurt am Main.

Thomas Welskopp

Von der Klassenstruktur zur bipolaren Gesellschaft¹

Wer leugnet noch, dass wir heute längst nicht mehr in einer »Klassengesellschaft« leben? Die andernorts selbstverständliche Kategorie »class« wird bei uns seit den 1950er-Jahren konsequent heruntergespielt. Die begriffliche Entschärfung der Art, wie wir unsere Gesellschaftsform begreifen, hatte seit der Durchsetzung des Strukturfunktionalismus und der Schichtungssoziologie in den USA einen ideologisch noch stärker entflammt Impetus, der wahrscheinlich der Konkurrenz im »Kalten Krieg« mit der DDR geschuldet war. Helmut Schelskys »Nivellierte Mittelstandsgesellschaft« bot die Perspektive eines gesellschaftlichen Eskapismus, der eher auf die zwangsharmonisierenden Egalitätsvorstellungen des Nationalsozialismus rekurrierte als auf die Tendenz in den USA, dass sich amerikanische Arbeiter den einigermaßen gesicherten, gewerkschaftlich geschützten Verhältnissen der »middle class« zurechneten, was natürlich nur ging, wenn man eine friedliche Schichtstruktur der Gesellschaft schon in der Modellbildung vorgab.

Die Arbeitergeschichte war es dann, die den Begriff »Klasse« wieder auf die Agenda schob. Das war aber nicht als Anstrengung zu sehen, in Konkurrenz zu den herrschenden Harmonisierungstheorien der Gesellschaftsanalyse zu treten. Vielmehr ging es in der Nachfolge E. P. Thompsons in historischer (und zuweilen sentimentaler) Perspektive darum, die »agency« der Arbeiter beim Aufbau eines nebulösen Kollektivs zu exhumieren, das man dann in vermeintlicher Marx'scher Tradition »Klasse« nannte, im Sinne von »Klasse an und für sich«. Es dürfte erst heute auffallen, wie stark diese melancholische Identitätssuche einem nostalgischen Zeitgeist verhaftet war, in dessen Kontext anderwärts Wagenräder geschliffen und lackiert wurden, um als Zeugen einer vergangenen Verkehrsform an der

¹ Thomas Welskopp verstarb am 19. August 2021 und konnte seinen Vortrag nicht mehr für diesen Essayband überarbeiten. Mit Erlaubnis der Familie drucken wir sein Vortragsmanuskript ab. Wir haben lediglich wenige sprachliche, Rechtschreib- und Grammatikkorrekturen und an vier Stellen eine Umstellung vorgenommen.

Wand zu hängen – ohne Wissen darüber und Interesse daran, welch dreckige Mühsal es damals gewesen war, Dinge mit einem Pferdewagen zu transportieren.

Wenn vieles davon als retrospektives Identitätsbekenntnis inklusive empathischer Selbstidentifikation zu verbuchen war, gab es seit den frühen 1980er-Jahren auch nüchtern-rationale Theoriebemühungen, den Klassenbegriff wieder für die soziologische und geschichtswissenschaftliche Forschung nutzbar zu machen: als Modell der Formierung »einer Klasse«, der »Arbeiterklasse«, die auf diese Weise aus einer übergreifenden Gesellschaftsanalyse ausgeklammert und gewissermaßen in ein Reservat verfrachtet wurde.

»Klassenbildung« in diesem Sinne – prominent geprägt von Hartmut Zwahr und Jürgen Kocka – kann man sich, wenn man frech ist, vorstellen wie die Propagandamär vom »Sozialismus in einem Land«. Grundsätzlich ging es – in Bezug auf historische Arbeiter – um eine Stufenfolge, die von der flächendeckenden Industrialisierung Deutschlands und der damit einhergehenden Ausbreitung von Lohnarbeitsverhältnissen startete und darauf aufbauend eine Wahrnehmungsebene einzog, auf der beschrieben werden sollte, wie die deutschen Arbeiter diese Industrialisierungsfolgen erlebten und empfanden – was in der These gipfelte, dass die Erfahrung der (deutschen, männlichen) Arbeiter die strukturelle Angleichung ihrer Lebensverhältnisse in ihrem Bewusstsein nachvollzog. Dieses geschärfte Bewusstsein motivierte – hier kommt dann die »agency« der Arbeiter erstmals ins Spiel – die Ausformung kultureller Muster der Vergemeinschaftung, die vom Suff in der Eckkneipe bis zum sozialen Protest zusammengefasst wurden. Interessanterweise zählten hier auch Streiks als Protest – und nicht als Kampf, wie es theoretisch mittlerweile Konsens ist. Auf Stufe vier – der »Apotheose« der »Klassenbildung« – sollten sich die Arbeiter in selbstständigen politischen Parteien und eigenständigen Gewerkschaften zusammenschließen. Als Modell eingeführt, richtete sich der Ansatz doch fast allein auf den deutschen »Anwendungsfall«.

Dieser wurde in seinem empirischen Verlauf im 19. und frühen 20. Jahrhundert somit zugleich zu einem modellhaft abstrahierenden Muster mit einem generalisierenden Anspruch. Da das Modell der »Klassenbildung«, deren Hochphase auf das späte 19. Jahrhundert datiert wurde, zwar ein Telos besaß, aber keinen dauerhaften Abschluss postulierte, hatte es zudem eine empirische Halbwertszeit. Für das spätere 20. Jahrhundert kritisierte man den Verlust an theoretischer Pass-

förmigkeit, sprach notgedrungen von »Klassenentbildungsprozessen« und zweifelte den Klassenbegriff zunehmend grundsätzlich als unzeitgemäß an. Dass in diesem Zugriff die Klassenstruktur moderner Gesellschaften nur aus einer »Klasse« bestand, führte dazu, dass das »Bürgertum« eingeführt werden musste, um die Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts adäquat zu beschreiben, woraus sich eine empirische und auch begriffliche Dominanz ergab, die die »Arbeiterklasse« sehr weit aus dem Zentrum der Betrachtung an den Rand drängte.

Der Begriff »Klasse« war schon in den noch nicht soziologisch versierten Gesellschaften des 19. Jahrhunderts ein Notbehelf. Wie sollte man die neuen sozialen Gruppierungen, Aggregate und Kollektive nennen, die aus der mittlerweile hochdifferenzierten »Ständegesellschaft« herausgefallen waren, ausgeschlossen wurden oder als Migranten und Heranwachsende des Bevölkerungswachstums ohnehin außerhalb standen?

Der Begriff »Klasse« verdankt seine Verfügbarkeit für die Gesellschaftsanalyse den aufstrebenden Naturwissenschaften des 19. Jahrhunderts, deren methodisches Hauptverfahren das »Klassifizieren« war. Die naturhistorischen Museen aus der Zeit waren ja voll von penibel aufgenadelten Käfern und Schmetterlingen, die alle ihren besonderen Gattungsnamen erhielten, der sie einer »Gattungsklasse« zuordnete. Das war natürlich ein sich als Positivismus gebender Akt der Konstruktion. Aber auf soziale Sachverhalte übertragen, konnte ein ähnlicher Grad an postulierter Exaktheit keine Geltung beanspruchen. Selbst im Vereinigten Königreich, wo »upper class«, »middle class« und »working class« eine längere Tradition hatten, blieb »class« als Beschreibungsbegriff vage und konnte nach Belieben mit Deutungsschattierungen und moralischen Wertungen inhaltlich ausgefüllt werden.

Karl Marx sprach weder häufig noch gern von »Klassen«. Das entsprechende Kapitel im dritten Band des »Kapital« ist magere sechs Seiten lang und theoretisch randständig. Hätte er es ausgeführt, wären es wohl Arten des Einkommens gewesen, die diese »Klassen« voneinander trennten. Marx ging es nicht um eine taxonomische, sondern relationale Begrifflichkeit. Es ist eine soziale Beziehung, die bei ihm theoretisch im Mittelpunkt steht und der das Werk wohl auch seinen Namen verdankt. Diese soziale Beziehung ist das »Kapitalverhältnis«. Heute würden wir dies »Klassenbeziehung« nennen, und die Pointe daran ist, dass es um

parallele vertikale Beziehungen geht und nicht schon per se um horizontale Vergemeinschaftungen. Beim »Kapitalverhältnis« handelt es sich darüber hinaus um die konkreten betrieblichen Arbeitsbeziehungen in ihrer Einbettung in (Arbeits-) Märkte, in denen sich »Kapitalisten« und »freie Lohnarbeiter« in rechtlich gleicher, faktisch aber stark machtungleicher Stellung gegenüberstehen. Diese soziale Beziehung stellt nicht einfach ein statisches Herrschaftsverhältnis dar, sondern ist eine dynamische, immer wieder neu auszuhandelnde und auszukämpfende, mehr oder weniger freiwillige Verbindung zum Zweck der Produktion (und streng genommen, nach dem theoretischen Kern des Arguments, »*of nothing else*«). Die »Klassenbeziehung« lässt sich somit als »produktiver Antagonismus« fassen, der die ungeheuren Produktions- und Produktivitätszuwächse des modernen Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert erst ermöglicht hat.

»*Where's the beef?*«, könnte man auf diesem abstrakten Level fragen. Aber ein solcher Ansatz hat es in den drei letzten Jahrzehnten ermöglicht, Arbeiter- und Industriegeschichte, Unternehmensgeschichte und Geschichte des industriellen Betriebs, Produktionsgeschichte und Konsumgeschichte von einer praxistheoretischen und mikropolitischen Warte aus wirklich zu integrieren. Kann man denn damit jetzt die Arbeiterbewegung überhaupt noch denken? Besser, als sie einfach logisch abzuleiten. Es ist eben kein Automatismus gewesen, dass sich im 19. Jahrhundert in fast allen westlichen Industriestaaten Gewerkschaften bildeten, sondern das waren höchst voraussetzungsreiche Vorgänge, die sich aus der oben nur grob skizzierten Perspektive überhaupt erst als »frag-würdig« entpuppen. Und es war keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Besonderheit, dass sich auf deutschem Boden politische Parteibewegungen früher formierten als Gewerkschaften und das Verhältnis zwischen beiden lange Zeit prekär blieb.

Auch dann erst lässt sich nach Kontinuitäten und historischem Wandel fragen. Wir haben heute, so ist meine These, eine hochgradig institutionalisierte, rechtlich breit unterfütterte »Klassengesellschaft« mit einer Vielzahl von Organisationen und Verbänden und gemeinsamen Gremien, die im Sinne des 19. Jahrhunderts eine relativ stabile »Ordnung« errichtet haben, welche auch recht krisenfest ist – das zeigen die gegenwärtigen Zeiten der Pandemie. Aber wir *haben* noch eine »Klassengesellschaft«, die vermutlich Bestand haben wird, solange der Kapitalismus nicht das Zeitliche segnet. Und Prophezeiungen über sein Ableben haben

sich ja bisher noch immer als verfrüht erwiesen. Ich wage die These, dass sich alle Beteiligten und Integrierten seit Langem sehr gut in der »Klassengesellschaft« eingerichtet haben. Sie ist sicher keine Idylle, alles andere als frei von Risiken und Härten, z. T. ausgesprochen ruppig, und natürlich weiterhin ein Quell systemrelevanter Ungleichheit. Friedrich Eberts Tätigkeit als Arbeitersekretär der Gewerkschaften war Anfang des 20. Jahrhunderts ein Musterbeispiel, wie sich die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Klassensystem eine institutionelle Machtbasis schuf. Und das mit extrem wenig Geld und ewig knappem Personal, was den Heidelberger Sattlermeister in die völlige Erschöpfung trieb.

Als Strukturierungsprinzip hat die kapitalistische Klassengesellschaft den Rang eines Ankers der gesellschaftlichen Ordnung vielleicht nicht verloren, aber an Sichtbarkeit, Gestaltungskraft und Bedeutung eingebüßt. Sie integriert nur diejenigen, die dazugehören. Dabei sind immer schon viele Teile der Bevölkerung außen vor geblieben, im 19. Jahrhundert die Landbevölkerung, die prekär Beschäftigten, die Solo-Gewerbetreibenden, zahlreiche Migranten, Freiberufler und Beamte, das Militär. Auch nahe der kapitalistischen Produktionsphäre existierten viele Schattierungen »unfreier Arbeit« weiter, die historisch aus dem »Dienstverhältnis« hervorgegangen sind und noch früher in Leibeigenschaft und Sklaverei wurzelten. Um die Wende zum 20. Jahrhundert, Friedrich Eberts Wirkungszeit, war es mit recht großer Sicherheit eher kommod, als abhängig Beschäftigter Teil des »Klassensystems« zu sein, als außen vor zu stehen. Das ist für die Zeit seit 1945 wohl offenkundig.

Aber es haben sich neue gesellschaftliche Polaritäten ausgebreitet, die wenig mit der symbiotischen Bipolarität der Klassenbeziehung gemein haben, sondern krasseste Ungleichheiten in einem globalen Maßstab verbreiten, die die Gesellschaften insgesamt, nicht einzelne Trägergruppen, zu »bipolaren« Gebilden machen. Mir ist bewusst, dass das eine frivole Wortwahl ist, aber ich habe auch tatsächlich an den »schizophrenen *State of Mind*« gedacht, der dieser Bipolarität häufig den Treibstoff liefert. Da werden die Ärmsten durch die Illusion eines arbeitsfreien Einkommens in die Maschine der Lottos und Wettanstalten getrieben. Da wird die Übergabe eines Kindes aus ganz lokalen Verwandtschaftsgegebenheiten in die »Obhut« eines Arbeitsvermittlers forciert, der Agent eines im globalen Maßstab operierenden Konzerns ist und die »Obhut« in einen Zwangsdienst umwandelt.

Da wählen arme weiße Kleinstadtbewohner einen pompösen Kapitalisten zum amerikanischen Präsidenten, der sich als ihr Held inszeniert und zugleich seinen reichen Freunden Steuergeschenke unerreichten Ausmaßes macht. Da ist überhaupt die hermetische Blasenbildung, die auch bei uns – wenngleich nicht im Maßstab mit den Vereinigten Staaten vergleichbar – die seltsamsten Blüten treibt: Beispiele sind die *White Supremacists*, Verschwörungstheoretiker, ganz zentral die evangelikalischen Kirchengemeinden, die auch bei uns an Gewicht gewinnen, der Hass auf die Medien, der jeden Tag für elektronische Bücherverbrennungen sorgt. Jede Gruppe sagt sich von allen anderen los, und auch von einer gesellschaftlichen Ordnung, die sie normalerweise warm und satt hält, und versteht jede andere Form des Lebens als Angriff auf ihre eigene Existenz. Menschliche Leben zählen außerhalb der eigenen Blase nichts. Als hätte es die Aufklärung nie gegeben.

Literatur²

Welskopp, Thomas, Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft, Tübingen 2014.

Albert, Gleb J./Siemens, Daniel/Wolff, Frank (Hrsg.), Entbehrung und Erfüllung. Praktiken von Arbeit, Körper und Konsum in der Geschichte moderner Gesellschaften, Bonn 2021.

Thomas Welskopp (1961-2021) studierte Geschichte und Soziologie an der Uni Bielefeld. Im Februar 1992 erfolgte die Promotion am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin. Nach der Habilitation im April 1999 vertrat er von Oktober 2001 bis Juli 2002 den Lehrstuhl Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Von Oktober 2004 bis zu seinem Tod lehrte er als Professor für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte moderner Gesellschaften an der Universität Bielefeld.

2 Da Thomas Welskopp seinen Vortrag nicht mehr überarbeiten konnte, wissen wir nicht, welche Literatur er uns vorgeschlagen hätte. Aus diesem Grund nennen wir hier lediglich einen Klassiker von ihm selbst und den Sammelband von Albert, Siemens und Wolff, der ihn zu seinem 60. Geburtstag hätte erreichen sollen.

Jürgen Schmidt

Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Klassenidentität im Deutschen Kaiserreich¹

Je stärker der Druck von außen, desto enger die Beziehungen im Inneren. Je mächtiger der Gegner, desto enger rückt man zusammen. Je häufiger die Kontakte, desto leichter findet man zueinander. Je ähnlicher die soziale und ökonomische Situation sowie die kulturellen Vorstellungen, desto leichter fällt die gegenseitige Verständigung. Solche Beschreibungen für Kohäsionskräfte haben etwas Überzeugendes, aber auch Vereinfachendes. Denn sie vereinheitlichen, was sich diverser darstellt.

Einerseits: Die deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich als politische Bewegung sah sich politisch-polizeilicher Verfolgung und der Verunglimpfung als »innerer Reichsfeind« ausgesetzt, insbesondere durch das »Sozialistengesetz« zwischen 1878 und 1890. Doch das Gesetz brach – auch weil das Kaiserreich kein totalitärer Staat war – der Sozialdemokratie nicht das Genick, sondern wirkte trotz Haftstrafen und Ausweisungen für viele ihrer Mitglieder als eine Art Korsett, das die sozialdemokratische Bewegung und ihr Milieu zusammenhielt. Eine Heldengeschichte wurde konstruiert, die der Sozialdemokratie über das Ende des »Sozialistengesetzes« hinaus als identitätsstiftendes Band diente.

Die Arbeiterschaft wiederum erfuhr soziale Missachtung und gesellschaftliche Ausgrenzung. Deswegen bot die Arbeiterbewegung ihrer Anhängerschaft Alternativen mit eigenen Einrichtungen wie Partei- und Gewerkschaftshäusern sowie Vereinen mit einem vielfältigen Angebot, das vom Turnen, Singen und Radfahren bis hin zum Theaterbesuch reichte. Noch ganz im konservativen Sprachstil des frühen 19. Jahrhunderts verfangen, meinte beispielsweise ein Geistlicher nach einer Visitation in einem thüringischen Kirchenkreis im Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs: »Im Denken, Glauben, Hoffen, Arbeiten, Genießen leben die

¹ Die essayartigen Überlegungen beruhen auf unterschiedlichen Vorarbeiten von mir (dort sämtliche Quellen- und Literaturbelege). Siehe die Literaturangaben am Ende des Beitrags.

verschiedenen Stände fast in getrennten Welten«. Arbeiterschaft und Bürgertum, hier durch den Begriff der Stände und nicht der Klassen erfasst, wurden als getrennte Entitäten wahrgenommen.

Andererseits: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung engagierte sich insbesondere nach 1890 in zahlreichen nationalen und kommunalen Institutionen von den Ortskrankenkassen bis hin zu den Arbeitsämtern. Auf der politischen Bühne brachte sie Gesetzentwürfe ein und war in Baden bereit, dem Haushalt zuzustimmen. In Thüringen wiederum wählten die Landtagsabgeordneten von Sachsen-Coburg-Gotha im Jahr 1901 unter maßgeblicher Beteiligung bürgerlicher, freisinniger Landtagsabgeordneter den Sozialdemokraten Wilhelm Bock zum Landtagsvizepräsidenten. Exklusion traf die Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung unbestreitbar, ließ sich aber auch partiell überwinden.

Die Bereitschaft, »die Anderen« als gleichberechtigt anzuerkennen, konnte bei reflektierten, unabhängig denkenden Angehörigen des Bürgertums sehr weit gehen, zum Beispiel bei Theodor Fontane, der 1878 an seine Frau schrieb: »Millionen von Arbeitern, sind grade so gescheidt, so gebildet, so ehrenhaft wie Adel und Bürgerstand, vielfach sind sie ihnen überlegen.« In der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wiederum gab es formvollendete Kulturbohemiens, wie der Theaterkritiker Alfred Kerr 1895 über den Sozialdemokraten Curt Baake bissig-satirisch zu berichten wusste. Der zähle zu »jenen Typen derjenigen Sozialdemokraten«,

»die im persönlichen Auftreten einen sehr bürgerlichen Eindruck machen. Diesen Zug zum bourgeoisen Anstrich, den ich in den sozialistischen Berliner Freien Volksbühnen reichlich beobachtete, bestätigte mir Baake einmal im Gespräch als generell gültig [sic]. Und wer etwa in dem kindlichen Wahn lebt, daß die Jünger des Evangelium Marxi wie der Struwwelpeter aussehen, hätte sich auf Helgoland im Sommer 1894 gewundert, wenn er den stattlich behäbigen Baake mit seiner lebenswürdigen und wahrhaftig, nicht petroleusenhaften Frau am Strande friedsam und vergnügt erblickt hätte.«²

2 Alfred Kerr, *Wo liegt Berlin? Briefe aus der Reichshauptstadt*, hg. von Günther Rühle, Berlin 1997, zitiert nach Jürgen Schmidt, *Begrenze Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870–1914*, Göttingen 2005, S. 375 f.

Unabhängig davon, ob Fontanes Meinung eine vereinzelt Stimme bildete, ob Alfred Kerrs Ironie über Curt Baake die Sozialdemokratie treffend charakterisierte: Es sind die Ambivalenzen in der Beziehungsgeschichte zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, die einen Ansatz zu konzeptionellen Überlegungen und Fragestellungen mit Blick auf das Verhältnis von Klassenidentität und Sozialdemokratie bieten. Offensichtlich wird, dass Kohäsionskräfte beziehungsweise eine klassengesellschaftliche Identität nicht allein aus dem ökonomischen Kapital-Arbeit-Gegensatz abgeleitet werden können.

Zweifellos war dieser Gegensatz im Kapitalismus aus mehreren Gründen zentral und fundamental für das Verständnis als Arbeiterbewegung. Erstens trug er an der Basis zur Selbstvergewisserung und Verständigung bei, indem (körperlicher) Arbeit Wert beigemessen wurde. Die Gegenüberstellung von harter Hände Arbeit und Verpassen des Profits ließ sich hervorragend instrumentalisieren. Zweitens half der Kapital-Arbeit-Gegensatz durch das agonale, polare Prinzip, zwischen »denen« und »uns«, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Bürgertum und Arbeiterschaft zu unterscheiden. Er war Ausdruck eines relationalen Verständnisses von Klasse im Sinn »paralleler vertikaler Beziehungen«, wie Thomas Welskopp in seinem Beitrag für diesen Band schrieb. Drittens bot der Gegensatz insbesondere in Form eines von Friedrich Engels vermittelten und durch zahlreiche Adepten popularisierten Marxismus die ideologisch-programmatische Fundierung der Sozialdemokratie im Kaiserreich, unter anderem im Erfurter Programm. Die »Metzeleien des Kapitalismus«, wie August Bebel es formulierte, fanden, viertens, ihren konkreten Ausdruck auf dem »Schlachtfeld der Arbeit«.³ Die Arbeiterpresse skandalisierte Arbeitsunfälle und hob die kapitalistische Ausbeutung und ökonomische Abhängigkeit der Arbeiterschaft als eine der Unfallursachen hervor. Schließlich, fünftens, wirkte der Gegensatz in der Praxis mobilisierend. Immerhin zählte die Generalkommission der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften in den Jahren von 1900 bis 1914 zwischen rund 800 und 3.000 Streiks pro Jahr. In den Arbeitskämpfen ging es um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, Teilhabe am ökonomisch-gesellschaftlichen Reichtum, aber auch darum, Solidarität am Arbeitsplatz herzustellen. Aus diesen fünf Gründen darf die Veror-

3 Sebastian Knoll-Jung, *Vom Schlachtfeld der Arbeit. Aspekte von Männlichkeit in Prävention, Ursachen und Folgenbewältigung von Arbeitsunfällen in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Stuttgart 2021.

tung der Sozialdemokratie innerhalb der kapitalistischen Klassenökonomie nicht vernachlässigt werden. Der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Eigentumslosigkeit und Produktionsmittelbesitz wirkte unmittelbar auf die Mitglieder der Bewegung, motivierte sie zu Handlungen und bot Anschauungsmaterial über die ungleichen Verhältnisse.

Allerdings ist auf der anderen Seite auf die Grenzen einer ökonomisch verstandenen Klassenidentität hinzuweisen. Zum Ersten greift nämlich zu kurz, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei mit *der* (Lohn-)Arbeiterschaft gleichzusetzen. Das sozialdemokratische Vereinsmilieu war auf Respektabilität angelegt und sprach vor allem eine Facharbeiterschaft an, die in den 1860er- und 1870er-Jahren noch stark handwerklich geprägt war. Aus diesem Grund fanden auch Handwerksmeister und Selbstständige in die Bewegung – eine Sozialgruppe, zu der Anfang der 1890er-Jahre auch Friedrich Ebert als selbstständiger Sattler und Gastwirt zu zählen ist (freilich wurde er auch durch sein politisches Engagement in der Sattlergewerkschaft und der Sozialdemokratie in diese selbstständigen Positionen gezwungen, weil er als Sozialdemokrat keine Lohnarbeit fand). Erst allmählich und verstärkt ab der Jahrhundertwende fand auch die Arbeiter_innenschaft aus den modernen Fabrikbetrieben in der Sozialdemokratie ihre Heimat. Aber gerade prekär und unstet Beschäftigte sowie Landarbeiter standen dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vereinskosmos oft fremd gegenüber und wurden unzureichend angesprochen. Dies galt auch für das Verhältnis zu den Arbeiterinnen und Frauen. Im politischen Verein bewies man in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner seine Männlichkeit, im geselligen Verein blieben die Männer bei Alkohol, Tabak und Kartenspiel unter sich. Frauen bekamen die Funktion zugewiesen, sich um die Ausschmückung von Festen und Festsälen zu kümmern. Im chauvinistischen Fall sahen Funktionäre die Ehefrau als Belastung, die sie von ihrer politischen Arbeit abhielt. Der Bewusstseinswandel war hier äußerst zäh und langwierig, sodass die sozialistische Arbeiterinnenbewegung in Partei und Gewerkschaften nicht nur gegen den Klassenfeind ankämpfte, sondern sich auch gegenüber den Klassenfreunden behauptete und zur Wehr setzte.

Zum Zweiten gilt es, die Klassenidentität der Sozialdemokratie breiter zu verstehen, da sie Facetten enthält, die nicht allein aus dem ökonomischen Gegensatz

von Kapital und Arbeit resultieren. Ein insbesondere beziehungs- und verflechtungsgeschichtlich erweitertes Klassenmodell hilft weiter, um Abgrenzungen, Überschneidungen, Konflikte und Kontakte innerhalb von Arbeiterschaft und Bürgertum sowie zwischen diesen sichtbar zu machen und somit den politisch-gesellschaftlichen Raum abzustecken, in dem die Arbeiterbewegung im Kaiserreich zu einer Massenbewegung mit über einer Million Parteimitgliedern und 2,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern wuchs. Verflechtungsgeschichte meint in diesem Fall nicht die transnationalen Aspekte dieses Ansatzes, sondern bezieht sich auf gegenseitige Abkapselung, aber eben auch auf Transfer, Austausch, Kontakte und Kommunikation zwischen Sozialgruppen innerhalb einer Gesellschaft. Fünf Aspekte sollen im Folgenden knapp skizziert werden.

Erstens: 1850 verstarb in Apolda der Textilunternehmer Andreas Wiedemann. In einem Nachruf hieß es, Wiedemann sei »Besitzer eines großen Vermögens« gewesen, »das er sich hauptsächlich durch Fleiß, Ordnung und Sparsamkeit erworben« und »mit wohlthätigem und gemeinnützigem Sinne verwaltet« habe.⁴ 40 Jahre später verteidigte der sozialdemokratische Verein in Erfurt in einem Flugblatt seinen Vorsitzenden Paul Reißhaus gegen Vorwürfe, er habe die in seinem Geschäft arbeitenden Schneider_innen ausgebeutet. Dagegen argumentierten die Verfasser eines Flugblatts: »Herr Reißhaus hat es durch Geschicklichkeit, Reellität, Pünktlichkeit und unermüdlichen Fleiß soweit gebracht, um sich ein Haus – das er zum Betriebe seines umfänglichen Geschäfts haben mußte – kaufen zu können.« Reißhaus gehöre zu »denjenigen Arbeitgebern seiner Branche«, »welche ihre[n] Arbeiter[n] die besten Löhne bezahlen«.⁵ Sowohl dem Textilunternehmer als auch dem sozialdemokratischen Arbeiterführer schrieben die Autoren Werte wie Fleiß, Ordnung und Pünktlichkeit zu, um ihre Leistungen zu erklären. Nach Einschätzung sowohl der Verfasser des Nachrufs auf den Wirtschaftsbürger Wiedemann als auch der Urheber des sozialdemokratischen Flugblatts geschah der Aufstieg nicht nur zum Selbstzweck. Im Fall von Wiedemann waren

4 Zitiert nach *Tobias Kaiser*, Vom Strumpfwirkermeister zum Unternehmer. Der Aufstieg des Christian Zimmermann und seine Bedeutung für die Stadt Apolda, in: *Hans-Werner Hahn/Werner Greiling/Klaus Ries* (Hg.), Bürgertum in Thüringen. Lebenswelt und Lebenswege im frühen 19. Jahrhundert, Rudolstadt 2001, S. 253–280, hier S. 275.

5 Flugblatt des sozialdemokratischen Vereins Erfurt, Februar 1890, zitiert nach *Schmidt*, Begrenzte Spielräume, 2005, S. 147.

Reichtum und Erfolg rückgebunden an Praktiken der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit, im Fall von Reißhaus nicht Resultat kapitalistischer Ausbeutung, sondern Ergebnis eines sozialdemokratisch inspirierten Unternehmertums. Offensichtlich waren Werte wie Fleiß und Ehrlichkeit («Reellität») nicht klassenspezifisch konnotiert. Der »ehrbare Kaufmann« in Person des Schneidermeisters Paul Reißhaus war als Identitätsfigur für die Sozialdemokratie schon deshalb wichtig, weil die Basis der Sozialdemokratie stolz auf ihre Arbeit, ihren Fleiß und ihr handwerkliches Können war. Klassenidentität entstand also nicht (nur) im Gegensatz zum Kapitalisten, sondern sog ihre Kraft aus geteilten Werten, die in der Gesellschaft des Kaiserreichs auch Fixsterne am »bürgerlichen Wertehimmel« waren.

Zweitens: Eingebunden in die bürgerliche Gesellschaft, nahmen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung nicht nur bürgerliche Werte und Deutungsmuster auf. Sie entwickelten einen eigenen Umgang mit bürgerlichen Kulturgütern und Traditionen. Das stellte keine Verbürgerlichung im Sinn einer Kopie dar, sondern war mit Anverwandlungs- und Uminterpretationsprozessen verbunden. In den Gedenkjahren zu Friedrich Schillers 100. Todestag (1905) und 150. Geburtstag (1909) wurde dem Bürgertum vorgeworfen, Schillers zentrale Botschaften von Freiheit und Partizipation verraten zu haben. Damit bot sich der Sozialdemokratie die Gelegenheit, Schiller für sich in Anspruch zu nehmen. Als Vertreter des »klassischen Idealismus« sei Schiller »Bahnbrecher nicht bloß der bürgerlichen Revolution« gewesen, sondern sei auch Vermittler »ihrer Fortsetzerin [-] der proletarischen [Revolution]«. ⁶ Die sozialdemokratische Zeitung *Tribüne* urteilte im Jahr 1909: »Heute ist im Begriff der Solidarität, der jedem Arbeiter zum Heiligtum wird und Millionen schon dazu geworden ist, im Keime das enthalten, was Schiller in jenem Begriff der Harmonie erträumte.« ⁷ Die Usurpation bürgerlicher Werte war das eine, die festliche Ausgestaltung sozialdemokratischer Schillerfeiern das andere: Denn diese verharrten in einer Nachahmung bürgerlicher Festkultur. Auch der Faszination des Weihnachtsfestes, der Mischung aus Lichterglanz, Religiosität, häuslichem Glück und Kinderbescherung gaben sich große Teile der Arbeiterschaft hin. Sozialdemokratische Zeitungen bereiteten ihre Leserschaft, die meisten waren Parteimitglieder, auf das Fest vor, berichteten von gelungenen

6 *Tribüne* Nr. 107 v. 9.5.1905.

7 *Tribüne* Nr. 263 v. 10.11.1909, zitiert nach *Schmidt*, *Begrenzte Spielräume*, 2005, S. 354.

Schaufensterdekorationen oder gaben in mit Annoncen gespickten »Orientierungs-Spaziergängen« Hinweise, wo man »am richtigen Orte und für billiges Geld gute Waren« kaufen konnte.⁸ Da war einerseits die »Sehnsucht nach Bürgerlichkeit, nach bürgerlichem Anschluss« (Sebastian Prüfer) sichtbar. Andererseits wurde Weihnachten aus bürgerlich-religiösen Kontexten gelöst, als Friedensfest säkularisiert und die christliche Heilsbotschaft transformiert. Heil versprach nicht die Geburt Christi, sondern die Geburt des Sozialismus. Eine solche Adaption und Transformation von Hochkultur und Tradition innerhalb der Arbeiterbewegung war das eine; gleichzeitig war das Feld der Kultur und Lebensweisen gepflastert mit Unverständnis und Fehlschlüssen. Die Weitervermittlung bürgerlicher Hochkultur in die Arbeiterschaft blieb in Ansätzen stecken, ja ging am Anspruch der Arbeiter_innen vorbei. Der Klassenidentitäten übergreifenden Populärkultur von Volksfesten, Kinos und ›Tingeltangel‹ stand die Sozialdemokratie eher skeptisch gegenüber.

Drittens: Ein Beispiel konkreter politischer Verflechtung zeigt die Rolle der Arbeitervereine und Sozialdemokratie innerhalb der städtischen Kommunalpolitik. In Erfurt, das im Kaiserreich zu Preußen gehörte und wo die städtische Elite bei Kommunalwahlen an der restriktiven Idee der Bürgergemeinde und der Einteilung der Wahlberechtigten in drei Klassen festhielt, zeigten sich Aneignungsprozesse. Die Sozialdemokratie verstand das Modell der Bürgergesellschaft in einem sehr viel umfassenderen, demokratischeren Sinn als viele Vertreter des Bürgertums. Die Sozialdemokraten übernahmen die Argumentationslinie der bürgerlichen Wählervereinigungen von der interessenübergreifenden Kommunalpolitik, nur dass die Sozialdemokraten bei den bisher gewählten bürgerlichen Vertretern gerade deren Unabhängigkeit und Allgemeinvertretungsanspruch bezweifelten. Nur sozialdemokratisch gesinnte Bürger würden einer bürgerlichen Vetternwirtschaft ein Ende bereiten. Auf einem Flugblatt zu den Stadtverordnetenwahlen im Jahr 1898 versuchte die Sozialdemokratie den Brückenschlag zwischen Arbeiterinteressen und einer Politik für die gesamte Bürgerschaft herzustellen. In dem »Mitbürger!« überschriebenen Flugblatt argumentierten die Verfasser, dass die sozialdemokratischen Kandidaten »weit davon entfernt« seien, »nur Zukunftsmusik zu machen«. Auch für »patriotische Gegenwartsarbeit« hätten sie »nichts

⁸ Tribüne Nr. 291 v. 11.12.1904, Beilage.

übrig«. Stattdessen würden sie »durch fleißige, eifrigste und sachkundigste Mitarbeit an den praktischen Fragen der städtischen Verwaltung an der Spitze marschieren und dadurch den Dank ihrer Mitbürger zu verdienen suchen.«⁹ Sozialdemokratische Reformpolitik zum Wohle aller war das Motto dieses Aufrufs. Sie unterschied sich in ihrer Grundidee nicht vom Anspruch der bürgerlichen Vertreter, die in ihrem Verständnis ebenfalls Kommunalpolitik zum Wohle der gesamten Bevölkerung machten. Mit der Beteiligung an den Kommunalwahlen demonstrierte die Sozialdemokratie bei jeder Wahl die demokratisch-partizipatorischen Mängel der bürgerlichen Kommunalpolitik. Sie war der Stachel im Fleisch der städtischen Bürgergesellschaft. Doch auch über die kommunale Ebene hinaus lässt sich argumentieren, dass die Sozialdemokratie sich als demokratiegestaltende Bewegung sah und über diesen Partizipationsanspruch eine Kohäsionskraft in ihren eigenen Reihen schuf.

Viertens: Klassenidentität gewann dann an Kraft, wenn sie auf gesellschaftlich spürbare Klassengrenzen traf. Dieser Effekt war lebensweltlich sehr unmittelbar erfahrbar, etwa bei der sozialen Mobilität. Dieses leider in der Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte mit ihrem *cultural turn* vernachlässigte Forschungsfeld lässt auf eine zentrale Kontakt- und Abgrenzungsebene zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum blicken. Ökonomische Klassenspaltungen zwischen Kapital und Arbeit spielen bei diesen Mechanismen zwar eine wichtige Rolle, erklären Mobilitätsmuster aber nur zum Teil. Ohne Frage sind mit der Untersuchung von sozialer Mobilität zahlreiche methodische Schwierigkeiten verbunden; andererseits bietet sie sich an, um komplexe Daten zu erheben und die gewonnenen Ergebnisse in einem konkreten Kontext zu verorten. Mit den heutigen Möglichkeiten der Computernutzung und Datenvernetzung wäre es möglich, die früher stark standardisierende Methode der Kirchenbuchauswertung von Berufsbezeichnungen auszuweiten, mit zusätzlichen Daten wie Vereinszugehörigkeit, Steueraufkommen usw. zu verknüpfen und so ein vielfältigeres Bild von sozialer Mobilität in historischer Perspektive zu gewinnen. Derartige Untersuchungen lassen erst erkennen, welche Heiratskreise und Aufstiegskanäle wem offenstanden, wo sich Grenzen der Aufstiegsmobilität abzeichneten, wer in Gefahr stand, aus bürgerli-

9 Flugblatt »Stadtverordnetenwähler der dritten Abteilung!«, 19.11.1898, zitiert nach Schmidt, *Begrenzte Spielräume*, 2005, S. 304 (Hervorhebung im Original).

chen Gruppen abzustiegen, welche Arbeiterkreise in der persönlichen Karriere oder im intergenerationellen Verlauf Chancen oder Risiken von Auf- und Abstieg trugen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Unter den zwischen 1905 und 1909 in Erfurt heiratenden Handwerksmeistern, kleinen Selbstständigen und Angestellten hatten in der Generationenfolge nur 3,5 Prozent den Aufstieg in das Kernbürgertum geschafft, während fast 40 Prozent von ihnen nun zur Arbeiterschaft zählten. Unter den Erfurter Arbeitern war die Hälfte der heiratenden Männer zum Zeitpunkt ihrer Eheschließung immer noch in der gleichen Berufsgruppe wie die Väter tätig. Nur 16 Prozent hatten den Aufstieg in die Gruppe der kleinen Selbstständigen und Angestellten geschafft, weniger als ein Prozent war in das Wirtschafts- und Bildungsbürgertum aufgestiegen. Solche Raten waren kein Erfurter Spezifikum, sondern durchgängig festzustellende Werte in deutschen Großstädten. Hier verfestigten sich in der Generationenfolge und in der beruflichen wie familialen Sozialisation Klassenidentitäten, die nicht nur aus dem Kapital-Arbeit-Gegensatz erklärt werden können.

Fünftens: Sich in der Sozialdemokratie zu engagieren hieß auch, politische Arbeit zu leisten. Politische Arbeit und politisches Engagement in der Arbeiterbewegung speisten sich zwar in erheblichem Maß aus ökonomischer Ungleichheit und ökonomischem Klassenkonflikt. Doch in der Praxis und konkreten Umsetzung standen bei den Akteur_innen dann andere Referenzpunkte im Vordergrund, die wiederum maßgeblich zur Kohärenz innerhalb der Sozialdemokratie beitrugen. Die einzelnen Funktionäre vom Ortsvereinsvorsitzenden bis hin zu August Bebel und Friedrich Ebert erledigten dabei Arbeitsprozesse, die unter drei Aspekten analysiert und beschrieben werden können: Der erste ist die Kontakt- und Kommunikationsfunktion. Der Aufbau von Netzwerken ist hier das Schlüsselement. Der zweite Aspekt ist die Managementfunktion. Ziel der Arbeiterbewegung war es, in ihr dauerhafte, belastbare und nachhaltige Strukturen zu etablieren. Die Fähigkeit zur Selbstorganisation wirkte als verbindendes Element. Die dritte Funktion war die der Vermittlung. Vermittlung bedeutete vor allem, die Interessen der Arbeiterschaft durchzusetzen und Macht zu gewinnen. Damit ließen sich Identitätsangebote mobilisieren und Orte der Identitätsstiftung »bespielen« – von den Kneipen über die Wohnviertel bis zur Parteipresse und Parteiveranstaltungen. In diesem Fall lernten die ehemaligen bürgerlichen Honoratiorenparteien von der

Sozialdemokratie, wie Mitgliederparteien aufzubauen und mit welchem Aufwand sie zu organisieren waren. In ihrer Korrespondenz teilten die sozialdemokratischen Funktionär_innen ihre Sorgen, den Reiz und die Last der politischen Arbeit mit. Politik war eine »ernste Angelegenheit«. Der Zeitaufwand und der intensive Arbeitsprozess waren den vielfältigen und komplexen Aufgaben der Führungspersönlichkeiten geschuldet und – vor dem Hintergrund, politisch ausgegrenzt zu sein – deren Wunsch, mit ihren Fähigkeiten und Leistungen zu glänzen. Ein weiterer Grund für sie, so viel wie möglich zu arbeiten, war, dass sie sich der Mehrheit der Parteimitglieder verpflichtet fühlten, die harte, körperliche Arbeit leisteten. Ihre intellektuelle politische Arbeit, die von der Anhängerschaft an der Basis gefördert und finanziert wurde, war ihr Beitrag und ihr Opfer im Kampf für die Sache der Partei. Sie stärkte das Zusammengehörigkeits- und Zugehörigkeitsgefühl.

Allen Ansätzen zur Verflechtung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum sowie aller »positiven Diversität« innerhalb der Arbeiterbewegung zum Trotz verstand sich die Sozialdemokratie, die seit 1890 in ihrem Parteinamen auf die Charakterisierung als Arbeiterpartei verzichtete, als eine solche. Das ging, wie die fünf Argumentationslinien zeigten, über den ökonomischen Klassengegensatz weit hinaus, der dennoch als Identitätsanker nicht unterschätzt werden darf: Der fundamentale Unterschied zwischen Eigentumslosigkeit und Produktionsmittelbesitz, der Wert der Arbeit sowie die Erfahrung von Ausbeutung und Ungleichheit schweißten zusammen, waren Stoff zum Austausch in Kneipen, Stadtvierteln und Wahlkämpfen – alles Komplexe der Identitätsbildung, auf die weitere Beiträge in diesem Band eingehen.

Weiterführende Literatur

Lieske, Adina, Arbeiterkultur und bürgerliche Kultur in Pilsen und Leipzig, Bonn 2007

Retallack, James, Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918, Oxford u. a. 2017.

Schmidt, Jürgen, Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870–1914, Göttingen 2005.

Ders., August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie, Zürich 2013.

Ders., *Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen*, Frankfurt a. M./New York 2015.

Ders., »Im Denken, Glauben, Hoffen, Arbeiten, Genießen leben die verschiedenen Stände fast in getrennten Welten« – wirklich? Arbeiterschaft und Bürgertum in Thüringen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Stefan Gerber/Werner Greiling/Marco Swiniartzki* (Hg.), *Thüringen im Industriezeitalter. Konzepte, Fallbeispiele und regionale Verläufe vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar 2019, S. 65–82.

Ders., *Cultures of Physical and Political Work in 19th-Century Germany*, in: *Moving the Social*, 2019, H. 62, S. 5–28.

Welskopp, Thomas, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

Dr. Jürgen Schmidt studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg, Innsbruck und Berlin (Freie Universität). Er promovierte über das Verhältnis von Arbeiterschaft und Bürgertum in der preußischen Stadt Erfurt im Kaiserreich. Er arbeitete unter anderem an der Ruhr-Universität Bochum, im Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, beim Wissenschaftszentrum Berlin, in Ausstellungsprojekten des Stadtmuseums Berlin sowie mehrere Jahre am Kolleg »Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive (re:work)« der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit (IGZA) in Berlin. Seit 2021 leitet er das Karl-Marx-Haus in Trier.

Anna Strommenger

»Heimat Arbeiterbewegung«? Zwischen sozialdemokratischer Selbst- beschreibung im Kaiserreich und nostalgischer Rückprojektion in der Weimarer Republik

1920 schrieb der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller, Redakteur und gelernte Buchdrucker Ernst Preczang seinen politischen und literarischen Werdegang nieder. Neben der Reflexion der eigenen Lebensgeschichte ging es dem späteren Mitinitiator der Büchergilde Gutenberg dabei ebenfalls um den Konnex zwischen individueller Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Deren kollektive Relevanz fasste er mit folgenden Worten zusammen: »Die rein politische oder wirtschaftliche Wertung der Arbeiterbewegung reicht nicht aus, um ihre Bedeutung zu erklären. Für Zehntausende ist sie auch eine neue seelische Heimat geworden, wurde sie rein menschlich zu lebendig-freudevollem Daseinsinhalt. Das wird oft übersehen.«¹

Die Rolle, die Preczang der Arbeiterbewegung zumaß, erschöpfte sich demnach nicht in den politischen und ökonomischen Zielen, für die sie eintrat. Eines ihrer zentralen Versprechen lag auch darin, eine Art »Alternativheimat« hervorgebracht zu haben, die ihre Anziehungs- und Schlagkraft immer noch erklären könne. Was er damit meinte, verdeutlichte Preczang an der eigenen Lebensgeschichte: In seiner Kindheit hätten wiederholte Wohnortwechsel dazu geführt, dass er und seine Familie »nirgend [sic] recht heimisch wurden«, ihnen »die Wohltat einer gesicherten Bodenständigkeit abging«.² Auch wenn eine solche Mobilitätserfahrung intellektuelle Unabhängigkeit und Freiheit potenziell befördern könne, habe ihn während seiner Ausbildungszeit und ersten Berufsjahre ein noch gesteigertes Gefühl der Verlorenheit geplagt. Alle autodidaktischen Bildungsversuche nach Feierabend seien durch die als sinnlos und ermüdend empfundenen Tätigkeiten sowie

1 Fritz-Hüser-Institut, Nachlass Ernst Preczang, Rückblick. Ungedrucktes Typoskript von 1920, S. 25 f.

2 Ebd., S. 3.

den arbeitsbedingten Erschöpfungszustand wenn schon nicht verhindert, so doch erheblich erschwert worden. Erst »der Glaube an den Sozialismus«³ habe dies verändert, was unter anderem darauf zurückzuführen sei, dass die Arbeiterbewegung eine neue und alternative »Heimat« für die vormals »heimatlos« Gewordenen geschaffen habe. »Heimat« im Sinne Preczangs war demnach ein Synonym für einen selbst gewählten und auf Solidarität basierenden Zusammenschluss Gleichgesinnter, meinte mithin ein Netz sicherer sozialer und kultureller Beziehungen. Erst auf Grundlage dieses Netzwerks könne die mit der modernen Gesellschaft prinzipiell möglich gewordene individuelle und intellektuelle Befreiung aus kollektiven Zwangsverhältnissen tatsächlich eingelöst werden.

In dem unveröffentlicht gebliebenen Typoskript mit dem Titel »Rückblick« thematisierte Preczang die Zeit des Kaiserreichs aus einer doppelten – sowohl individuellen als auch gesellschaftlichen – Retrospektive. Der 1870 Geborene verfasste den Text nicht allein mit Blick auf seinen 50. Geburtstag, sondern betrachtete das Kaiserreich zudem aus der politisch veränderten Gegenwart der Weimarer Republik. Diese Perspektive teilte er mit verschiedenen anderen autobiografischen Erinnerungen, die in den 1920er-Jahren auch im lokalen und regionalen Raum publiziert wurden. Oftmals von altgedienten Parteimitgliedern als eine Art politisches Testament verfasst, diente ihnen die Zeit des Kaiserreichs als Abgrenzungsfolie, um das bereits Erreichte zu würdigen und die politischen Errungenschaften der Weimarer Republik herauszustellen. Die sozialdemokratischen Autoren, seltener auch Autorinnen der Texte schrieben sich diese Errungenschaften auf ihre kollektiven Fahnen und stellten aus der zeitlichen Distanz den zugehörigkeitsstiftenden Charakter der Arbeiterbewegung heraus.

Trotz des mitunter nostalgischen Charakters der Autobiografien handelte es sich bei der Charakterisierung der Arbeiterbewegung als »Alternativheimat« um keine bloße Rückprojektion auf die Zeit des Kaiserreichs. Vielmehr bildeten sich Ansätze einer solchen sozialdemokratischen Selbstbeschreibung bereits um die Jahrhundertwende heraus – wenngleich sie nicht immer explizit auf den Heimatbegriff rekurrierte. Diese Idee von »Heimat« wurde in der Weimarer Republik innerhalb der Sozialdemokratie erinnerungspolitisch tradiert. Der wiederkehrende Topos »Heimat Arbeiterbewegung« beinhaltete die Vorstellung einer sozialistischen Ge-

3 Ebd., S. 25.

genwelt, die in Opposition zu den bürgerlichen Institutionen des Kaiserreichs gesetzt wurde. Im Folgenden soll es nicht darum gehen, ob eine solche »Heimat Arbeiterbewegung« tatsächlich existierte. Stattdessen steht die Frage im Zentrum, auf welchen historischen Voraussetzungen dieses Konstrukt beruhte und welche zentralen Deutungstraditionen es beinhaltete. Wie sich zeigen wird, bildete es sich in Abgrenzung zum bürgerlich-konservativen, nationalistischen Heimatverständnis heraus und setzte an die Stelle des über die nationale Herkunft bestimmten Zwangszusammenhangs eine selbst gewählte Form der Zugehörigkeit.

Die historischen Voraussetzungen und zentralen Deutungstraditionen des Topos »Heimat Arbeiterbewegung«

Dass sich die Vorstellung von der »Heimat Arbeiterbewegung« im Kaiserreich herausbilden und in der Weimarer Republik an Gewicht gewinnen konnte, basierte auf mehreren vormodernen Bedeutungsgehalten des Heimatbegriffs, die für die Erfahrungswelt der entstehenden Arbeiterschaft und der sich konstituierenden Arbeiterbewegung zentral waren: Erstens bezeichnete »Heimat« den Herkunftsort und die ökonomischen Besitzverhältnisse, zweitens regelte das Heimatrecht in den Gemeinden die Vergabe von Bürgerrechten und – im Falle von Verarmung – Versorgungsansprüche, drittens verwies der theologische Heimatbegriff auf eine versöhnte und inklusive »Heimat« im Jenseits. Wie unter anderem Hermann Bausinger und Wolfgang Kaschuba sowie jüngst Anja Oesterhelt und Beate Althammer herausstellten, durchzog den vormodernen Heimatbegriff demnach ein Spannungsverhältnis, denn er oszillierte zwischen immanenten ökonomischen und rechtlichen Bedeutungsgehalten einerseits und transzendenten theologischen andererseits. Dabei schloss die Konzeption einer zukünftig inklusiven »Heimat« im Jenseits die Suche nach einer egalitären »Heimat« in der Gegenwart prinzipiell aus, obgleich – oder gerade weil – der Begriff im Diesseits extreme Ungleichheit ausdrückte. Da Besitzlosigkeit mit »Heimatlosigkeit« einherging, fungierte »Heimat« als Ausschlussprinzip, brachte also für einen Teil der Gesellschaft ökonomische und politische Exklusionserfahrungen mit sich.

Die Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse des 19. und frühen 20. Jahrhunderts veränderten nicht nur die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, sondern

auch die Bedeutungsgehalte des Heimatbegriffs maßgeblich – wenngleich diese Veränderungen das Bürgertum und die Arbeiterschaft auf verschiedene Weise betrafen. Während die bürgerlich-konservative Deutung »Heimat« emotionalisierte und von den vormodernen Bedeutungsgehalten des Begriffs ablöste, bildeten Letztere für das ebenfalls emotionalisierte sozialdemokratische Verständnis bis in die Weimarer Republik einen zentralen Bezugspunkt. Die spezifische Modernisierungserfahrung der sich herausbildenden Arbeiterschaft, so die These, führte zur Ausformung eines sozialdemokratischen Heimatverständnisses, das sich von der bürgerlich-konservativen, nationalistischen Interpretation des Begriffs abzugrenzen suchte und um folgende drei Themenfelder kreiste: den »Heimatverlust« durch Mobilität, die Exklusion aus der irdischen »Heimat« und das Versprechen auf eine zukünftig bessere »Heimat«. Sowohl die Spezifik des sozialdemokratischen Heimatverständnisses als auch das Fortleben vormoderner Bedeutungsgehalte im modernen Heimatbegriff sind von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigt worden.

»Heimatverlust« durch Mobilität

Industrialisierung und Urbanisierung veränderten nicht nur das Stadt-Land-Verhältnis und das landschaftliche Erscheinungsbild, sondern setzten aufgrund radikal umgewälzter Produktions- und Arbeitsformen auch Mobilitätsprozesse zuvor ungekannten Ausmaßes in Gang. Die unsicheren Lebens- und Erwerbsumstände in den ländlichen Gebieten zwangen insbesondere die sich formierende Arbeiterschaft, die ehemaligen Bauern, Landarbeiter, Dienstmädchen und Tagelöhner, dazu, ihre alte »Heimat« – verstanden im Sinne des Herkunftsortes – zu verlassen und »heimatlos« zu werden. Auch in den entstehenden industriellen Zentren blieben die Beschäftigungsverhältnisse prekär, was zu wiederholten Wohnortwechseln führte, die ein fortwährendes Gefühl der »Heimatlosigkeit« nach sich zogen. So oder ähnlich stellten es Sozialdemokraten, seltener auch Sozialdemokratinnen, wie Preczang ab der Jahrhundertwende in Autobiografien und literarischen Schriften dar. Während die bürgerliche Fremdzuschreibung der »vaterlands- und heimatlosen Gesellen«, die alle tatsächlichen oder empfundenen Übel der modernen Gesellschaft auf die Arbeiterbewegung projizierte, in der Forschung wiederholt behandelt wurde, hat diese sozialdemokratische Beschreibung von »Heimatlosigkeit« bislang kaum Beachtung gefunden. Allenfalls am Rande wurde

thematisiert, dass auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Industrialisierungserfahrungen, die Veränderung der alten »Heimat« und das erzwungene Verlassen der Herkunftsverhältnisse mithilfe des Heimatbegriffs beschrieben.

Zerstörte vergangene Lebenswelten und die gefühlte Verlorenheit im neuen städtischen Lebensumfeld, in dem sich die mobile und vereinzelte Arbeiterschaft zufällig zusammengewürfelt fand, verhinderten ein neues »Heimisch-Werden« im Sinne sicherer Lebensverhältnisse. Dies griff Preczang beispielsweise in seinem Gedicht »Wir haben keine Heimat mehr« von 1908 auf:

»Wir sind geflohen aus des Friedens Haus / Zum großen Streite in die Welt hinaus;
/ Uns treibt die Ungeduld mit stetem Schlag / Von Stund zu Stunde und von Tag zu
Tag. / Ewige Wanderer ziehen wir daher – / Die alte Heimat wollen wir nicht mehr.
// Die Mutter jammert, und der Vater droht, / Verdammnis hinter uns, vor uns die
Not; / Vor uns der Haß; die Liebe sitzt im Haus / Und weint ihr Leid in stiller Kam-
mer aus. / Was zuckst du, Herz? Mach's dir nicht gar so schwer; / Denn eine Heimat
findest du nicht mehr. // Zum Ziele auf den traumbefangnen Blick! / Wir wollen nicht
und können nicht zurück. / Tot ist das Alte! Nur das Neue lebt / Wie jene Welle, die
zum Meere strebt: / Ruhlos wie sie, auf Nimmerwiederkehr. / Die Heimat, ach, wir
sehen sie nicht mehr.«⁴

Das Gedicht thematisierte die gesellschaftliche Modernisierungserfahrung aus einer sozialdemokratischen Perspektive: das mit der Industrialisierung einsetzende Verlassen der alten »Heimat« und der damit verbundenen Herkunftskontexte, den Zwang zu fortwährender Mobilität, um Arbeit zu finden, die Unmöglichkeit, sich zu einer überkommenen Vergangenheit zurückzuwenden, und, davon ausgehend, die alleinige Orientierung an den Versprechen der »Heimat Arbeiterbewegung« und der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft. Folgt man dem Gedicht, handelte es sich bei dem erfahrenen »Heimatverlust« um einen ambivalenten Prozess, der zum einen materielle Not und Unsicherheit, zum anderen jedoch die Möglichkeit intellektueller Emanzipation sowie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft implizierte. Im Gegensatz zum bürgerlich-konservativen Heimatverständnis stellte die nostalgische Rückwendung und Vergangenheitsverklärung keine Option dar, da sich die alte »Heimat« nicht durch Idylle, wie es die Heimat-

⁴ Ernst Preczang, Wir haben keine Heimat mehr, in: Im Strom der Zeit. Gedichte von Ernst Preczang, Stuttgart 1908, S. 39–40, hier S. 39. Preczangs Gedichtband wurde in der Weimarer Republik mehrfach neu aufgelegt.

bewegung insinuierte, sondern ebenfalls durch Armut und Zwang ausgezeichnet hatte. Nicht mehr die alten und überkommenen »Heimatweisen«, sondern nur die zukunftsorientierten Lieder der frühen Arbeiterbewegung, die von der »neuen Zeit« kündeten, galten Preczang als dem gesellschaftlichen Zustand angemessen. Eine ähnliche Einschätzung findet sich in anderen seit der Jahrhundertwende publizierten Autobiografien von Arbeitern und Sozialdemokraten, seltener auch Arbeiterinnen und Sozialdemokratinnen, in denen der »Heimatverlust« oftmals als Verunsicherung und gleichermaßen als Befreiung aus beengten und beengenden lokalen Verhältnissen beschrieben wurde. Eine vermeintlich idyllische Dorfgemeinschaft, die als Vorlage eines gleichsam zeitenthobenen, bürgerlich-konservativen Heimatverständnisses diente, hatte aus sozialdemokratischer Perspektive schlichtweg niemals bestanden.

Geteilte politische, soziale und ökonomische Exklusionserfahrung

Die »Heimat Arbeiterbewegung« bildete einen ideellen Gegenentwurf zu einem nationalistischen Heimatverständnis, wie es unter anderem vonseiten der bürgerlich-konservativ dominierten Heimatbewegung vertreten wurde. Der Topos richtete sich zudem gegen die politische, ökonomische und rechtliche Exklusion, welche die Sozialdemokratie als kollektive Erfahrung im Kaiserreich teilte. Schon Wilhelm Liebknecht hatte den bürgerlichen Nationalisten und Kapitalisten Anfang der 1870er-Jahre vorgeworfen, die Arbeiter »vaterlandslos« gemacht zu haben, und dem mit der Reichsgründung erstarkenden bürgerlichen Nationalismus entgegengehalten: »[D]ie Menschheit läßt sich nicht in nationale Grenzen einsperren; unsere Heimath ist die Welt: ubi bene ibi patria – wo es uns wohl geht, d.h. wo wir Menschen sein können, da ist unser Vaterland.«⁵ Liebknecht lancierte damit zugleich ein Heimatverständnis, das der von Mobilität geprägten Erfahrungswelt der Arbeiterschaft entsprach und das sozialdemokratische Ziel und Zukunftsversprechen sicherer Lebensverhältnisse zum Ausdruck brachte – was positive Bezüge auf die von bürgerlicher Seite nur unrechtmäßig usurpierte Nation gleichwohl nicht ausschloss. Vor diesem Hintergrund stellte die Suche nach einer »neuen Heimat« oder »zweiten Heimat«, die bessere Lebensumstände in

5 *Wilhelm Liebknecht*, Zu Trutz und Schutz. Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871. Nach der stenographischen Niederschrift, 4., vermehrte Auflage, Leipzig 1874, S. 4.

Aussicht stellte und oftmals im Ausland lokalisiert wurde, eine in der Sozialdemokratie und Arbeiterschaft verbreitete Redewendung dar.

Zurückgebunden war das Verständnis einer »neuen Heimat« an die rechtliche Bedeutung des Heimatbegriffs: Das Heimatrecht regelte teilweise bis in das frühe 20. Jahrhundert unter anderem die Vergabe von Bürgerrechten und begründete im Falle von Verarmung einen Versorgungsanspruch in den Herkunftsgemeinden. Mit der Einführung des Unterstützungswohnsitzes, die in den deutschen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgte, wurde das alte Heimatrecht sukzessive abgeschafft. Angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Mobilität begann damit eine Entwicklung, welche die Armenfürsorge nach und nach vom Prinzip der Herkunft löste. Bis dahin brachte »Heimat« als Herkunftsbegriff einen Anspruch auf materielle Absicherung zum Ausdruck und bedeutete gleichzeitig Ausschluss, da Besitzlosigkeit oftmals mit »Heimatlosigkeit« einherging. Voraussetzungen für den Erwerb der »Heimat« waren neben der Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht und einem Mindestalter zumeist entweder die Entrichtung einer Heimatgebühr oder ein mehrjähriger ununterbrochener Aufenthalt in der Gemeinde. In diesem Zeitraum musste der Lebensunterhalt durchgängig selbstständig verdient worden sein, was einen Antrag auf Armenunterstützung ausschloss.

Vor dem Hintergrund des geschilderten Zwangs zur Mobilität widersprach ein derart bestimmtes Heimatrecht der Lebensrealität der meisten Arbeiter und Arbeiterinnen, wobei Letztere qua Geschlecht ohnehin vom Erwerb der »Heimat« ausgeschlossen waren. Das Problem waren nicht nur die geringen Einkommen, die einer Entrichtung der Heimatgebühr entgegenstanden. In ähnlicher Weise exklusiv wirkte der zu führende Nachweis, ununterbrochenen in der betreffenden Gemeinde tätig gewesen zu sein, da die Arbeitsverhältnisse gerade im 19. Jahrhundert nur selten eine solche Stabilität ermöglichten. In zahlreichen Fällen führte die Verarmung zur Abschiebung in die Herkunftsorte, die laut Heimatrecht für die Armenunterstützung zuständig waren, jedoch gerade wegen der dort ebenfalls vorherrschenden prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse verlassen worden waren. Deswegen verzichteten die von Abschiebung Bedrohten oftmals darauf, einen Antrag auf Armenunterstützung zu stellen. Hinzu kam das parteiische Vorgehen der bürgerlichen Parteien im Gemeinderat. Eine bewusst enge Auslegung der rechtlichen Grundlagen sollte verhindern, dass das Heimatrecht an wirtschaft-

lich Abhängige verliehen wurde, selbst wenn sie die rechtlichen Vorgaben erfüllten. Damit sollte vermieden werden, dass dieser Personenkreis politisch an Einfluss gewann.

Die Sozialdemokratie verurteilte die bürgerliche Praxis der Heimatrechtsverleihung vehement. Sie widmete sich beispielsweise in Broschüren der Kritik der bürgerlichen Parteien und betrieb unter den Arbeiterinnen und Arbeitern rechtliche Aufklärung. »Heimat« diente entsprechend als Bezugspunkt sozialdemokratischer Agitation. Wenn der sozialdemokratische Kampf um »Heimat« und Zugehörigkeit, der in dieser Hinsicht auf einer ganz basalen Ebene um rechtlichen Status und soziale Sicherheit erfolgte, auch mitunter Erfolg hatte, blieb der Erwerb der »Heimat« für die meisten Angehörigen der Arbeiterschaft schwierig. Materielle Absicherung durch solidarische Unterstützung und unproblematische Zugehörigkeit in einer »Alternativheimat Arbeiterbewegung« zu suchen, lag vor dem geschilderten Hintergrund nicht fern.

In ähnlicher Weise schlug sich auch die ökonomische Bedeutung des Heimatbegriffs, seine Bezeichnung von Besitzverhältnissen an »Haus und Hof«, in der Arbeiterbewegung nieder, wie ein Blick auf die 1895 in Wien gegründete Naturfreundebewegung beispielhaft verdeutlichen kann. Ihr Ziel lag insbesondere darin, den Naturzugang auch Arbeiterinnen und Arbeitern zu ermöglichen, die bislang durch bestehende Eigentumsrechte an der Natur sowie ihre prekäre materielle Situation davon ausgeschlossen worden seien. Diese kollektive Exklusionserfahrung spielte in der Argumentation der Naturfreundebewegung eine zentrale Rolle. Deutlich machte dies Karl Renner, einer der Gründungsväter der Naturfreundebewegung und späterer erster Staatskanzler der Republik Österreich, als er 1897 schrieb:

»Kein Fleckchen der Erde gehört uns. Das Haus, in dem wir wohnen, die Werkstatt, in der wir fronen, gehören anderen, die Fluren, durch die wir wandern, eignen nicht uns [...]. Wir sind Fremdlinge auf dieser Erde, wir haben keinen Teil an ihr! Nur die Straßen haben sie uns gelassen! Die staubige Landstraße, auf der wir als Arbeitslose in die Fremde zieh'n, auf der uns der Gendarm wieder heimführt, wenn wir keine Arbeit finden. Sie haben die Erde, das ewige Erbe aller ihrer Söhne, unter sich geteilt und uns vergessen.«⁶

6 *Karl Renner*, *Der Arbeiter als Naturfreund und Tourist*, wiederabgedruckt in: *Der Naturfreund. Zeitschrift des Touristen-Vereins »Die Naturfreunde«*, 30, 1926, H. 1, S. 3–4, hier S. 3.

Die Gründung der Naturfreundebewegung reagierte sowohl im Habsburgerreich als auch im deutschen Kaiserreich auf die geteilte Exklusionserfahrung und beanspruchte, die Welt auch für Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer »Heimat« – verstanden im Sinne sicherer Lebensverhältnisse – zu machen. Die Naturfreundebewegung fungierte dabei als Gegenentwurf zur bürgerlichen »Heimat« und als solidarisches Alternativmodell gegenseitiger Unterstützung. Interessanterweise knüpfte sich diese Argumentation im Kaiserreich jedoch noch weit stärker an den Begriff der Natur oder der kapitalistisch ausgebeuteten Erde als an den Heimatbegriff. Dies änderte sich in der Weimarer Republik: Nun erlebte der Heimatbegriff, verstanden im Sinne eines lokalen, regionalen oder nationalen Raums, in der Arbeiterbewegung eine Hausse, was mit seinem gesamtgesellschaftlichen Bedeutungszuwachs korrelierte. Gleichwohl zeichneten sich die lokalen, regionalen oder nationalen »Heimat-Räume« im sozialdemokratischen Verständnis wesentlich durch ihren republikanischen Charakter aus. Auch wenn sozialdemokratische »Heimat« demnach zunehmende räumliche Schnittmengen mit der bürgerlich-konservativen aufwies, grenzte ein Großteil der Arbeiterbewegung beide Verständnisweisen weiterhin voneinander ab. 1931 formulierte ein Naturfreund diesen Gedanken eines weder nationalistischen noch an Besitz gebundenen Heimatverständnisses mit folgenden Worten:

»Auch uns ist die Heimat gegeben. – Freilich ist es nicht die Heimat jener Patentpatrioten, die da Grenzen ziehen und Schranken aufrichten, und deren Begriff ›Heimat‹ sich gründet auf das Recht des Besitzes von altersher.«⁷

Mit dieser Abgrenzung rekurrierte er weiterhin auf die vormodernen Bedeutungsschichten des Begriffs.

Die Hoffnung auf eine zukünftig bessere »Heimat«

Die kollektiv geteilte Mobilitäts- und Exklusionserfahrung allein hätte jedoch nicht ausgereicht, um die Herausbildung der Vorstellung von der »Heimat Arbeiterbewegung« zu begründen. Dafür war darüber hinaus ein mehrfaches sozialistisches Zukunftsversprechen zentral: Dieses zielte auf politische Freiheit, wirtschaft-

⁷ Kurt Reumuth, Haben wir eine Heimat?, in: Der Wanderer. Monatsschrift der Reichsleitung und der Gaue Brandenburg, Niederhessen, Niedersachsen, Nordbayern, Rheinland, Saar, Schlesien, Westfalen im Touristenverein »Die Naturfreunde«, Reichsgruppe Deutschland (hervorgegangen aus den Gaublättern genannter Gaue), 3, 1931, H. 5, S. 83–84, hier S. 83.

liche Sicherheit und kulturelle sowie soziale Zugehörigkeit. Damit adressierte es ähnliche Fragen wie die rechtlichen und ökonomischen Bedeutungsgehalte des vormodernen Heimatbegriffs. Dass sich dieses Zukunftsversprechen an die »Heimat Arbeiterbewegung« knüpfen konnte, hatte seinen Ursprung in einem weiteren vormodernen Bedeutungsgehalt des Heimatbegriffs: dem theologischen. Dieser stellte die Hoffnung auf eine inklusive »Heimat« für alle Personen, unabhängig von Fragen des weltlichen Besitzes, in Aussicht – allerdings erst im Jenseits.

Ebenso wie die rechtlichen traten auch die theologischen Konnotationen des Heimatbegriffs infolge der Industrialisierung und gesellschaftlichen Modernisierung zunehmend zurück. Sie blieben als kollektiv geteilter gesellschaftlicher Erfahrungsbestand jedoch präsent und entfalteten in der Sozialdemokratie eine spezifische Bedeutung. Dies lässt sich wiederum an Preczangs Gedicht »Wir haben keine Heimat mehr« zeigen, das die Auflösung althergebrachter Vergesellschaftungsformen und den Verlust an religiöser Gewissheit durch die Säkularisierung der »Heimat« beschrieb:

»Der Donner grollt; vom Berge braust der Sturm, / Die Wipfel krachen, und es schwankt der Turm. / Zerbrochen ist, was uns einst heilig war, / Gebetlos ziehen wir in die Gefahr. / Gestürzt die Götter und der Himmel leer – / Denn unsere Heimat schützen sie nicht mehr. // Singt uns ein Lied in diese wilde Nacht, / Ein Lied von Leben und von hehrer Pracht, / Singt uns von Schönheit und von Morgenrot, / Das aus der Tiefe wie ein Krater loht, / Doch keine Heimatweisen, innigschwer, / Denn eine Heimat haben wir nicht mehr.«⁸

An die Stelle der zukunftsverbürgenden Götter, die eine versöhnte »Heimat« im Jenseits in Aussicht gestellt hatten, trat in dem Gedicht das Zukunftsversprechen des – mitunter ebenfalls religiös aufgeladenen – »Morgenrot[s]«, das von Preczang durch die Anspielung auf den Text der »Internationale« einem national bornierten Heimatverständnis implizit entgegengesetzt wurde.

Der empfundene »Heimatverlust« erhielt mit der Herausbildung der »Heimat Arbeiterbewegung« demnach ein neues Telos, das die individuelle Modernisierungserfahrung mit der Möglichkeit kollektiver Befreiung in Beziehung setzte. Da es sich bei der »Heimat Arbeiterbewegung« um eine portable Heimat handelte, die solidarische Beziehungen zwischen Menschen bezeichnete und damit zunächst

⁸ Preczang, Heimat, 1908, S. 39–40.

einmal nicht ortsgebunden war – wenngleich sie in den Städten und industriellen Zentren ebenfalls Orte der Zusammenkunft benötigte –, entsprach sie den mobilen Arbeits- und Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft. Wohl auch deswegen erreichten die genannten Gedichte und Autobiografien eine große Leserschaft. In der Weimarer Republik wurde in Teilen der Arbeiterbewegung weiterhin ähnlich argumentiert, wenn beispielsweise Otto Rühle nahelegte, dass es der »bürgerlichen Klasse« zwar gelungen sei, die Frage der »Heimat« zu säkularisieren, sie es jedoch versäumt habe, gleichzeitig auch die mit dem Heimatbegriff verbundene theologische Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu säkularisieren und für alle Menschen auf der Erde einzulösen.⁹ Dieses Versprechen im Hier und Jetzt zu verwirklichen, schrieb sich die »Heimat Arbeiterbewegung« auf ihre Fahnen.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich argumentieren, dass der Topos »Heimat Arbeiterbewegung« die vormodernen immanenten und transzendenten Bedeutungsinhalte des Heimatbegriffs aufgriff und auf veränderte Weise in einem modernen sozialdemokratischen Heimatverständnis synthetisierte. Sowohl die geteilte Mobilitäts- und Exklusionserfahrung als auch die gemeinsame Hoffnung auf eine bessere Zukunft nahmen darin eine zentrale Rolle ein. Demnach versprach sozialdemokratische »Heimat«, die prekäre und zufällige individuelle Herkunft durch gemeinsame Praxis zu überwinden, mithin durch eine bessere kollektive Zukunft zu ersetzen. Auch wenn – oder gerade weil – es sich bei der »Heimat Arbeiterbewegung« um eine historische Selbstbeschreibung handelte, ergeben sich aus der Analyse Rückschlüsse auf die Frage nach der Integrationskraft der Arbeiterbewegung und den Kohäsionskräften in der Sozialdemokratie bis 1914 und darüber hinaus. Die Wirkmächtigkeit dieses Heimatverständnisses in Gedichten und autobiografischen Berichten spricht dafür, dass die zugrundeliegende Gesellschaftsdeutung von Mobilität, Exklusion und Zukunftshoffnung ein verbreitetes Bedürfnis der Arbeiterschaft traf, ihre Modernisierungserfahrung adäquat beschrieb und dadurch Mobilisierungspotenzial sowie Integrationskraft entfalten konnte.

⁹ Vgl. *Otto Rühle*, Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, Bd. 1, Berlin 1930, S. 11, 403.

In gewisser Hinsicht nahm der Topos dabei eine ähnliche Funktion ein wie sein bürgerlich-konservatives Äquivalent: Er reagierte auf die mit der Industrialisierung einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen und ordnete diese in eine sinngebende Verknüpfung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein. Dass sich die Hoffnung auf ein besseres Leben überhaupt an den Heimatbegriff knüpfte, lässt sich durch dessen vormoderne Bedeutungsgehalte erklären. Die Entstehung der »Heimat Arbeiterbewegung« hatte jedoch ebenfalls zur Folge, dass selbst im sozialdemokratischen Heimatverständnis mitunter die (nicht einzulösende) Hoffnung auf ebenso unhinterfragte wie krisenfreie Zugehörigkeit und Identität zum Ausdruck kam. Zudem schloss dieser Blick auf »Heimat« den Rekurs auf klassische Bedeutungsgehalte des bürgerlich-konservativen Heimatverständnisses innerhalb der Sozialdemokratie keinesfalls aus; beispielsweise fanden auch die nationalen Konnotationen des Begriffs dort zunehmend Eingang. Diese positive, milieuübergreifend identitätsstiftende Funktion der sozialdemokratischen Idee von »Heimat« gewann in der Weimarer Republik verstärkt an Bedeutung und veränderte den Topos der »Heimat Arbeiterbewegung« selbst. Während sich dieser im Kaiserreich in Abgrenzung zum bürgerlich-konservativen Heimatkonzept entwickelt hatte und auf Verwirklichung in der Zukunft zielte, wohnte ihm aus der Retrospektive ein verstärkt erinnerungspolitisches, mitunter nostalgisches, auch gegenwartsbezogenes Moment inne. In der Weimarer Republik überlappten sich in der sozialdemokratischen Begriffsverwendung ein spezifisch sozialdemokratisches und ein milieuübergreifend virulentes Heimatverständnis. Damit ging einher, dass sich auch sozialdemokratische Vorstellungen von »Heimat« in der nunmehr gespaltenen Partei aufsplitterten und sich ein Dissens über den zeitlichen Ort von Heimat herausbildete: Während der reformistische Flügel argumentierte, Heimat sei bereits in der Republik teilweise verwirklicht, beharrte der revolutionäre darauf, dass dies erst in einer sozialistischen Zukunft stattfinden werde. Mit der 1918/19 möglich gewordenen Realisierung sozialistischer Zukunftsversprechen wurde deutlich, dass der »Heimat Arbeiterbewegung« – zumindest teilweise – unterschiedliche positive Ziele zugrunde gelegen hatten.

Weiterführende Literatur

Althammer, Beate/Oesterhelt, Anja (Hrsg.), German ›Heimat‹ in the Age of Migration. Special Issue. *The Germanic Review*, 96, 2021, H. 3.

Applegate, Celia, A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1990.

Bausinger, Hermann, Auf dem Weg zu einem neuen, aktiven Heimatverständnis. Begriffsgeschichte als Problemgeschichte, in: *Der Bürger im Staat*, 33, 1983, H. 4, S. 211–216.

Confino, Alon, Germany as a Culture of Remembrance. Promises and Limits of Writing History, Chapel Hill 2006.

Groß, Klaus-Dieter, »Heimat« und die Naturfreunde. Eine historische Zeitschriften-Analyse, in: *Naturfreunde Geschichte*, 6, 2018, H. 2, S. 1–35.

Kaschuba, Wolfgang, Arbeiterbewegung – Heimat – Identität. Einige Anmerkungen zu einer historisch gesellschaftlichen Semantik des Heimatbegriffs, in: *Tübinger Korrespondenzblatt*, 20, 1979, S. 11–15.

Oesterhelt, Anja, Geschichte der Heimat. Zur Genese ihrer Semantik in Literatur, Religion, Recht und Wissenschaft, Berlin/Boston 2021.

Strommenger, Anna, Aus meinem Werden. Sozialdemokratische Erinnerungspraxis in der Pfalz der Weimarer Republik, in: *Jan-Hendryk de Boer* (Hrsg.), Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln, Frankfurt a. M./New York 2019, S. 71–81.

Strommenger, Anna, Zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Zur ikonographischen Bedeutung einer sozialistischen Imagination der revolutionierten Gesellschaft der Zukunft, in: ebd., S. 505–515.

Williams, John Alexander, Turning to Nature in Germany. Hiking, Nudism, and Conservation, 1900–1940, Stanford, Calif. 2007.

Dr. Anna Strommenger studierte in Köln Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft. 2021 wurde sie in Duisburg-Essen mit einer Arbeit zum Heimatbegriff in der deutschen Arbeiter:innenbewegung promoviert. Sie arbeitet an der Universität Bielefeld an einem Habilitationsprojekt zu Außenperspektiven auf das nationalsozialistische Deutschland.

André Biederbeck

»Ist's da ein Wunder, daß ich anhänglich bin an das alte Stübchen??«¹ – Die Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung eines sozialistischen Milieus

»[Es] gibt [...] kein kollektives Gedächtnis, das sich nicht innerhalb eines räumlichen Rahmens bewegt.«² Erst durch die »Permanenz der Stätten«,³ so der französische Soziologe Maurice Halbwachs, das heißt die (scheinbar) ununterbrochene Stabilität und anhaltende Dauer von Orten, werde einem Individuum die Existenz einer Gruppe bewusst gemacht. Indem die permanenten Stätten zugleich das Gefühl vermitteln, dass die mit dem jeweiligen Ort in Beziehung stehende Gruppe selbst dauerhaft stabil und keiner gravierenden Änderung unterworfen sei, wird es dem jeweiligen Individuum ermöglicht, sich kognitiv wie emotional selbst an die entsprechende Gemeinschaft zu binden. Da die Genese und der Fortbestand sozialer Gemeinschaften voraussetzen, dass Individuen sich mit ihnen identifizieren und einen Teil der kollektiven Identität in ihre persönliche Selbstdefinition integrieren, haben Gruppen das Bedürfnis, sich zu verorten. Oder wie es der Ägyptologe Jan Assmann vor fast 30 Jahren formulierte: »Jede Gruppe, die sich konsolidieren will, ist bestrebt, sich Orte zu schaffen und zu sichern, die nicht nur Schauplätze ihrer Interaktionsformen, sondern Symbole ihrer Identität und Anhaltspunkt ihrer Erinnerung sind.«⁴

Die beschriebene Bedeutung von Orten und Räumen als Vermittlungsinstanzen von Identität wurde von der Forschung zur Arbeitergeschichte des Wilhelminischen Kaiserreichs gelegentlich erkannt und thematisiert. In diesem Zusammen-

1 Konrad Haenisch, zitiert nach Matthias John, Aus dem Innenleben der Dortmunder Sozialdemokratie um 1900 mit Kurzbiographien einiger ihrer führenden Funktionäre, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, 96/97, 2005/2006, S. 155–226, hier S. 164.

2 Maurice Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1991, S. 142.

3 Ebd., S. 157.

4 Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 39.

hang wird häufig der von M. Rainer Lepsius geprägte Begriff des (Sozial-)Milieus verwendet. Wie Klaus Tenfelde hervorhob, waren es vor allem Vereins- und Parteiversammlungen sowie die Feste, auf denen Funktionär_innen und andere Führungspersönlichkeiten die sozialistische Gemeinschaft immer wieder neu konstituierten, indem sie die Konfliktlinien, die zur Bildung dieser Gemeinschaft beigetragen hatten, durch ihre Ansprachen im Bewusstsein der Anwesenden wachhielten oder erneuerten. Neben den Face-to-Face-Situationen gab es zwar auch noch andere Vermittlungsinstanzen, zu nennen sind etwa Zeitungen oder Flugblätter, diese allein konnten aber ein Zusammengehörigkeitsgefühl nicht dauerhaft herstellen, sondern nur bereits begonnene Vergemeinschaftungsprozesse unterstützen. Viele namhafte Sozialdemokrat_innen kamen durch Parteiveranstaltungen oder Gewerkschaftsversammlungen das erste Mal mit der SPD in Kontakt, nicht aber durch die Parteizeitungen. Das Lesen von Zeitungen war außerdem selbst nicht un-räumlich, bedenkt man, dass die sozialdemokratischen Blätter oftmals in Vereinslokalen ausgelegt und dort konsumiert wurden.

Ein Dialog von Angesicht zu Angesicht war vor allem erforderlich, um eine Vertrautheit zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen zu schaffen und zu bewahren sowie bei ihnen das Gefühl der Gleichheit wachzurufen oder bestehende soziale Unterschiede abzubauen. Des Weiteren dienten die Versammlungen oftmals dazu, die Differenzen zwischen sozialistischem Wertekanon und parlamentarisch-pragmatischem Handeln der Partielite zu erklären, verständlich zu machen oder auch zu überdecken. Um die Anhängerschaft auf die eigenen Werte einschwören und an gemeinsame Erlebnisse erinnern zu können, bedurfte es folglich konkreter und regelmäßig zur Verfügung stehender Orte. Ohne diese waren Selbstvergewisserung, »spirituelle Bereinigung und Erneuerung«⁵ und die Ausprägung eigener Handlungspraktiken und Rituale nicht möglich. Auch waren sie für das jeweilige Vereinswesen, das die wichtigste institutionelle Stütze eines Milieus bildete, unverzichtbar. Nur wenn die sozialistischen Vereine auf bestimmte Örtlichkeiten zurückgreifen konnten, waren sie dazu in der Lage, sich dauerhaft zu etablieren und ihrer Sozialisationsfunktion durch verschiedene Interaktionsformen, das heißt vor allem durch Sitzungen und gesellige Veranstaltungen, nachzukommen.

5 *Laura Polexe*, Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, Freiburg 2011, S. 130.

Für die Konstituierung und langanhaltende Verfestigung des Milieus waren folglich die »räumlichen Dimensionen menschlicher Identität«⁶ von großer Bedeutung, weshalb sie näher untersucht werden sollten. Dabei ist auf die Prozesse der kollektiven Identitätsbildung und nicht die Produktion individueller Zugehörigkeiten zu fokussieren. Das Ziel einer möglichst dichten, präzisen Beschreibung und Interpretation sowie die zu verarbeitende Materialfülle machen die Beschränkung auf eine Stadt beziehungsweise eine sie umgrenzende Region erforderlich. Als Untersuchungsregion wurde deshalb das Gebiet der heutigen Stadt Dortmund gewählt, die sich sowohl aufgrund ihrer sozioökonomischen Rahmendaten als auch aufgrund der überlieferten Quellen in mehrfacher Hinsicht als Forschungsobjekt anbietet.

In zahlreichen Studien konnte nachgewiesen werden, dass die Sozialdemokratie im Verlauf der 1860er- und 1870er-Jahre an ein allmählich entstehendes »Arbeiter- und Handwerkermilieu«⁷ andockte. Wie vor allem alltagsgeschichtlich angelegte Arbeiten verdeutlichten, handelte es sich bei der sozialistischen Arbeiterschaft aber keinesfalls um ein vollständig geschlossenes soziales Gebilde. Vielmehr muss das Milieu als soziale Vergemeinschaftung betrachtet werden, die an ihren Rändern ausfranst und mit anderen Milieus überlappte. Denn im Alltag kam es aufgrund von gemeinsamen Wohn- und Arbeitsorten und gesamtgesellschaftlichen Institutionen wie Schule und Militär zwangsläufig zu Begegnungen zwischen Personen, die eigentlich unterschiedlichen politischen und konfessionellen Richtungen angehörten. Durch die regelmäßigen Kontakte konnten Mehrfachloyalitäten und »unterschiedliche Grade der Identifikation und der Eindringtiefe«⁸ in den sozialistischen Wertekanon einfließen. Auch kam die Arbeiterkulturforschung zu dem Schluss, dass Elemente der bürgerlichen Kultur, der Volks- und später der kommerziellen Massenkultur in die Arbeiterschaft einsickerten beziehungsweise von dieser adaptiert wurden.

6 *Gerd Schwerhoff*, Historische Raumpflege. Der »spatial turn« und die Praxis der Geschichtswissenschaften, in: *Wilfried Reininghaus/Bernd Walter* (Hrsg.), Räume – Grenzen – Identitäten. Westfalen als Gegenstand landes- und regionalgeschichtlicher Forschung, Paderborn u. a. 2013, S. 27.

7 *M. Rainer Lepsius*, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 59–80, hier S. 75.

8 *Klaus-Michael Mallmann*, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 14.

Die Erkenntnis, dass die Sozialmilieus an ihren Rändern nicht hermetisch abgeschlossen waren, verdeutlicht, dass auch der Begriff des sozialistischen Sozialmilieus immer ein (von der Wissenschaft formulierter) Idealtypus ist. Das heißt aber nicht, sich von diesem Terminus verabschieden zu müssen. Denn obwohl beispielsweise die sozialistischen Vereine eine Übernahme der bürgerlichen Vereinskultur darstellten, waren gerade sie Ausdruck einer eigenständigen Arbeiterkultur. Das Vereinsnetz der Arbeiterbewegung war bereits in den 1870er-Jahren in Ansätzen vorhanden gewesen, durch das bis 1890 gültige »Sozialistengesetz« aber zeitweilig verboten worden, nur um danach bis zum Ersten Weltkrieg in einer noch größeren Vielfalt und Breite neu zu entstehen. Damit war es Zeichen einer schichtspezifischen Lebensweise, basierend auf einer erhöhten Binnenkommunikation und einhergehend mit eigenen Wertvorstellungen.

Auch wenn der Einfluss der Organisationen und ihrer Ideologie auf das Alltags Handeln des jeweiligen lokalen Milieus und seiner Angehörigen nicht überschätzt werden darf, bleibt trotzdem festzuhalten, dass die durch das Vereinswesen hervorgerufenen sozialen Bindungen und die durch Face-to-Face-Begegnungen eingeübten Handlungspraktiken insbesondere für den inneren Kreis wirkmächtig waren. Gerade diese Personengruppe wurde nicht nur durch ihr Wohn- und Arbeitsumfeld, sondern in vielen Fällen von Jugend an durch ihre alltagswirksame Mitgliedschaft in der Arbeiterkultur- und Arbeiterturnbewegung, in den Gewerkschaften und der Partei maßgeblich in ihrem Denken geprägt. Eine Ausnahme stellten die neu zugewanderten Arbeiter_innen dar. Während die Kinder lokal ansässiger sozialistischer Familien durch Geburt in das Milieu eintraten und durch die Vereinsstrukturen vielfach dort gehalten wurden, gelangten die durch Migration Hinzugekommenen oftmals erst über die Vereine in die örtlichen lebensweltlichen Zusammenhänge.

Insofern institutionalisierten und verfestigten die Vereine mit ihren Versammlungen und der von ihnen gepflegten Fest- und Erinnerungskultur die Abschließung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. Zwar konnten auch die gemeinsamen Arbeitsstätten und Wohnviertel bei einem Teil der Arbeiterschaft ein Klassenbewusstsein hervorrufen; eine sozialistische Überformung, lebensweltliche Ausdeutung und damit die Ausbildung einer entsprechenden Subkultur konnte jedoch erst an den Stätten des Vereinslebens erfolgen.

Obwohl dieses Faktum in der Arbeitergeschichtsforschung schon oftmals betont wurde, ist es bisher nicht ausreichend behandelt. Denn wenn Orte der Arbeiterbewegung, das heißt der Vereine, der Gewerkschaften und der Partei, erforscht wurden, dann wurden sie oftmals nur als Einzelfälle betrachtet. Diese Feststellung trifft insbesondere auf die um 1900 entstehenden Gewerkschaftshäuser zu, die zuweilen als Symbole einer Milieubildung gedeutet, deren Herausbildung und Funktionen in der Regel aber losgelöst von anderen Orten analysiert wurden. In den meisten Studien wurde nicht berücksichtigt, dass sie in ein Geflecht von Orten eingebunden und damit nicht die alleinigen Stätten waren, an denen sich ein örtliches Milieu konstituierte.

Kaum besser sieht es hinsichtlich der Gaststätten aus, denen immer wieder eine große Bedeutung für die Konstituierung einer sozialistischen Subkultur zugeschrieben wurde und über die Karl Kautsky bereits 1891 zutreffend bemerkte: »Ohne Wirtshaus gibt es für den deutschen Proletarier nicht bloß kein geselliges, sondern auch kein politisches Leben«⁹. Obwohl das Problem der Lokalfrage in zahlreichen lokalen Studien hervorgehoben wurde, fehlt es insbesondere an systematischen sowie detaillierten und einen längeren Zeitraum betrachtenden Analysen zur Frage, welche Gastwirtschaften oder andere Orte einer Stadt zu welchem Zeitpunkt von der sozialistischen Arbeiterschaft zu welchem Zweck aufgesucht wurden.

Um diesem Desiderat begegnen zu können, müssen die Begriffe Ort und Raum näher definiert werden. Die Ausführungen von Jan Assmann machen deutlich, dass Orte immer das Ergebnis sozialer Konstruktionen sind. Ebenso ist auch Halbwachs zu verstehen, wenn er hervorhebt, dass ein Ort nicht nur das »Gepräge einer Gruppe«¹⁰ bestimmt, sondern selbst durch diese geprägt werde. Unter Orten und Räumen wird oftmals nicht mehr »etwas Naturgegebenes«¹¹ verstanden, welches das Verhalten der Menschen einseitig determiniert. Stattdessen werden Räume häufig als soziale Konstruktionen gelesen, die erst durch menschliches Handeln hergestellt und deshalb auch verändert werden können.

9 *Karl Kautsky*, *Der Alkoholismus und seine Bekämpfung*, in: *Die Neue Zeit*, 9/Bd. 2, 1890/91, S. 107 f.

10 *Halbwachs*, *Das kollektive Gedächtnis*, 1991, S. 130.

11 *Schwerhoff*, *Historische Raumpflege*, 2013, S. 18.

In diesem Zusammenhang ist zwischen dem *spacing* und der »Syntheseleistung« zu unterscheiden. Während *spacing* »das von (menschlichen) Akteuren vollzogene Platzieren ihrer selbst, anderer Menschen und sozialer Güter bezeichnet«¹² und damit auch die symbolische Markierung von Orten durch konkrete Handlungen meint, zum Beispiel durch das Anbringen von Schildern, bedeutet »Syntheseleistung« Zusammenfassung der platzierten Menschen und Güter sowie der markierten Orte zu Räumen vermittelt Wahrnehmungen, Vorstellungen und Erinnerungen. Räume sind somit keine festen Entitäten, sondern variable und abstrakte Sphären, die einander oftmals überlappen und die immer wieder neu ausgehandelt und konstruiert werden. Orte dagegen sind »etwas Konkretes, Begrenztes, Einmaliges, Territoriales«¹³ und somit im Alltag materiell erfahrbar. Obwohl sie Ergebnisse von Platzierungen sind, dürfen Orte allerdings nicht auf diese reduziert oder mit ihnen gleichgesetzt werden. Ein Ort, so ist vielmehr festzuhalten, besteht über das Ende einer vorgenommenen Platzierung hinaus fort. Des Weiteren kann ein Ort in multiple Räume integriert sein sowie voneinander abweichende Raumbezüge aufweisen und von Menschen unterschiedlich erlebt werden.

Streng genommen verfügt jeder Mensch, da er eine ihm spezifische Selbstdefinition aufweist, über jeweils eigene Raumvorstellungen. Auch ist jedes Individuum in andere Raumbezüge eingebettet. Durch die Kommunikation über Raum werden diese Unterschiede jedoch verringert. Je stärker Personen in einem Austausch miteinander stehen, desto ähnlicher sind auch die von ihnen vorgenommenen Platzierungen und Raumvorstellungen. Letztendlich handelt es sich bei der Verräumlichung somit um komplexe, sich wechselseitig beeinflussende und permanent wiederkehrende Aushandlungsprozesse in Form »alltäglicher Praktiken«.¹⁴ Die Raumkonstruktionen korrespondieren dabei mit der sozialen Lage und den Vorstellungen, die Akteur_innen von der Gesellschaft und ihrer eigenen Position darin entwickeln. Im Umkehrschluss bedeutet diese Erkenntnis, dass anhand der symbolischen Ausgestaltung von Räumen, der Markierung von Orten, also

12 Tatiana Golova, Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin, Bielefeld 2011, S. 96 f.

13 Ebd., S. 97.

14 Alexander Geppert/Uffa Jensen/Jörn Weinhold, Verräumlichung. Kommunikative Praktiken in historischer Perspektive, 1840–1930, in: dies. (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 15–49, hier S. 18.

aus dem raumkonstituierenden Handeln der agierenden Personen auf ihre kollektive Identität und deren Veränderung zurückgeschlossen werden kann.

Um Einblicke in das Selbstbild eines lokalen sozialistischen Milieus und seine möglichen Veränderungen zu erhalten, bietet es sich folglich an, die von ihm markierten Orte näher in den Blick zu nehmen. Entsprechend ist zunächst eine Gesamtschau der sozialistischen Vereinsorte zu erstellen, anhand der beispielsweise erste Aussagen zum Verhältnis zwischen sozialräumlicher und lebensweltlicher Abschottung getroffen werden können. Auf der anderen Seite sagt eine solche quantitative Analyse noch nichts über den tatsächlichen Beitrag der Orte zur Konstituierung eines Gruppenbewusstseins aus. Damit man derartige Erkenntnisse gewinnen kann, sind vielmehr gezielte Tiefenbohrungen erforderlich.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen solche Orte, an denen sich aufgrund ihrer Polyfunktionalität sowohl Angehörige unterschiedlicher sozialistischer Organisationen als auch Menschen aus verschiedenen Stadtteilen regelmäßig über einen längeren Zeitraum einfanden, sich begegneten und dadurch ihrer Zusammengehörigkeit bewusst werden konnten. Derartige polyfunktionale Orte, die durch wiederkehrende Handlungsrouninen und symbolische Markierungen zu zentralen Orten der Erinnerung und der sozialistischen Identität wurden, können als sozialistische Knotenpunkte bezeichnet und sollten als solche eingehender untersucht werden.

Die Charakterisierung als Knotenpunkt soll zum Ausdruck bringen, dass an diesen Stellen verschiedene Stränge des Vereinslebens zusammenliefen und miteinander verwoben waren, sodass der in verschiedene sozialistische Kontexte eingebettete und auf diese Weise auch verschieden erlebbare Ort als Symbol für die Permanenz des Milieus in der Erinnerung vieler Individuen eingeschrieben war. Ein Knotenpunkt ist somit mehr als nur ein Erinnerungsort, an dem überwiegend lediglich einem vergangenen Ereignis oder einer Person gedacht wird. Der Begriff des Erinnerungsorts ist für die Analyse nicht geeignet, da er vielfach nicht auf materielle Orte, sondern auf programmatische Ideen, Ereignisse, Texte, Personen oder Symbole bezogen wird. Ein Knotenpunkt ist demgegenüber ein Ort, an dem immer wieder vor allem im Rahmen des Vereinslebens alltägliche und außeralltägliche Praktiken in vielfältiger Weise vollzogen wurden und der sich deshalb im Gedächtnis der Beteiligten einbrannte. Durch die Handlungspraktiken

war ein solcher Ort selbst wandelbar, weshalb der Terminus des Knotenpunkts deutlich von dem in der Sozialen und Historischen Netzwerkanalyse verwendeten Begriff des Knotens abzugrenzen ist. Schließlich, so ist festzuhalten, ist ein Ort kein sozialer Akteur, der von sich aus mit anderen Orten in Interaktion treten und Verbindungen knüpfen kann. Gerade weil sich an einem Knotenpunkt aber viele verschiedene Handlungen abspielten, konnte er zugleich auch ein Ort sein, an dem sich Werthaltungen veränderten, inhaltliche Differenzen und soziale Unterschiede überbrückt wurden und an dem somit die kollektive Identität transformiert wurde.

Weiterführende Literatur

Biederbeck, André, Das Dortmunder Arbeitermilieu 1890–1914. Zur Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität, Wien/Köln/Weimar 2018.

Domansky, Elisabeth, Repräsentationsbauten der Arbeiterbewegung: Gewerkschaftshäuser in Westeuropa vor dem Ersten Weltkrieg, in: Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.), Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert im Vergleich, Bochum 1985, S. 17–33.

Halbwachs, Maurice, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1991.

Hoffsten, Anke, Das Volkshaus der Arbeiterbewegung in Deutschland. Gemeinschaftsbauten zwischen Alltag und Utopie, Wien/Köln/Weimar 2017.

Ipsen, Detlev, Raumbilder. Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung, Pfaffenweiler 1997.

Löw, Martina, Raumsoziologie, Frankfurt a. M. 2001.

Niess, Wolfgang, Volkshäuser, Freizeitheime, Kommunikationszentren. Zum Wandel kultureller Infrastruktur sozialer Bewegungen – Beispiele aus deutschen Städten von 1848 bis 1984, Hagen 1984.

Roberts, James S., Wirtshaus und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Gerhard Huck* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 123–139.

Schlottmann, Antje, Rekonstruktionen alltäglicher Raumkonstruktionen. Eine Schnittstelle von Sozialgeographie und Geschichtswissenschaft?, in: *Alexander Geppert* (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 107–133.

Tenfelde, Klaus, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: *Paul Nolte/Manfred Hettling* (Hrsg.), *Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays*, München 1996, S. 247–268.

Tenfelde, Klaus, Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert: Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997, Bonn 1998.

Dr. André Biederbeck studierte von 2005 bis 2011 Neuere und Neueste Geschichte, Mittlere Geschichte und Politikwissenschaft an der WWU Münster. Von 2012 bis 2015 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der WWU Münster, Abteilung für westfälische Landesgeschichte. 2016 schloss er seine Promotion mit einer Dissertation über das »Dortmunder Arbeitermilieu 1890–1914« ab. 2018 wurde ihm der Ignaz-Theodor-Liborius-Meyer-Preis des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Paderborn, verliehen. Seit 2016 ist er im Wissenschaftsmanagement tätig, zunächst an der Universität Bielefeld und der Technischen Universität Dortmund, inzwischen als Referent für Hochschulplanung an der FernUniversität in Hagen.

Ernst Piper

Sozialreform oder Revolution. Rosa Luxemburg und die programmatischen Debatten in der SPD vor 1914

Rosa Luxemburg, die im Mai 1898 nach Berlin kam, um dort für immer zu bleiben, hat 20 Jahre lang für die deutsche und die internationale Sozialdemokratie gekämpft. Sie war die bedeutendste Frauengestalt nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Arbeiterbewegung und hat die programmatischen Debatten in der Zeit bis 1914 nachhaltig geprägt. Nachdem 1883 Karl Marx und 1895 auch Friedrich Engels gestorben war, fiel zunächst Karl Kautsky, der von 1885 bis 1890 in London gelebt und mit Engels intensiv zusammengearbeitet hatte, die Aufgabe zu, darüber zu wachen, dass die marxistische Theorie im Alltagsgetriebe der sozialdemokratischen Parteiarbeit nicht in Vergessenheit geriet. Kautsky, der weder in der Politik noch in der Partei je ein Amt übernahm, war als Hüter der reinen Lehre gleichwohl für die SPD von größter Bedeutung. 1883 gründete er die Zeitschrift *Die Neue Zeit*, die an die Tradition der von Marx und Engels herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung* anknüpfen sollte und einen Debattenraum für Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus bot. Der wissenschaftliche Sozialismus war ein zentraler Begriff im Konstitutionsprozess der europäischen Arbeiterbewegung, während der heute allgemein gebräuchliche Begriff Marxismus ursprünglich eine pejorative Begriffsprägung war, die vor allem von den Anarchisten, Marx' Widersachern in der Ersten Internationale (IAA), gebraucht wurde.

Im März 1896 wandte sich Rosa Luxemburg, die damals noch in Zürich studierte, erstmals an Kautsky und bot ihm einen Aufsatz an, der gegen die von der Sozialistischen Partei Polens (PPS) geforderte Wiedererrichtung des polnischen Nationalstaates polemisierte. Es war dies der Beginn einer langjährigen, intensiven Zusammenarbeit. Als Luxemburg in Deutschland angekommen war, wurde rasch deutlich, dass sie sowohl rhetorisch als auch intellektuell Kautsky mindestens ebenbürtig war. In vielen Programmdebatten fochten die beiden von nun an Seite

an Seite, sodass man sie, wie August Bebel es einmal formulierte, »für eine Art siamesische Zwillinge hielt«.¹ Die erste Bewährungsprobe der Kampfgenossenschaft war der Revisionismusstreit. Er begann 1897 mit Eduard Bernsteins Artikelserie »Probleme des Sozialismus« in der *Neuen Zeit*.² Bernstein lehnte die marxistische Zusammenbruchstheorie ab, er zählte zu den Neukantianern innerhalb der SPD. In »Endziel und Bewegung«, dem Schlusskapitel der Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«³, die aus der Artikelserie hervorging, bezog er sich ausdrücklich auf Kant und auf den Neukantianer und Sozialisten Friedrich Albert Lange, der auch in der IAA aktiv gewesen war.

Als Erster antwortete Alexander Parvus im Januar 1898 in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* auf Bernstein. Im September 1898 erschien dann in der *Leipziger Volkszeitung* der erste Teil einer Artikelserie von Rosa Luxemburg⁴, die sie später unter dem Titel »Sozialreform oder Revolution« auch separat veröffentlichte. Die Artikelserie war ihre erste große programmatische Arbeit, seit sie die politische Arena in Deutschland betreten hatte. Sie sollte Luxemburg berühmt machen und die *Leipziger Volkszeitung* wurde fast über Nacht zu der sozialdemokratischen Zeitung, die in der europäischen Arbeiterbewegung das höchste Ansehen genoss.

Luxemburg signalisierte mit ihrem theoretischen Beitrag deutlich, dass sie keineswegs gewillt war, die zunehmend Platz greifende Dichotomie zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis, wie sie in gewisser Weise in der Zweiteilung des Erfurter Programms schon angelegt war⁵, hinzunehmen: »Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozial-

1 Brief an Victor Adler vom 16.8.1910, in: *Victor Adler*, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von *Friedrich Adler*, Wien 1954, S. 513.

2 Die Neue Zeit, 15/Bd. 1, 1897, S. 164–171, 204–213, 303–311, 772–782; 15/Bd. 2, 1897, S. 100–107, 138–143.

3 *Eduard Bernstein*, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

4 *Rosa Luxemburg*, Sozialreform oder Revolution. Erster Teil, Leipziger Volkszeitung v. 21.–28.9.1898; Zweiter Teil, Leipziger Volkszeitung v. 4.–8.4.1899.

5 Vgl. *Karl Kautsky*, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, 4. Aufl., Stuttgart 1902.

reform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.«⁶ Selbst wenn infolge der sozialen Entwicklung die SPD eines Tages die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten stellen sollte, wovon sie selbst nach ihrem großen Wahlsieg 1912 noch weit entfernt war, würde das doch am Klassencharakter des Staates nichts ändern. Die Folge wäre nicht die »stufenweise Sozialisierung der Gesellschaft«. Vielmehr seien die der Form nach demokratischen Einrichtungen, wie das Parlament, ihrem Gehalt nach »Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen«. Die Demokratie »erscheint nicht als ein unmittelbar sozialistisches Element, das die kapitalistische Gesellschaft allmählich durchtränkt, wie Bernstein annimmt, sondern umgekehrt als ein spezifisch kapitalistisches Mittel, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen«.⁷ Deshalb war die Revolution nach Luxemburgs Überzeugung ungeachtet aller denkbaren sozialen Fortschritte unausweichlich. Es genügte nicht, durchdrungen von der darwinistisch geprägten Grundüberzeugung, dass der schlussendliche Sieg des Proletariats gewiss war, diesen Sieg einfach abzuwarten. Es galt, das Proletariat aktiv auf die Revolution vorzubereiten. Niederlagen waren dabei aus Luxemburgs Sicht allemal besser als Nichtstun, ja, sie waren wertvolle Lernprozesse, für die unmittelbare Verbindung von Theorie und Praxis essenziell.

Kurz nach dem Erscheinen des ersten Teils von Luxemburgs Artikelserie fand vom 3. bis zum 8. Oktober 1898 der SPD-Parteitag in Stuttgart statt; es war zugleich der erste, an dem sie teilnahm. Da Parvus aus Dresden ausgewiesen worden war, war sie inzwischen Chefredakteurin der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* und hatte folglich umfassendes Rederecht. Eigentlich wäre es an Kautsky gewesen, Bernsteins Thesen entgegenzutreten, aber er tat sich schwer damit. Kautsky und Bernstein waren eng befreundet, sie hatten, bedingt durch das »Sozialistengesetz«, gemeinsame Jahre im Exil verbracht und danach zusammen das Erfurter Programm ausgearbeitet. Gegen Bernstein bestand noch immer ein Haftbefehl, sodass er weiterhin in London lebte und in Stuttgart gar nicht anwesend sein konnte. Damit fiel Luxemburg die Aufgabe zu, den Thesen Bernsteins, dessen schriftliche Stellungnahme von August Bebel verlesen wurde, mit der aus der Sicht

⁶ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, Leipzig 1899 (= Sonderdruck aus der Leipziger Volkszeitung), in: *dies.*: Gesammelte Werke [im Folgenden GW], Bd. 1/1, 1893 bis 1905, Berlin 1972, S. 367–466, hier S. 369.

⁷ Ebd., S. 398.

des marxistischen Zentrums der Partei gebotenen Schärfe entgegenzutreten.⁸ Das fiel ihr nicht schwer. Natürlich musste sie sich als Neuling mit ungewöhnlicher Biografie einiges anhören. Die große Gegenrede zu Luxemburg hielt Georg von Vollmar, ein prominenter Vertreter der Reformisten⁹, die in Reformen keine Kompromisse, sondern Schritte auf dem Weg zum Erfolg sahen: »Fräulein Luxemburg zeigt sich ausgerüstet mit dem äußeren Rüstzeug des Marxismus und erweckt dadurch den Anschein der Wissenschaftlichkeit.«¹⁰

Luxemburg antwortete dem prominenten Genossen mit dem ihr eigenen Selbstbewusstsein:

»Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurf gemacht, dass ich als junger Rekrut in der Bewegung die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. [...] Dass ich noch meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muss, weiß ich; ich will es aber auf dem linken Flügel tun, wo man mit dem Feinde kämpft, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will.«¹¹

Sie schloss mit einer prononcierten Antithese zu Bernstein: »Die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck, ist mir nichts, das Endziel ist uns alles.«¹²

Das marxistische Zentrum, das vor allem von Bebel und Kautsky repräsentiert wurde, und der linke Flügel der Partei waren sich einig in ihrer Zurückweisung des Revisionismus und wussten dabei die übergroße Mehrheit des Parteitags hinter sich. August Bebel berichtete Bernstein, dass 99 Prozent der Delegierten seine Auffassungen ablehnten. Das mag überraschen angesichts der deutlichen Kritik, die Luxemburg in Stuttgart entgegengeschlagen war. Doch diese Kritik richtete sich mehr gegen ihr dezidiert kompromissloses Auftreten als gegen ihren Wider-

8 Kautsky nahm nach dem Parteitag schriftlich Stellung: *Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik*, Stuttgart 1899. Vgl. auch *ders.*, *Die Soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution*, 2. Aufl., Berlin 1907; II. *Am Tage nach der sozialen Revolution*, Berlin 1902.

9 Vgl. *Georg von Vollmar*, Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Zwei Reden gehalten am 1. Juni und 6. Juli 1891 im »Eldorado« zu München, München 1891.

10 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart, 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 105.

11 Ebd., S. 117.

12 Ebd., S. 135.

spruch zu Bernsteins revisionistischen Thesen. Hinter dieser Differenz im Auftreten verbarg sich allerdings auch eine Differenz in der Sache, die damals aber noch nicht offen zutage trat.

Luxemburg stellte in ihren »Nachbetrachtungen zum Parteitag« in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* befriedigt fest, die Diskussion habe zu einem eindeutigen Ergebnis geführt.¹³ Beendet war sie dadurch aber keineswegs – im Gegenteil. Sie nahm im folgenden Jahr richtig Fahrt auf und kam erst 1903 in Dresden zu einem vorläufigen Abschluss. Die Pragmatiker, Praktizisten und Revisionisten vermochten zwar auf Parteitagen nur wenige Stimmen für ihre Sicht der Dinge zu mobilisieren, was sie aber keineswegs daran hinderte, an den übrigen 360 Tagen des Jahres an ihren Positionen festzuhalten und auch danach zu handeln. Die Revisionismusdebatte war, genau wie später die Massenstreikdebatte, nicht auf Deutschland beschränkt, sie hatte auch eine internationale Dimension und stand auf dem sechsten Kongress der Sozialistischen Internationale im August 1904 in Amsterdam im Zentrum der Auseinandersetzungen. Luxemburg hatte hier einen besseren Stand als in der SPD, weil sie in der Internationale als Mitglied des Internationalen Büros eine wichtige Position innehatte.

Die Massenstreikdebatte war neben dem Revisionismusstreit das zweite große Thema, das die SPD infolge der Russischen Revolution von 1905 in diesem Jahr erstmals intensiv beschäftigte und von da an latent immer auf der Tagesordnung stand. Als die von St. Petersburg ausgehenden Arbeitskämpfe immer größere Dimensionen annahmen, schrieb Luxemburg Anfang März 1905 in der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung*: »Der jüngste und immer noch andauernde Generalstreik in Russland ist seinem Umfang und seiner Dauer nach das gewaltigste Beispiel dieser Kampfweise, das je gesehen worden ist.«¹⁴ Luxemburg war besonders fasziniert, weil es sich um eine spontane Aktion der russischen Arbeiterschaft handelte, denn in Russland gab es weder richtige Gewerkschaften noch eine starke Arbeiterpartei: »Der Massenausstand als große politische und soziale Klassenbewegung lässt sich ebenso wenig auf Kommando ›machen‹ wie eine Revolution.«¹⁵

13 *Rosa Luxemburg*, Nachbetrachtungen zum Parteitag, *Sächsische Arbeiter-Zeitung* v. 12., 13. und 14.10.1898, in: GW, Bd. 1/1, 1972, S. 242–255.

14 *Rosa Luxemburg*, Eine Probe aufs Exempel. *Sächsische Arbeiter-Zeitung* AZ v. 3.3.1905; GW, Bd. 1/2, 1893 bis 1905, Berlin 1972, S. 528–532, hier S. 528.

15 Ebd., S. 529.

Die Massenstreikbewegung war nach ihrer Überzeugung ein Moment der Revolution. Die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, »den Eintritt eines solchen Moments herauszufühlen« und die Massen so gut wie möglich darauf vorzubereiten:

»Nicht durch die systematische Propaganda des Generalstreiks als einer wundertätigen Spezies des proletarischen Klassenkampfes für sich und andererseits auch nicht durch den bloßen bienenartigen Ausbau der gewerkschaftlichen Zellen ins unendliche, sondern durch die Aufklärung und Aufrüttelung der Masse im Sinne der revolutionären Einsicht, dass sie in allen wichtigeren politischen und sozialen Lebensfragen und Entscheidungen nur auf sich selbst, auf die eigene direkte Aktion angewiesen ist, bereiten wir von selbst den Boden für jene Momente vor, wo die Arbeiterklasse um wirklicher Lebensinteressen willen bereit sein wird, nicht bloß ›alle Räder stillstellen‹ zu lassen, sondern nötigenfalls auch ihr Blut im Straßenkampfe zu verspritzen.«¹⁶

Das russische Beispiel diente Luxemburg als »Mantra für die zukünftige Taktik der deutschen Sozialdemokratie.«¹⁷ In diesem Kontext bildeten sich die Überzeugungen, die ihre Position in den Massenstreikdebatten der kommenden Jahre bestimmen sollten und die sie in eine grundsätzliche Opposition zu den freien Gewerkschaften und im Lauf der Zeit zunehmend auch zum marxistischen Zentrum der SPD brachte.

Über den General- oder Massenstreik, der in der Ersten Internationale vor allem von den Anarchisten propagiert worden war, hatte es bis dahin kaum eine ernsthafte Diskussion gegeben. Als Kampfmittel im äußersten Notfall, wenn etwa das für die Reichstagswahlen geltende allgemeine Wahlrecht in Gefahr war, sollte er eingesetzt werden. Hinzu kam, dass es an dieser Stelle einen Konflikt um den Primat zwischen Partei und Gewerkschaften gab.

Die freien Gewerkschaften beschlossen auf ihrem Kongress im Mai 1905 mit überwältigender Mehrheit (208 gegen sieben Stimmen), die Propagierung des Massenstreiks sei »verwerflich« und riefen die organisierte Arbeiterschaft dazu auf, dem entschlossen entgegenzutreten.¹⁸ Auf dem SPD-Parteitag, der vom 17. bis

¹⁶ Ebd., S. 531.

¹⁷ *Christina Morina*, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017, S. 467.

¹⁸ Protokoll der Verhandlungen des Fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh., 22. bis 27. Mai 1905, Berlin 1905, S. 30.

24. September 1905 in Jena stattfand, erfuhr diese Position entschiedenen Widerspruch. Etliche führende Gewerkschaftsfunktionäre waren auch Parteitagsdelegierte, aber die Grundstimmung war hier eine andere. Ausgangspunkt war der Antrag »Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie«, den August Bebel selbst eingebracht hatte. Darin ging es um die »umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung«, welche die Arbeiterklasse als ein besonders wirksames Kampfmittel zur Anwendung bringen sollte, um »jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten«. Konkret benannt wurde »nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit«. ¹⁹ Damit wurde deutlich signalisiert, dass die Partei sich nicht grundsätzlich gegen den Massenstreik stellte, dass er aber im Kontext normaler Arbeitskämpfe nicht zur Debatte stand.

Ein Massenstreik sollte stattfinden, wenn die Integration der Arbeiterklasse in die Gesellschaft grundsätzlich infrage gestellt war. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war dafür ein wirkmächtiges Symbol, eine starke politische Waffe in der Hand der Arbeiter, weil sie angesichts ihrer großen Zahl bei Wahlen gegenüber den Besitzenden im Vorteil waren. Nicht von ungefähr war die SPD bereits seit 1890 die nach Stimmen stärkste Partei im Deutschen Reichstag. Mit dieser Argumentation bewegte man sich auf dem Boden der existierenden politischen Ordnung und definierte den Massenstreik in erster Linie als Abwehrmittel gegen die Preisgabe des bereits Erreichten. Aus Luxemburgs Sicht war das unbefriedigend, allenfalls ein Kompromiss, dem sie aber zustimmte, weil sie sah, dass mehr nicht zu erreichen war. Bei ihren öffentlichen Auftritten zum Thema versuchte sie, das Beste daraus zu machen. Am 6. Dezember 1905 sprach Luxemburg in Berlin zum Thema »Die russische Revolution und der Massenstreik«, wenig später reiste sie dann ins Russische Reich, um den revolutionären Ereignissen so nah wie möglich zu sein. Schon bald wurde sie verhaftet, kam jedoch nach einigen Monaten auf Kautionsfrei und hielt sich einige Zeit in St. Petersburg und Kuokkala (heute: Repino) auf.

19 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena, 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905.

Hier schrieb Luxemburg im Auftrag der Sozialdemokratischen Vereine in Hamburg, wo sie im November 1905 mit einem Vortrag zum Massenstreik ihren großen Auftritt gehabt hatte, die Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, die im September 1906, gerade noch rechtzeitig vor dem Mannheimer Parteitag, erschien. Am 13. September reiste Luxemburg aus Kuokkala ab, erreichte am 17. September Stockholm, fuhr von dort nach Hamburg, wo sie den Druck des Manuskripts überwachte, und erreichte am 21. September – nach neun Monaten Abwesenheit – Berlin. Schon zwei Tage später saß sie wieder im Zug, um rechtzeitig zu Beginn des Parteitags in Mannheim zu sein. Die Hamburger Sozialdemokraten hatten ihre Broschüre rechtzeitig zum Parteitag gedruckt²⁰, damit sie an die Delegierten verteilt werden konnte. Doch der Parteivorstand griff mit harter Hand ein, stoppte die Verbreitung und ließ den Rest der Auflage einstampfen. Eine Neuausgabe, offiziell die erste Auflage, konnte nur mit zahlreichen textlichen Änderungen erscheinen, welche die Partei mit Rücksicht auf die Gewerkschaften als notwendig ansah.

Der Parteitagsbeschluss von 1905, der aus Luxemburgs Sicht ein Kompromiss gewesen war, ging nach Meinung der Gewerkschaften schon viel zu weit. Sie betrachteten Streiks jedweder Art als Mittel des Arbeitskampfes, für die sie die alleinige Entscheidungsgewalt reklamierten. Die Gewerkschaften hatten gegen den Parteitagsbeschluss massiv protestiert und es hatten Geheimverhandlungen zwischen dem Parteivorstand der SPD und der Generalkommission der Gewerkschaften stattgefunden. August Bebel und Carl Legien brachten auf dem Mannheimer Parteitag 1906 einen gemeinsamen Antrag ein, welcher der Quadratur des Kreises ähnelte. Der erste Satz lautete: »Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, dass der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.«²¹ In Wirklichkeit standen die beiden Beschlüsse durchaus miteinander im

20 Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburgs und der Vorstände der sozialdemokratischen Vereine von Altona, Ottensen und Wandsbek, Hamburg 1906.

21 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena, 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 305.

Widerspruch, man könnte etwas zugespitzt sogar sagen, der Kölner besagte genau das Gegenteil des Jenaer Beschlusses.

Der Parteivorstand verpflichtete sich nach dem jetzigen Antrag, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, »sobald (er) die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet.«²² De facto erhielten die Gewerkschaften durch dieses »Mannheimer Abkommen« ein Vetorecht. Für die Resolution stimmten am Ende 328 Delegierte, darunter alle bekannten Gewerkschaftsfunktionäre. Mit Nein stimmten insgesamt 62 Delegierte, darunter Kautsky und Luxemburg. Letztere hatte sich in ihrer Rede leidenschaftlich gegen das Referat von Carl Legien gewandt und betont, dass die Russische Revolution der entscheidende Bezugspunkt für alle weiteren Diskussionen über den Massenstreik sein müsse und nicht etwa weiter zurückliegende Vorgänge in England oder Frankreich. Die Revolution war in Russland ausgebrochen, einem Land, in dem es keinerlei Organisation gegeben hatte, und die »gewaltige russische Gewerkschaftsbewegung« sei gerade ein Kind der Revolution. Am Schluss forderte Luxemburg, »die Abmachungen des Vorstandes mit der Generalkommission, die hinter unserm Rücken getroffen sind, abzulehnen und dem Antrag Kautskys zuzustimmen.«²³ Kautsky wollte mit einem eigenen Antrag den Primat der Partei wiederherstellen, aber gegen den Kompromiss, den Bebel und Legien geschmiedet hatten, war seine Initiative chancenlos.

1906 fochten die siamesischen Zwillinge Kautsky und Luxemburg noch Seite an Seite. Vier Jahre später, bei der zweiten Massenstreikdebatte²⁴, die durch eine Wahlrechtsbewegung zur Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ausgelöst wurde, waren Kautsky und Luxemburg die Hauptkombattanten, wobei sie ihren Streit in der *Neuen Zeit* ausfochten, deren Seiten Luxemburg in jener Zeit noch offenstanden. Luxemburg engagierte sich auch in der Öffentlichkeit und bestritt zwischen dem 15. März und 18. April 1910 nicht weniger als 18 Versammlungen, bei denen sie enthusiastisch gefeiert wurde. Die führenden Vertreter

22 Ebd.

23 Ebd., S. 260–262; GW, Bd. 2, 1906 bis Juni 1911, Berlin 1972, S. 171–173, hier S. 173. Luxemburg hielt noch eine zweite Rede zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages, 1905, S. 315f.; GW, Bd. 2, 1972, S. 174–176.

24 *Antonia Grunenberg*, Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Frankfurt a. M. 1970.

des marxistischen Zentrums waren inzwischen auf Distanz gegangen, aber in der Partei stieß Luxemburg nach wie vor auf große Resonanz. Ihr erster Diskussionsbeitrag in der *Neuen Zeit* wurde in zahlreichen Parteizeitungen nachgedruckt. Ihre zweite Entgegnung hatte den bezeichnenden Titel »Die Theorie und die Praxis«:

»Ich meine, dass die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Leitung weder im geheimnisvollen Aushecken von ›großen Plänen‹ noch im ›Warten‹ auf Elementarereignisse besteht. Massenstreiks können [...] nicht auf Kommando der obersten Instanzen ›gemacht‹ werden, sie müssen aus der Masse und ihrer fortschreitenden Aktion sich ergeben. Aber diese Aktion politisch im Sinne einer energischen Taktik, einer kräftigen Offensive so vorwärtsführen, dass die Masse sich ihrer Aufgaben immer mehr bewusst wird, das kann die Partei, und das ist auch ihre Pflicht.«²⁵

Die »innige Waffengemeinschaft mit Rosa Luxemburg« bestand nach dieser Kontroverse nicht mehr, wie Kautsky mit Bedauern feststellen musste: »Die erste russische Revolution schuf Bedingungen, die schließlich dieser Gemeinschaft ein Ende machen sollten. Das russische Denken wurde nun in ihr zu einer Einseitigkeit gesteigert, die unvereinbar war mit den deutschen Verhältnissen.«²⁶ Kautsky wollte die entscheidende Differenz in Luxemburgs polnischer Herkunft sehen. Das war für ihn die bequemere Sicht der Dinge. Richtig war, dass die Russische Revolution den Spaltpilz in seine Allianz mit Luxemburg gesetzt hatte. Aber das lag nicht daran, dass Luxemburg aus Kongresspolen stammte. Ihre Mitstreiter Zetkin, Pannekoek, Lensch und Ledebour kamen auch nicht von dort, ebenso wenig andere Vertreter des radikalen linken Flügels, die sich an dieser Kontroverse nicht beteiligten. Der wahre Unterschied bestand darin, dass Luxemburg die Ideen in die Tat umsetzen wollte, die Kautsky am liebsten der theoretischen Erörterung vorbehalten hätte.

1913 gab es eine dritte Massenstreikdebatte²⁷, die sich wiederum am Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht entzündete. Doch auch diesmal gelang es dem Parteivorstand, das Thema einzuhegen und einen nahezu einstimmig angenommenen Antrag durchzusetzen, in dem nichts stand, was nicht schon seit

25 Rosa Luxemburg, Die Theorie und die Praxis, in: Die Neue Zeit, 28/Bd. 2, 1910; GW, Bd. 2, 1972, S. 378–420, hier S. 418.

26 Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie, Berlin 1921.

27 Vgl. Karl Kautsky, Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914.

Jahren Beschlusslage war. Luxemburg versuchte, ein Amendement durchzusetzen, dass die Organisation der Massen in Partei und Gewerkschaft wichtig sei, aber dennoch der Massenstreik »nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden« könne. Es gehe nicht nur um Organisation, sondern vor allem auch um Mobilisierung:

»Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewusst in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.«²⁸

Für das Amendement stimmten in namentlicher Abstimmung 142, dagegen 333 Delegierte, darunter fast alle Mitglieder des Parteivorstands.

Auf den Parteitagen erreichte Luxemburg in den ihr verbleibenden Jahren nichts mehr. Umso mehr stürzte sie sich in die Versammlungstätigkeit. Über einen Abend in Ludwigshof bei Königsberg berichtete sie Kostja Zetkin:

»Die gestrige Versammlung hat mich ganz kaputt gemacht, es war ein so wahnsinniger Andrang, dass die Leute, die nicht mehr reinkonnten – und es sollen 3000 ausgesperrt worden sein –, die ganze Zeit Radau machten, sie wollten mit Gewalt herein. Der Saal war akustisch miserabel, und ich bin ganz heiser. Aber diese Begeisterung der Masse macht doch große Freude.«²⁹

Solche Erlebnisse bestärkten Luxemburg zweifellos in ihrer Überzeugung, dass es möglich war, das Proletariat zu mobilisieren und so auf die kommende sozialistische Revolution vorzubereiten, bei der ihm die Rolle des handelnden Subjekts zukommen würde.

Die beiden Schriften »Sozialreform oder Revolution« (hier besonders der Abschnitt »Die Eroberung der politischen Macht«) und »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« sind wichtige Beiträge zu Luxemburgs Revolutionstheorie. Wei-

28 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena, 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 194; GW, Bd. 3, 1911 bis Juli 1914, Berlin 1978, S. 328 f.

29 Rosa Luxemburg, Brief an Kostja Zetkin vom 14.6.1911, in: Gesammelte Briefe, Bd. 4, Berlin 1985, S. 73.

ter zu nennen sind in diesem Zusammenhang »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« (1904) und »Die Russische Revolution« (1917/18). Ein zentrales Element in Luxemburgs Revolutionstheorie ist der Glaube an die Spontaneität der proletarischen Massen und an diese Massen als Agens eines autopoietischen revolutionären Prozesses. Diese Grundidee durchzieht ihr gesamtes publizistisches Werk. Sie vertrat einen gewissermaßen basisdemokratischen Ansatz, der dem leninistischen Konzept der Kaderpartei genau entgegengesetzt war und heute aktueller denn je ist.

Weiterführende Literatur

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M./Berlin 1973.

Haupt, Georges, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied 1970.

Langkau, Jochem/Matthöfer, Hans/Schneider, Michael, SPD und Gewerkschaften, Bd. 1: Zur Geschichte eines Bündnisses, Bonn 1994.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt a. M. 1983.

Mommsen, Hans (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a. M. 1974.

Papcke, Sven, Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform, Stuttgart 1979.

Piper, Ernst, Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018.

Schorke, Carl E., Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905–1917, Berlin 1981.

Steinberg, Hans-Josef, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 5. Aufl., Berlin 1979.

Dr. Ernst Piper hat 1981 an der TU Berlin in Mittelalterlicher Geschichte promoviert. Er hat an der LMU München, der FU Berlin, der Universität Leipzig und der Universität Potsdam gelehrt. 2005 hat er sich an der Universität Potsdam mit einer Arbeit über Alfred Rosenberg habilitiert und ist heute in Potsdam apl. Professor für Neuere Geschichte. Piper hat zahlreiche Bücher, vor allem zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, publiziert.

Jörn Schütrumpf

In Opposition zur Politik des SPD-Vorstands. Mitglieder, die nicht gewillt waren, die Partei zu verlassen

Spartakisten im Aufstand?

Der Präsident der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Robert Leinert ((M-)SPD), geriet am 2. Oktober 1919 bei der Befragung in seinem eigenen Haus durch den Untersuchungsausschuss über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin ins Plaudern: »Es waren je drei Vertreter der Spartakisten, wie sie damals noch geheißßen haben, also des Spartakusbundes, der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten.«¹ Derart unverblümt ist das weder vorher noch nachher je ausgesprochen worden: Alle, die gegen die provisorische (M-)SPD-Alleinregierung, den »Rat der Volksbeauftragten«, standen, wurden im Januar 1919 als Spartakisten stigmatisiert – und gejagt; SPD-Mitglieder eingeschlossen. Der Rat der Volksbeauftragten bestand nach dem Rücktritt der USPD-Vertreter, ausgelöst durch den von den drei (M-)SPD-Regierungsmitgliedern initiierten Überfall auf die Volksmarinedivision im Berliner Schloss in der Nacht zu Heiligabend 1918, nur noch aus den Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg sowie den nachgerückten Gustav Noske und Rudolf Wissell.

Einige Bemerkungen zu den drei Parteien, aus denen sich diese sogenannten »Spartakisten« rekrutierten: Anfang Januar 1919 hatte in Berlin die am 30. Dezember 1918 gegründete KPD (Spartakusbund) 300 Mitglieder, die USPD 28.000 und die SPD 7.000 Mitglieder (1914: 120.000). Hinter den revolutionären Obleuten, einem gegen die kriegsbejahenden Gewerkschaften entstandenen, ursprünglich illegalen Netzwerk – ab dem 9. November 1918 die eigentliche Macht in Berlin –,

¹ Zeuge Leinert, in: Verfassunggebende Preußische Landesversammlung. Drucksache 4121 B, in: Jörn Schütrumpf (Hrsg.): »Spartakusaufstand«. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018, S. 437.

standen 200.000 Arbeiter_innen, vor allem Metallarbeiter aus den Rüstungsbetrieben. Gegen die Stimmen ihrer Frontleute Richard Müller und Ernst Däumig hatten diese revolutionären Obleute und die Führung der Berliner USPD-Organisation um Georg Ledebour und Emil Eichhorn plus Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck von der KPD (die hinter dem Rücken ihrer Genossen agierten) die Januar-Unruhen des Jahres 1919 ausgelöst. Die kleine KPD-Gefolgschaft machte zwar in – wahrscheinlich sogar großen – Teilen mit, war aber für eigene Aktionen, geschweige denn für die Führung eines Aufstandes, viel zu schwach. Zumal von der KPD-Führung Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Paul Levi, Paul Lange und das Ehepaar Duncker gegen die Unruhen waren; Ernst Meyer lag mit TBC im Bett; Lenins Emissär Karl Radek war zu Beginn der Unruhen auf Wunsch seiner deutschen Genossen untergetaucht und ohne Einfluss auf das Geschehen.

Karl Liebknecht goss dafür umso mehr Öl ins Feuer. Über ein Gespräch mit dem am 13. Januar 1919 festgenommenen Paul Levi teilte ein Staatsanwalt in einem – hier erstmals diskutierten – Bericht seinem Vorgesetzten mit:

»Vertraulich wurde mir von einer in der Spartakusbewegung an hervorragender Stelle stehenden Persönlichkeit mitgeteilt: Sämtliche leitenden Persönlichkeiten der Spartakusbewegung, insbesondere sämtliche Mitglieder der Zentrale des Spartakusbundes mit alleiniger Ausnahme von Karl Liebknecht, seien mit der am 6ten Januar 1919 einsetzenden Putschtaktik nicht einverstanden gewesen. Die leitenden Kreise der Spartakusbewegung seien sich vollkommen darüber klar gewesen, dass sie die Regierungsgewalt erst dann an sich reißen könnten, wenn sie die Massen hinter sich hätten. Das sei aber bis jetzt noch nicht der Fall. Die am 6ten Januar 1919 im Anschluss an die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn einsetzende Aufruhrbewegung sei ausgegangen von den revolutionären Obleuten der Großbetriebe Groß-Berlin, mit dem [sic] Karl Liebknecht tagelang unausgesetzt verhandelt hätte, ohne dass eine andere leitende Persönlichkeit des Spartakusbundes hinzugezogen worden sei.«²

Wie Levi gegenüber dem Staatsanwalt weiter ausführte, habe man in der Leitung des Spartakusbundes von der von Liebknecht und Paul Scholz im Namen des sogenannten Revolutionsausschusses am 6. Januar 1919 geforderten Übergabe des Kriegsministeriums erst aus dem *Vorwärts* Kenntnis erhalten. Levi habe dieses

2 Staatsanwaltschaft I, Vermerk, Berlin, den 21. Januar 1919. Beglaubigte Abschrift, in: Landesarchiv Berlin, A Rep 358, Bd. V, Bl. 8 + Rückseite. Für die Überlassung dieser Kopie schulde ich Ottokar Luban Dank.

Schriftstück, wie der Bericht des Staatsanwalts wiedergibt, als ein »wahnsinniges Schriftstück« und den Aufstand als »wahnsinniges Unterfangen« bezeichnet, von dem »kein verständiger Mensch hätte annehmen können, dass dieses Unternehmen einen anderen Erfolg hätte haben können als einen erbitterten Bruderkrieg in den Straßen Berlins«. ³

Der Bericht zeigt zudem deutlich, dass leitende Kreise der Spartakusbewegung von der Sinnlosigkeit eines Aufstands überzeugt waren. Der Regierung Ebert-Scheidemann hätten in ausreichendem Maße Truppen zur Verfügung gestanden, die es ihr leicht gemacht hätten, die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen, wie Levi betonte.

Ferner hielt der Staatsanwalt die Zweifel Levis fest, ob Ledebour mit dem Vorgehen Liebknechts einverstanden gewesen wäre, hätte dieser davon gewusst. »Liebknecht habe mit seinem Unternehmen ausschließlich ›Prestigepolitik‹ getrieben und habe hierdurch eine große Schuld auf sich geladen«, so der Levis Einschätzung wiedergebende Bericht des Staatsanwalts. »Man habe in leitenden Spartakuskreisen schon darüber gesprochen, dass Liebknecht nach dem als sicher vorausgesehenen Niederbruch der Aufruhrbewegung aus seiner leitenden Stellung in der kommunistischen Partei entfernt werden müsse.« ⁴

SPD, Spartakus, USPD, (M-)SPD

Beim Umgang mit der (M-)SPD, der USPD und Spartakus in Krieg und Revolution dominiert bis heute die – nonverbale und, so weit der Überblick reicht, nie infrage gestellte – Auffassung von einer sauber geschiedenen Dreiteilung: Die SPD-Mitglieder hätten den Burgfrieden befürwortet, die USPD-Mitglieder würden ein breites und widersprüchliches Spektrum repräsentieren, das den Krieg ablehnte, und Spartakus vereine die radikalen Revolutionsfanatiker_innen beziehungsweise – je nach Gusto – die Revolutionär_innen. Mit den historischen Realitäten hat das wenig zu tun.

Die Einheit der Arbeiterbewegung galt in Deutschland spätestens seit 1875 als ein hohes Gut: als Garantie für den Sieg sowohl über feudalabsolutistisches Herr-

³ Ebd.

⁴ Ebd.

schergebaren als auch über profitgetriebene Ausbeutung. Erst diese Einheit verlieh Macht, die Macht durch »Masse« – als Antipode zur militärischen Macht einer Minderheit, gestützt auf die politische Apathie der Bevölkerungsmehrheit. Diese – scheinbare – Garantie war der Kitt, der die SPD vor dem Ersten Weltkrieg zusammenhielt und große Teile der Anhängerschaft auch Kröten schlucken ließ: 1910 den Abbruch der Wahlrechtskämpfe durch die SPD-Führung, das von dieser durchgesetzte zeitweilige Verbot der öffentlichen Erörterung des politischen Massenstreiks und 1913 das Gefeielsche der SPD-Reichstagsfraktion um den Militärhaushalt.

Sogar nach der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 traten nur vereinzelt Mitglieder aus der Partei aus, etwa der Kunsthistoriker Eduard Fuchs (»Sitten-Fuchs«), ein ehemaliger Anarchist und ab 1916 neben der Schauspielerin Tilla Durieux Finanzier Rosa Luxemburgs während ihrer »Schutzhaft« in Wronke und Breslau. Exponierte Mitglieder in Opposition zur Politik des Parteivorstandes wie Clara Zetkin, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hingegen verweigerten diesen Schritt. Nur um Johann Knief in Bremen und in Hamburg bildeten sich ab 1916 kleine Gruppen, bestehend aus Personen, die aus der SPD ausgetreten waren (wenig später kamen noch Gruppen in Hannover, Dresden und Dippoldiswalde hinzu). Der Kreis um Mehring und Luxemburg, im Hintergrund stets Jogiches, schuf Arbeitszusammenhänge, die eine Anti-Kriegs-Propaganda gestatteten, verblieb dabei aber in der SPD. Die Gruppe »Internationale« bildete sich als reichsweiter Zusammenhang am 1. Januar 1916. Ihre illegale Zeitung nannte sie ab September 1916 *Spartacus*; Luxemburg hatte diesen Namen schon in ihren polnischen Schriften als Pseudonym verwendet, weshalb sich in der Öffentlichkeit schnell der Name Spartakusgruppe einbürgerte, den die Gruppe später übernahm. Vor allem Luxemburg und Jogiches trieb jedoch die Furcht, in einer einflusslosen Sekte zu enden. Noch im Januar 1917 erinnerte Luxemburg, die theoretisch versierte Führungsfigur der Gruppierung, aus dem Gefängnis heraus an das Hauptmotiv für ihren Politikansatz:

»Die Sozialdemokratie habe aufgehört, ein Organ des proletarischen Klassenkampfes zu sein, nun müsse man suchen, außerhalb ihrer Fesseln die Fahne des Klassenkampfes zu entrollen: So empfinden die besten Elemente der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Sie bemerken das Wichtigste nicht: Der Klassenkampf muss jetzt eben auch innerhalb der Sozialdemokratie ausgefochten werden. [...] Wie nun der Sozial-

demokrat keinen Posten des Klassenkampfes preisgeben darf, so auch diesen und vor allem diesen, der jetzt innerhalb der offiziellen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist.«⁵

Wenige Wochen später war diese Position nicht mehr zu halten: Zu Ostern 1917 wurde in Gotha die USPD gegründet. Bei ihrem Zustandekommen war diese Partei eher eine Notgemeinschaft von politisch Heimatvertriebenen als ein politisches Projekt. Ihre Mitglieder einte kein politischer Zweck, sie verband lediglich ein gemeinsam erlittener Schock: die Wahrnehmung, aus der SPD ausgeschlossen, zumindest herausgeekelt worden zu sein. Wirklich einig waren sich die USPD-Mitglieder – von den Führungspersonlichkeiten bis zu den »reklamierten«, also vom Kriegsdienst freigestellten Genossen an der Werkbank – nur in einem Punkt: in der Forderung, den Krieg nicht fortzusetzen und einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu schließen. Alles in allem war die USPD des April 1917 ein noch heterogenerer Trupp als die 21 Monate später gegründete KPD, ebenfalls ein heillos zerstrittener Chaoshaufen.

Die Gruppe »Internationale«, also die Mehring-Luxemburg-Richtung – ein Teil ihrer Anhängerschaft war schon aus der SPD ausgeschlossen, andere noch nicht der Ablehnung des Krieges überführt –, schloss sich, weniger dem eigenen Willen als der Not gehorchend, diesem Homunkulus USPD an. Luxemburg war nur mäßig begeistert, versuchte aber – wie meistens –, etwas aus der Situation zu machen. Über die neue Partei und deren Gründungskern, die wegen verweigerter Zustimmung zu weiteren Kriegskrediten im März 1916 aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossenen Abgeordneten und deren »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«, auch Haase-Ledebour-Gruppe genannt, schrieb sie:

»Die Richtung ›Internationale‹ bleibt, was sie war. Nicht aus Opportunitätsrücksichten irgendwelcher Art ist sie der neuen Partei beigetreten und nicht zu einer rührenden Aussöhnungsverbrüderung mit der Arbeitsgemeinschaft im unterschiedslosen Brei einer rückgratlosen ›Opposition‹. Sie ist der neuen Partei beigetreten, um – im Vertrauen auf zunehmende Verschärfung der allgemeinen sozialen Lage und im bewussten Hinarbeiten auf sie – die neue Partei vorwärtszudrängen, ihr mahnendes

⁵ *Gracchus* [d. i. Rosa Luxemburg]: Offene Briefe an Gesinnungsfreunde, II. Brief, in: Der Kampf (Duisburg), Nr. 34, 27. Januar 1917 [Hervorhebungen im Original]; wiederveröffentlicht in: *Annelies Laschitzka/Eckhard Müller* (Hrsg.), Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke [im Folgenden: GW], Bd. 7/2, Berlin 2017, S. 993.

Gewissen zu sein und als Ausdruck der weitgehendsten Bedürfnisse der Arbeiterbewegung im ganzen bei Zuspitzung und Aufeinanderplatzen der sozialen Gegensätze die wirkliche Führerschaft in der Partei zu übernehmen.

Die Organisationen der Gruppe ›Internationale‹ verbanden sich mit der Arbeitsgemeinschaft zum gemeinsamen Kampfe, aber sie verbanden sich nur in dem Sinne, wie Figaro vom Grafen Almaviva singt: Soll ich im Springen / Ihm Unterricht geben, / Auf Tod und Leben / Bin ich sein Mann.«⁶

Nach der Gründung der USPD geriet Rosa Luxemburg – wie ihre Freunde auch – mehr denn je unter den Druck der linksradikalen Kleinstgruppenorganisatoren, hinter denen, nicht nur in Bremen, die rechte Hand Lenins und Luxemburgs Intimfeind, der damals in Finnland stationierte Karl Radek, stand. Diese Kleinstgruppenorganisatoren forderten schon seit 1916 von den Spartakus-Leuten, eine gemeinsame Sonderorganisation zu gründen, orientiert an den Bolschewiki. Im Mai 1917 machte Luxemburg ihre bisherige interne Absage an ein solches Ansinnen auch öffentlich:

»Diese wichtigste Aufgabe der kritischen Klärung, die jetzt der Bewegung not tut, wollen augenscheinlich ebenso wenig die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft begrüßen wie andererseits die ›Linksradikalen‹ von Bremen. Jene betrachten – auch darin treu der alten Parteitradition – jede scharfe und rücksichtslose Kritik als Beleidigung und Belästigung, im besten Falle als Ausfluss des berühmten ›Missverständnisses‹. Diese – die Bremer ›Linksradikalen‹ – halten die Auseinandersetzung mit der Arbeitsgemeinschaft in der Partei für Zeitvergeudung und möchten – im Besitze des fertigen Rezepts der einzig wahren Taktik – ohne weitere Abhaltung lieber gleich im eigenen sauberen Heim darangehen, ›das Richtige‹ zu machen. Schade, dass dieses einzig richtige Kleinküchensystem die Hauptsache vergisst, nämlich die objektiven historischen Verhältnisse, die letzten Endes für das Verhalten der Massen ausschlaggebend sind und sein werden. Sie vergessen, dass die Auseinandersetzung mit dem Parteizentrum auf Schritt und Tritt zugleich Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit den Fehlern der Arbeiterbewegung ist und als solche gerade zur Aufrüttelung und Erziehung der Massen das wichtigste uns zu Gebote stehende Mittel.«⁷

Zurück zur (M-)SPD: In der USPD sammelten sich anfangs vor allem aus der SPD Ausgeschlossene und nicht die Ausgetretenen – diese zogen sich oft ganz aus der

6 *Gracchus* [d. i. Rosa Luxemburg], Rückblick auf die Gothaer Konferenz, in: Der Kampf (Duisburg), Nr. 51, 25. Mai 1917; wiederveröffentlicht in: GW, Bd. 4, S. 273 f.

7 Ebd., S. 274.

Politik zurück, wenige gingen zu Knief und seinem Anhang. Bis zur Revolution wechselten nur in Arbeiterhochburgen wie Leipzig und Umland (wo 30.000 SPD-Mitglieder zur USPD übergangen und 100 in der (M-)SPD verblieben), Groß-Berlin, Halle/Saale, Erfurt, Braunschweig und Frankfurt am Main, Stuttgart-Stadt, Königsberg-Stadt und Bremen nennenswerte Teile der SPD-Organisationen zur USPD. Aber nicht alle, die in der (M-)SPD verblieben, sprachen sich für den Krieg aus, wie sich im November 1918 zeigte. Die »Spartakisten« des Januar 1919 aus der (M-)SPD waren übrig gebliebene Kriegsgegner_innen und/oder befürworteten eine soziale Revolution, die Rosa Luxemburgs Linie des Verbleibens in der SPD gefolgt, während des Krieges ihre Ablehnung verborgen und erst in der Revolution hervorgetreten waren.

Die großen Verschiebungen von der (M-)SPD zur USPD vollzogen sich erst 1919 (von Frühjahr bis Herbst verdoppelte sich die Zahl der USPD-Mitglieder) und nach dem Kapp-Putsch im März 1920. Kam bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die (M-)SPD noch auf 37,9 Prozent und die USPD auf 7,6 Prozent, so näherten sich beide Parteien anderthalb Jahre später bei der Reichstagswahl an ((M-)SPD: 21,9 Prozent, USPD: 17,6 Prozent). Wählerwanderung und Mitgliederwanderung gingen Hand in Hand, wobei die (M-)SPD dennoch durch einen gewaltigen Zustrom ihre Mitgliederzahl um ein Mehrfaches steigern konnte. Erst nach der Revolution wurde die (M-)SPD politisch homogener, während politische Spannungen zwischen der Gruppierung um Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Heinrich Ströbel und dem erstarkenden linken Flügel die USPD im Herbst 1920 schließlich zerrissen. Die KPD war, mit Ausnahme der kurzen Zeit an der Jahreswende 1919/20, bis zur Niederschlagung des Kapp-Putsches illegal. Der linke Flügel in der USPD konnte in ihrem Schatten erstarken, die KPD diente ihm quasi als »Kugelfang«.

Gründung der KPD

Noch ein Wort zur Gründung der KPD: Rosa Luxemburg gab – selbst nachdem in Deutschland die Revolution ausgebrochen war – ihre Zurückhaltung gegenüber der Gründung einer eigenen Partei erst auf, als die Gefahr unabwendbar geworden war, dass Karl Radek mithilfe der Bremer, Hamburger und Dresdener Linksradikalen eine eigene deutsche kommunistische Partei nach Vorbild der

Bolschewiki ins Werk setzte. Dies bezeugte 1921 der Wirtschaftsexperte der Spartakusgruppe, Paul Lange, ein enger Vertrauter von Luxemburg und Leo Jogiches, der gegen die Gründung der KPD stimmte, nach der Gründung aber in ihre Zentrale gewählt wurde:

»Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluss des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu sehen.«⁸

Entsprechend schrieb der nicht immer zuverlässige, in diesem Punkte aber glaubhafte Curt Geyer in seinen Erinnerungen über Karl Radek: »Er ist als der eigentliche Gründer der KPD anzusehen, er setzte die Gründung gegen den Rat und den Widerspruch Rosa Luxemburgs durch.«⁹ Letztlich konnte Luxemburgs Schachzug aber nicht verhindern, dass in Deutschland ein Ableger der Bolschewiki entstand – allerdings erst 1921 und nicht schon 1918.

Dieser schlaglichtartige Blick auf den Januaraufstand und seine Nachwirkungen zeigt, dass die Kräfte des Zusammenhalts und des Einheitswillens innerhalb der Arbeiterbewegung stärker ausgeprägt waren, als es ihre omnipräsente Konflikt- und Spaltungsgeschichte suggeriert. In jedem Fall hält das Bild einer vermeintlich sauberen Dreiteilung in Burgfriedenssozialdemokratie, Kriegsgegnergruppe und radikale Revolutionsfanatiker_innen einer genaueren Analyse nicht stand – selbst in dem Moment, als die inneren Konflikte der Arbeiterbewegung ihrem Höhepunkt zusteueren.

Weiterführende Literatur

Brie, Michael/Schütrumpf, Jörn, Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Marxistin an den Grenzen des Marxismus, Hamburg 2021.

8 *Paul Lange*, Rosa Luxemburg und die Bolschewisten, in: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, 4. Jg., Nr. 603, 27. Dezember 1921, wiederveröffentlicht in: *Jörn Schütrumpf* (Hrsg.), Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017, S. 47.

9 *Wolfgang Benz/Hermann Graml* (Hrsg.), Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer. Mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler, Stuttgart 1976, S. 228.

Czitrich-Stahl, Holger, Der Januaraufstand 1919 in Berlin als Schnittpunkt zwischen den Revolutionsphasen. Ein Essay, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 60, 2018, H. 3, S. 123–132.

Luban, Ottokar, Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, Hamburg 2001.

Schütrumpf, Jörn (Hrsg.), »Spartakusaufstand«. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018.

Ders., Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, 3., überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin 2018.

Dr. Jörn Schütrumpf studierte Geschichte in Leipzig und promovierte 1987. Von 1982 bis 1990 war er Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. In den Jahren 1990 bis 1992 arbeitete er als Redakteur im Dietz-Verlag in Berlin und war von 1992 bis 1999 Dozent an der Universität Potsdam sowie Ausstellungsmacher (vor allem im Deutschen Historischen Museum Berlin und für die EXPO 2000). Von 1999 bis 2005 war Schütrumpf Bereichsleiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und von 2005 bis 2016 Geschäftsführer des Karl Dietz Verlags Berlin. Seit 2016 ist er Leiter der Fokusstelle Rosa Luxemburg in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Mirjam Sachse

»... daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.«¹ – Die SPD und das Frauenwahlrecht

Die erste Reaktion, welche die erste Rede der ersten weiblichen Abgeordneten eines erstmals frei und demokratisch gewählten »Reichsparlaments« auslöste, war »Heiterkeit«.² Geschafft hatte dies die SPD-Politikerin Marie Juchacz (1879–1956) mit der Anrede »Meine Herren und Damen!«.³ Es ist kein schlechter Einstand, wenn man mit der »Antrittsrede« gleich einmal für gute Laune unter den neuen Kolleg_innen sorgen kann. Dieser Lacher wird heute noch gern und viel zitiert, wenn es um die Geschichte des Frauenwahlrechts in Deutschland geht. Doch bleibt der Witz ohne Pointe, eine nur unvollständig erzählte Anekdote, wenn man sich stets nur diesen kleinen Baustein der als historisch geltenden Rede herauspickt. Auch der Satz, der dann folgte und mit dem sich Juchacz in vollem Ernst an die Versammlung wandte, wird nur allzu oft ohne denjenigen Teil zitiert, der durchaus einigen Sprengstoff enthält:

»Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.«⁴

Die Aussage, dass es ohne die am Ende eines grausamen Weltkrieges stehende Revolution kein Frauenwahlrecht – weder aktiv noch passiv – und damit keine erste Rede einer weiblichen Abgeordneten gegeben hätte, diese Aussage, die auch

1 Redebeitrag Marie Juchacz, in: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326.1919/20, Berlin 1920, S. 177–181, hier S. 177, URL: <http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb00000010-0> (1.8.2021).

2 Ebd. In verschiedenen Länderparlamenten hatten ein paar wenige Frauen bereits vor dem denkwürdigen 19. Februar 1919 sprechen dürfen.

3 Ebd. Übrigens blieb es nicht bei diesem einen Mal, dass Juchacz besagte Anrede verwendete.

4 Ebd. Auch dem Deutschen Bundestag war ausgerechnet dieser Teil wohl zu heikel und kein Zitat wert: Erste Rede einer Frau im Reichstag am 19. Februar 1919, URL: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49494782_kw07_kalenderblatt_juchacz-215672 (1.8.2021).

für das politische Selbstverständnis aller deutschen Sozialdemokrat_innen stand – ob sie nun zur Mehrheitssozialdemokratie oder zu den Unabhängigen gehörten –, diese Aussage ist es, die jener ersten Rede eine inhaltliche und nicht nur statistische Bedeutung gibt.

Damit nicht genug. Juchacz sah die frisch gewählte Regierung als eine »sozialistische Regierung«, die gemäß ihrer Weltanschauung bei den Vorbereitungen zur konstituierenden Nationalversammlung die Frauen als »gleichberechtigte Staatsbürgerinnen« anerkannte und einbezog. Dies wiederum veranlasste Juchacz, in einer zweiten zentralen Aussage fest- und damit richtigzustellen,

»daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.«⁵

In dieser Auffassung waren sich die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker_innen, die nun auch mittels weiblicher Wählerstimmen in den Parlamenten saßen, einig. Sowohl unabhängige Sozialdemokraten wie Hugo Haase als auch Mehrheitssozialdemokraten wie Friedrich Ebert äußerten sich dementsprechend in den ersten Sitzungen der Nationalversammlung. Letzterer hatte als Volksbeauftragter bereits am 6. Februar 1919 um 15.15 Uhr die 1. Sitzung der Nationalversammlung mit den Worten eröffnet:

»Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Bravo!)«⁶

Später zeigte sich jedoch, dass eine Revolution nicht so leicht zu »verwalten« ist, wie Ebert es hier erscheinen lassen wollte.

Juchacz' »Antrittsrede« an jenem Mittwochnachmittag, dem 19. Februar 1919, während der bereits 11. Sitzung der Nationalversammlung – in den vorherigen zehn Sitzungen hatten demnach nur Männer das Wort gehabt – war keine besonders

5 Ebd.

6 Redebeitrag Friedrich Ebert, in: ebd., S. 1–3, hier S. 1.

lange Rede gewesen, obwohl es für Juchacz und alle anderen deutschen Frauen einen langen Weg, für viele von ihnen gar einen langen Kampf bedeutet hatte, endlich zu diesem besonderen Rederecht zu kommen. Unbestritten ist und bleibt das Verdienst der alten Sozialdemokratie, in diesem Kampf führend gewesen zu sein. 1891 war die SPD die erste politische Partei in Deutschland gewesen, die das allgemeine und damit die Frauen einschließende Wahlrecht als zentrale Forderung in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte – auch dieser Wortlaut ist es durchaus wert, vollständig zitiert zu werden: »1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.«⁷

War sie deshalb auch diejenige Partei, die bei den ersten demokratischen Wahlen in Deutschland 1918/19 unerhört viele Stimmen dankbarer Frauen verbuchen konnte? Nein, das war sie nicht. War sie deshalb eine Partei, in der weibliche Mitglieder und ihre Anliegen als durchweg *gleich* und *berechtigt* angesehen wurden? Nein, auch das war nicht der Fall.

Dieser Beitrag möchte einigen Umständen und Ereignissen nachgehen, unter und in denen Kohäsionskräfte zwischen proletarischer Frauenbewegung und SPD wirkten – oder eben nicht. Weil es für die optimale »Kohäsion« einer Gruppe zuträglich ist, andere Gruppen abzulehnen, werden auch erbitterte Konkurrenzkräfte und sogar »Todfeindschaft« zur Sprache kommen.

Dass die Organisation der proletarischen Frauen zu Beginn getrennt von derjenigen der Männer erfolgen musste, lag vor allem an den jeweiligen Vereinsgesetzen der deutschen Länder. Sie machten es vielen Frauen bis 1908 mehr oder weniger unmöglich, sich in Vereinen politisch zu engagieren – schon gar nicht in politischen Parteien, schon gar nicht für die »gemeingefährliche« SPD. Um die Vereinsgesetze und das noch rigidere »Sozialistengesetz« (1878–1890) zu umgehen, setzte die SPD auch bei der Organisation der Frauen auf das bewährte System der

7 Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. [3]–6, hier S. 5; digitalisiert bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1891.pdf> (1.2.2021).

Vertrauenspersonen (übrigens ein vorbildlich geschlechtsneutraler Begriff). Notgedrungen entwickelten sich also eigenständige Institutionen und Veranstaltungen für Frauen. Die »Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands«, Ottilie Baader (1847–1925), berichtete von 1900 bis 1908 in dieser Funktion auf den regelmäßig stattfindenden Frauenkonferenzen über die zahlenmäßigen und inhaltlichen Entwicklungen der Frauenbewegung. Die Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* (1891–1923) war Publikationsorgan und Bildungsinstrument. Positionen wie die Frauensekretärin im SPD-Parteivorstand, von 1908 bis 1917 bekleidet von Luise Zietz (1865–1922) und von 1917 bis 1932 von Marie Juchacz, Gremien wie die »Sozialistische Fraueninternationale«⁸ und Veranstaltungen wie der »Internationale Frauentag« demonstrierten, wie die Interessen der Frauen in organisierter Art und Weise vor allem durch Frauen vertreten werden sollten. Heute würde man dies vielleicht »weibliches Empowerment« nennen.

So viel weibliche »Sonderorganisation«, so viele »Extrawürste« waren einigen Parteimännern jedoch sehr suspekt; sie fürchteten allzu feministische Tendenzen. Um solchen Verdächtigungen zu entgehen, waren die führenden Sozialdemokratinnen stets bemüht, in alle Richtungen kohäsiv zu wirken und der Partei gegenüber deutlich zu machen, dass »sozialistische Frauenagitation« stets in erster Linie sozialistische Agitation war. Allerdings wollten sich die Frauen auch nicht mit dem zufriedengeben, was ihnen zwar bereitwillig, aber quasi wie nebenbei eingeräumt wurde, wie zum Beispiel die teilweise vom Anspruch her sehr dürftigen, von den Redaktionen der Parteizeitungen herausgegebenen Frauenbeilagen. Es brauchte Zeit und fähige, engagierte Funktionärinnen, welche die weiblichen Parteimitglieder darin unterstützen sollten, ihre geschlechtsspezifischen Interessen formulieren und deren Berücksichtigung einfordern zu können. Die Genossinnen bestanden daher auf ihren Frauenbildungsabenden und auch auf ihren Frauenkonferenzen, die trotz aller rechtlichen Widrigkeiten stets im Vorfeld der SPD-Parteitage stattfanden. Nach Erlass des »Reichsvereinsgesetzes«⁹ 1908 – dem durchaus demokratisches Potenzial innewohnte, weil es nicht nur einige Hemmnisse

8 In der Literatur stößt man auch auf die Bezeichnungen »Internationale Konferenz sozialistischer Frauen« oder »Internationale sozialistische Frauenkonferenz«.

9 Reichsvereinsgesetz v. 19.4.1908, Reichsgesetzblatt 1908, Nr. 18, S. 151–157; digital durch Wikimedia, 2015, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1908#/media/File:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1908_018_151.jpeg (2.2.2021).

des Föderalismus beseitigte, sondern auch politische Restriktionen aufhob – hatten die SPD-Frauen nämlich schnell gemerkt, dass ihre nun möglich gewordene ordentliche Parteimitgliedschaft weder die »Sonderorganisation« noch gewisse Quotenregelungen überflüssig machte. Nicht in jeder Ortsgruppe wurden die Parteigenossinnen 1908 so herzlich begrüßt wie von Ebert 1919 in der Nationalversammlung. Deshalb entwickelte sich die proletarische Frauenbewegung insgesamt recht autonom weiter, wenn auch zumeist unterstützt von den männlichen Genossen.

Eine zentrale Rolle in der Vermittlung politischer Bildung und Ansprache weiblicher Mitglieder spielte dabei die Zeitschrift *Die Gleichheit*, die in einer Traditionslinie mit den Periodika *Die Frauen-Zeitung* (1849–1852, Louise Otto-Peters), *Die Staatsbürgerin* (3. Januar bis 13. Juni 1886, Gertrude Guillaume-Schack) und *Die Arbeiterin* (1890–1891, Emma Ihrer) steht. Es war der parteinahe Verlag von J. H. W. Dietz (1843–1922), der nach dem finanziellen Scheitern der *Arbeiterin* 1891 noch Ende desselben Jahres das Abenteuer wagte, mit der *Gleichheit* erneut eine eigenständige politische Frauenzeitschrift herauszugeben und die Redaktion in die Hände Clara Zetkins (1857–1933) zu legen. Zetkin konnte zwar fachliche Kompetenzen und publizistische Erfahrungen vorweisen, außerdem aber auch zwei Kinder, für die sie als verwitwete Alleinerziehende zu sorgen hatte – ein Umstand, der das sehr hoch gesteckte Ziel, die Zeitschrift zum Sprachrohr einer geeinten proletarischen Frauenbewegung zu machen, erschweren konnte. Überhaupt bescherten dieses Ziel und der damit verbundene Anspruch schon die ersten Probleme: Viele Frauen begriffen sich nicht als Proletarierinnen und noch mehr von ihnen hatten die allgemeine Meinung verinnerlicht, dass Politik sie nichts angehe. Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen, Heimarbeiterinnen – die Heterogenität war offensichtlich. Noch heute gelten die vermeintlichen Sphären der Erwerbs- und Hausarbeit, der Kopf- und Handarbeit als nicht miteinander vereinbar, was die Bündelung sozialer Kräfte schwierig macht. Der *Gleichheit* kam es nun zu, einerseits diesen sehr unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden und andererseits ihren Leserinnen bewusst zu machen, dass es ein lohnenswertes gemeinsames Ziel gab: den Sozialismus, und als Etappenziel: das Frauenwahlrecht.

Die publizistischen Möglichkeiten, die der *Gleichheit* im Kampf um politische Bildung und um das Frauenwahlrecht gegeben waren, lagen sowohl auf rationaler wie auch auf emotionaler Ebene. Weil die Abonnementzahlen schnell zeigten, dass zu viel abstrakte politische Bildung und zu wenig unterhaltende Geschichten nicht förderlich für die massenwirksame Verbreitung der Zeitschrift waren, musste das Redaktionskonzept beides berücksichtigen. Aber auch, um den Blick der proletarischen Frauen über den eigenen Tellerrand hinaus auf das Leben ihrer »Genossinnen« zu lenken, wurde gleichermaßen an die Vernunft wie an die Empathie appelliert. Da Appelle allein nicht unbedingt eine Gesellschaft verändern – lang genug hatten es die bürgerlichen Frauen mit Petitionen an den herrschenden Adel und die Parlamente versucht –, war die politische Bildung, die von der *Gleichheit* und den führenden Sozialdemokratinnen betrieben wurde, auf politisches Handeln ausgelegt. Als »Agitatorinnen« reisten eloquente SPD-Frauen durch das Land, um erst in Hinterzimmern, später in öffentlichen Vereinsversammlungen und bei Frauenleseabenden zu referieren. Während sie dies selbst als politische Aufklärungsarbeit definierten, sprachen ihre Gegnerinnen und die staatliche Obrigkeit von politischer Hetze – entsprechend scharf war der von dort wehende Gegenwind. In dieser Gemengelage durfte das sozialdemokratische und insbesondere das sozialistische Bildungsideal, wie es Zetkin propagierte, keinesfalls die »Gefühlssozialistin« sein. Allein die politisch aufgeklärte »Klassenkämpferin« würde zum Sieg über den Kapitalismus beitragen können. Sie würde erkennen, was er im Grunde sei: ein Unterdrückungssystem, das keine Grenzen, allzumal keine Ländergrenzen kennt. Sozialistische Frauenagitation musste folglich auch internationalistische Agitation für den nächsten Schritt sein, die Vereinigung der Proletarierinnen *aller* Länder.

1907 und 1910 fanden im Rahmen der Konferenzen der II. Internationale auch die Konferenzen der »Sozialistischen Fraueninternationale« statt. Die internationale Frauenkonferenz in Stuttgart 1907 erklärte die *Gleichheit* zu ihrem zentralen Organ und wählte Zetkin zu ihrer Sekretärin. 1910 stellte Zetkin in Kopenhagen gemeinsam mit anderen SPD-Frauen den Antrag, jährlich einen »Internationalen Frauentag« auszurichten. Die Idee des Frauentages war nicht neu, aber die terminlich und international koordinierte Umsetzung schon. Obwohl das Konzept sehr erfolgreich war – insbesondere bei den »indifferenten« Frauen –, mussten

die SPD-Frauen 1913 auf dem Parteitag in Jena lange für die Ausrichtung eines weiteren Frauentages im Folgejahr streiten. Ihr Anliegen drohte lediglich an den Parteiausschuss überwiesen zu werden, womit die Frauen jedoch bisher keine guten Erfahrungen gemacht hatten. Immerhin beschloss der Parteitag aber dann, dass ein Frauentag 1914 »im Prinzip« abgehalten werden könne, auch wenn letztlich Parteivorstand und Parteiausschuss darüber entscheiden müssten.

Was wollte man mit diesem Tag der konzertierten Massenproteste und kämpferischen Reden erreichen? Vor allem sollte es ein Aktionstag für das Frauenwahlrecht sein. Aber nicht für ein Frauenwahlrecht, wie es einige Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, der bourgeoisen »Frauenrechtelei«, forderten. Denn ein Wahlsystem wie das auf dem Zensus basierende preußische Dreiklassenwahlrecht, in welchem die Stimmen von Frauen mit hoher Steuerleistung mehr zählen würden als die von Arbeiterinnen, fiel entschieden hinter die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zurück und wurde deshalb von den Sozialdemokratinnen als »Damenwahlrecht« abgelehnt.

Müssen Frauen prinzipiell zusammenhalten, weil sie als Frauen gleichermaßen Opfer von männlicher Diskriminierung und Gewalt sind? Nein. Deshalb waren die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung »[k]ein einig' Volk von Schwestern«. ¹⁰ Vor der Aufhebung des »Sozialistengesetzes« und der Reformierung des Vereinsrechts bedeutete eine allzu eindeutige Sympathie mit den politischen Forderungen der Arbeiterinnen erheblichen Ärger mit der Staatsgewalt. Für die bürgerlichen Frauenvereine war dies kein unerheblicher Grund dafür, Abstand zu halten. Die meisten von ihnen schienen dies auch nicht zu bedauern. Für sie waren Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, ihre Zugehfrauen und Dienstmädchen oft nur arme Wesen, um deren Manieren und Seelenheil man sich sorgen musste. Die proletarischen Frauen wiederum hatten sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wo eine Kooperation mit den bürgerlichen »Frauenrechtlerinnen« möglich war – oder ob dies einen Verrat an der eigenen Klasse darstellte. Das Dilemma der proletarischen Frauenbewegung war und ist, als Frauenbewegung nicht vollständig der Männerorganisation anzugehören und als sozialdemokratische Bewegung nicht als Frauenbewegung zu gelten. Es schien nur die Wahl

¹⁰ Renate Wurms, Kein einig' Volk von Schwestern. 1890–1918, in: Florence Hervé (Hrsg.), Geschichte der deutschen Frauenbewegung, 7., verb. u. überarb. Aufl., Köln 2001, S. 36–84.

zu geben zwischen einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen um der »Frauensache« willen oder einer »reinlichen Scheidung« (Clara Zetkin).¹¹ Wenn es die proletarische Frau mit dem SPD-Urgestein August Bebel hielt, dann galt auch für sie:

»Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen. Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden.«¹²

Zetkin zumindest teilte diese kompromisslose Einstellung Bebels. Sie lehnte sogar eine punktuelle Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen ab, erachtete zu viel Nähe gar als gefährlich und wollte bei den Parteigenoss_innen keinen Zweifel an ihrer Absicht aufkommen lassen, einen geschlechterunabhängigen Klassenkampf zu führen. Ihr fiel es schwer zu respektieren, dass einige SPD-Frauen wie Henriette Fürth (1861–1936) eine andere Meinung dazu hatten. Überhaupt gilt Zetkin, die auf eine sehr autoritäre Art »den Laden zusammenhalten« wollte, heute vor allem als Dogmatikerin. Der Parteitheoretiker Karl Kautsky allerdings sah dies zumindest 1907 noch ganz anders:

»Bei Klara Zetkin, die durch ihre unermüdliche Organisations- und Agitationsarbeit die deutsche proletarische Frauenbewegung zu dem gemacht hat, was sie ist, kann niemand, ohne sich lächerlich zu machen, von unfruchtbarem Dogmatismus und unpraktischem Spekulieren reden. Die großen Ergebnisse ihres Wirkens bezeugen am besten, wie wenig Theorie und Praxis einander ausschließen, wie sehr beide durch ihre gegenseitige Durchdringung gewinnen.«¹³

Ob autoritäre Dogmatikerin oder konforme »Parteisoldatin« – wie so oft lässt sich die Vielschichtigkeit einer Person und ihres Charakters nicht an einigen wenigen

11 Vgl. u.a. Reinliche Scheidung, in: Die Gleichheit v. 18.4.1894, S. 63; digital bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <https://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=GL04008&page=6/> (2.2.2021).

12 Redebeitrag August Bebel, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, hier: 17. September, Nachmittagssitzung, S. 313; digital bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1903.pdf> (2.2.2021).

13 *K[arl] K[autsky]*, Rezension zu Klara Zetkin: Zur Frage des Frauenwahlrechtes, in: Die Neue Zeit, 25/Bd. 2, 1906/07, Nr. 46, S. 684–687, hier S. 686; digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <http://library.fes.de/cgi-bin/nzpdf.pl?dok=190607b&f=684&l=687> (2.2.2021).

Zuschreibungen festmachen. Manchmal kommt es aber zu einschneidenden Ereignissen und diese Personen sind gezwungen, »Farbe zu bekennen«.

Das Jahr 1914 brachte ein solches Ereignis: Der Erste Weltkrieg, von Historiker_innen gerne auch als »Urkatastrophe« bezeichnet, verlangte von den Sozialdemokrat_innen klare Entscheidungen. Plötzlich konnten viele von ihnen die Frage »Bist Du eine der Unsrigen?«¹⁴ nicht mehr eindeutig beantworten, denn mit dem Ressentiment gegen einen mutmaßlichen äußeren Feind ergaben sich neue Allianzen. Ganz gleich, wie viel Autorität Zetkin unter den weiblichen SPD-Mitgliedern genossen haben mochte, sie war weder kohäsiv genug, um viele Sozialdemokratinnen von der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen des Nationalen Frauendienstes (NFD) abzuhalten, noch sie nach der Parteisplaltung 1917 zum Beitritt in die USPD zu bewegen. Dass auch Zetkin selbst nicht autoritätsgläubig war und gegen große Widerstände an den Idealen der sozialistischen Internationale und somit am Antimilitarismus festhielt, zählt zu den positiven Diversitäten der SPD-Geschichte.

Der gemeinsame »Dienst am Vaterland« in Nähstuben, Suppenküchen und Spitälern, die Bewährungsprobe in Rüstungsfabriken, Sammelstellen und Verwaltungsbüros, die Entwicklungen der Frauenerwerbsarbeit während des Ersten Weltkriegs und die Ereignisse rund um Parteisplaltung und »Burgfrieden« erzeugten ohne Frage starke kohäsive Kräfte. Den deutschen Frauen brachten ihre Kriegsanstrengungen dazu zweifelhafte, wenn auch allerhöchste Anerkennung. Ja, viele Männer waren der Meinung, dass man den Frauen nun angesichts ihrer kriegswichtigen oder die Heimatfront stützenden Leistungen das Wahlrecht nicht mehr verweigern dürfe. Das Frauenwahlrecht war und ist aber weder Geschenk noch Verdienst. Wie wir nun aus Juchacz' berufenem Munde wissen, ist es ein unveräußerliches Grundrecht.

Die Weimarer Demokratie ist jedoch auch ein Beispiel dafür, wie schnell Grundrechte und der legitime Anspruch auf Gleichberechtigung erhebliche Einschränkungen erfahren können – und dies ganz legal per gesetzlichem »Hintertürchen«. Nicht nur die Demobilisation der Frauen, ihre Vertreibung von den gerade erst

14 *Louise Zietz* [üblicher: Luise], *Bist Du eine der Unsrigen? Ein Mahnwort an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes*. Berlin 1912; digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/a-27107.pdf> (2.2.2021).

eroberten Arbeitsplätzen zugunsten der heimkehrenden Soldaten war ein solches Hintertürchen, um Frauen ihr Recht – in diesem Fall auf Erwerb – zu beschneiden. Auch ihre neu gewonnene und eben noch gefeierte Gleichberechtigung als Staatsbürgerinnen, von der das Wahlrecht nur ein Teilaspekt ist, wollte man den Frauen nicht verfassungsrechtlich verbürgen. Oder ist es etwa kein Hintertürchen, wenn der Ausschuss der Verfassunggebenden Nationalversammlung folgende Formulierung für Artikel 108, Absatz 2 vorschlug?

»Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.«¹⁵

Der Begriff »grundsätzlich« hat in der juristischen Sprache die Bedeutung von »im Prinzip« oder »in der Regel« – darin schwingt jedoch mit: Keine Regel ohne Ausnahme.

Zwar machten MSPD und USPD noch einige Anläufe, den Entwurf mittels an die Versammlung gestellter Anträge abzuändern, aber diese wurden – wenn auch knapp – stets mehrheitlich vom Hohen Hause abgelehnt. Wäre es nicht sehr interessant zu wissen, wie die 38 Volksvertreterinnen in dieser für alle deutschen Frauen so wichtigen Angelegenheit abgestimmt haben? Tatsächlich gibt es eine dem Protokoll anhängende Liste der namentlichen Abstimmung.¹⁶ Der Blick darauf lässt durchaus die Interpretation zu, dass die Kohäsionskräfte der Klasse stärker waren als die des Geschlechts. Frausein allein ist eben kein Programm.

Weiterführende Literatur

Deutschland, Heinz (Hrsg.) unter Mitarbeit von Ruth Deutschland, Käte und Hermann Duncker: Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953), Berlin 2016.

Hervé, Florence, Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, 4., aktual. u. erw. Aufl., Berlin 2020.

¹⁵ Zur Zeit der Debatten in der Nationalversammlung 1919 war der entsprechende Passus noch als Artikel 108 bezeichnet, später in der Verfassung ist es Artikel 109: Die Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Verfassung) v. 11. August 1919, Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 152, S. 1383–1418, hier S. 1404; digital bei der Österreichischen Nationalbibliothek 2011, URL: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1919&page=1606&size=45> (12.2.2022).

¹⁶ Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, 328, 1919/20, S. 1580–1582; digital bei der Bayerischen Staatsbibliothek, URL: <https://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb00000012-1> (2.2.2021).

Puschnerat, Tânia, Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.

Sachse, Mirjam, Von »weiblichen Vollmenschen« und Klassenkämpferinnen. Frauengeschichte und Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« (1891–1923), Kassel 2011, URL: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/handle/urn:nbn:de:hebis:34-2011020735654>.

Voigt, Marga (Hrsg.), Clara Zetkin. Die Kriegsbriefe, Bd. 1, 1914–1918, Berlin 2016.

Dr. Mirjam Sachse hat Erziehungswissenschaften, Geschichte und Soziologie studiert und wurde an der Universität Kassel in Geschichte promoviert. Sie ist ehemalige Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Vorstandsmitglied von ROSALumni e.V. (Berlin) sowie vom Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. (Berlin). Außerdem ist sie Projektmitarbeiterin im Archiv der deutschen Frauenbewegung (Kassel).

Gottfried Niedhart

Gustav Mayers Blick auf die Sozialdemokratie 1890–1914

In einer in den 1980er-Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierten Publikation wird Gustav Mayer (1871–1948) treffend als »einer der ersten Historiker in Deutschland« bezeichnet, »der sich mit der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung« im 19. Jahrhundert beschäftigt habe.¹ Im Unterschied zu Franz Mehring, mit dem er gut bekannt war, war Mayer aber niemals Mitglied der SPD oder einer anderen politischen Partei. Aus einer Prenzlauer jüdischen Kaufmannsfamilie stammend, war er ein interessierter Beobachter der zeitgenössischen Politik und Gesellschaft und trat für einen graduellen Wandel bestehender Strukturen ein. Über die Lagergrenzen des Kaiserreichs hinweg suchte er nach neuen Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Kommunikation. Klassengesellschaft und Klassenkampf sollten ebenso aus den Köpfen verschwinden wie Obrigkeitsstaat und revolutionäres Pathos. Davon versprach sich Mayer einen Integrationseffekt, der die Lage nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der deutschen Jüdinnen und Juden nachhaltig verändern würde.

Mayers politische Orientierung formte sich während seines Studiums der Nationalökonomie und während seiner Tätigkeit als Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* (FZ) zunächst in Frankfurt am Main und in den Niederlanden, danach für längere Zeit in Belgien. Erst als Mittdreißiger wurde er zum Historiker, anfangs als Privatgelehrter und nach dem Ersten Weltkrieg als Professor für die »Geschichte der Demokratie und des Sozialismus« an der Berliner Universität. Seine Wahrnehmung der SPD beruhte auf einer doppelten Kritik: Zum einen am politischen System und den sozialen Verhältnissen des Wilhelminischen Deutschland, zum anderen am Kurs der Bebel'schen SPD nach der Aufhebung des »Sozialistengesetzes«. Das Demokratiedefizit im Kaiserreich, insbesondere in Preußen,

¹ Hans-Josef Steinberg, Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung. Von ihren Anfängen bis zum Sozialistengesetz, in: Thomas Meyer/Susanne Miller/Joachim Rohlfes (Hrsg.), Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, Bd. 1, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 155.

und die ungelöste soziale Frage erweckten in Mayer schon während seines Studiums Sympathie für die politisch organisierte Arbeiterbewegung. Beim Abfassen seiner Dissertation über »Lassalle als Sozialökonom« erschien ihm die SPD als die einzige Partei, »die die Lage der Unterdrückten, der Armen und Elenden bessern und zu einer menschenwürdigen machen will«. Bedenken äußerte er allerdings gegenüber den »Mitteln«, mit denen die »Lösung des gewaltigsten humanen Problems der Gegenwart« erreicht werden sollte. Zur »Durchführbarkeit der sozialistischen Ideen« fehlte es in seinen Augen an brauchbaren Konzepten. Im Unterschied zu den sozialdemokratischen Vordenker_innen wollte er sich an seinen akademischen Lehrern orientieren. Die »Kathedersozialisten« Gustav Schmoller oder Adolf Wagner schienen einen gangbareren Weg eingeschlagen zu haben. Dementsprechend wünschte Mayer keinen »Kladderadatsch«, sondern baute auf die »friedliche Entwicklung der Zustände, beschleunigt durch eine kräftige Sozialreform des Staates«.²

Nach dem Eintritt ins Berufsleben blieb Mayer dieser Linie verpflichtet. Die Stigmatisierung der Sozialdemokratie müsse ein Ende haben. Doch die »sozialistische Demokratie«, die an der Jahrhundertwende als Faktor im politischen Kräftefeld nicht »ignoriert« werden könne, müsse »über kurz oder lang regierungsfähig werden«.³ Regierungsfähigkeit hieß: Es durfte nicht bei »glänzenden Siegen« der SPD bei Wahlen bleiben, was Mayer »keineswegs unlieb« war. Hinzukommen musste jedoch aus seiner Sicht, dass die SPD sich »offen auf nationalen Standpunkt« stelle; ferner, dass sie sich um Bündnispartner im demokratischen Spektrum auf dem »linken Flügel im Reichstag« bemühte.⁴ Zu diesem Zeitpunkt war Mayers Blick von außen auf die SPD nicht nur durch seine Distanz gegenüber jeglicher parteipolitischen Festlegung bestimmt, sondern auch dadurch, dass er von den Geschehnissen in Deutschland räumlich entfernt war. Zwischen 1898 und 1904 lebte er in Brüssel, von wo er die deutsche Leserschaft mit Nachrichten über die politische und wirtschaftliche Lage in Belgien sowie über die sich in Arbeitskämpfen niederschlagenden sozialen Konflikte versorgte. Parallel dazu schrieb er über sozialpoli-

2 Gustav Mayer an seine Eltern 26.5.1892, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), Nachlass Gustav Mayer, 12. – In diesem kurzen Arbeitspapier beschränke ich mich, ohne auf die Forschung einzugehen, auf den Nachweis von Zitaten.

3 Mayer an seine Eltern, 12.12.1898, IISG, NL Mayer, 11.

4 Mayer an seine Eltern, 20.6. und 3.2.1898, IISG, NL Mayer, 11.

tische Fragen als regelmäßiger Mitarbeiter für die von Ernst Francke herausgegebene *Soziale Praxis* sowie für die von Theodor Barth redigierte *Nation*. Auch in Heinrich Brauns *Archiv für soziale Gesetzgebung* war er als Autor zu finden.

Zwangsläufig erweiterte der Aufenthalt im Ausland Mayers Perspektive. Er begann, die Vorgänge im Deutschen Reich und nicht zuletzt auch die Politik der SPD im internationalen Vergleich zu betrachten. Mit Kopfschütteln verfolgte er die parteiinternen Kontroversen der SPD über innenpolitische Taktik- und Strategiefragen. Nachhaltig beeinflusst wurde er von dem fünf Jahre älteren Emile Vandervelde, einem der führenden Köpfe der belgischen Arbeiterpartei (POB), mit dem er sich auch abseits der Politik gut verstand. Wiederholt Gast in dessen Privathaus, genoss Mayer den für ihn exklusiven Kontakt. Darüber hinaus verfestigte sich seine politische Sozialisierung, die seine Einstellung zur SPD und zur europäischen Arbeiterbewegung insgesamt bestimmte. Mayer glaubte in Vandervelde den Typ von Arbeiterführer gefunden zu haben, der einen weiteren Blick als August Bebel oder Liebknecht hatte und somit eher als diese beiden den politischen Anforderungen an der Wende zum 20. Jahrhundert gerecht werden konnte. Er beschrieb Vandervelde in dessen Kampf für eine Demokratisierung des belgischen Wahlrechts als »Volkstribun größten Stils«, »wie ihn das europäische Proletariat seit Lassalles Tod nicht mehr besessen hat«. ⁵ Parallel zu seiner Stellung als belgischer Parteiführer stand Vandervelde an der Spitze des Internationalen Sozialistischen Büros der II. Internationale, das sich seit 1900 in Brüssel befand. Mayer beschrieb das Büro als »Zentrale des Weltproletariats« zur Wahrnehmung der »Weltarbeiterinteressen«. Die belgische Sozialdemokratie hielt er in besonderer Weise für befähigt, die in der Internationale anzutreffenden nationalen Perspektiven zu bündeln. Der SPD vergleichbar sei sie straff organisiert, aber im Unterschied zur SPD »weniger doktrinär, weit praktischer, weit opportunistischer«. »Ein Fall ›Bernstein‹ wäre hier unmöglich«, hielt Mayer den »marxistischen Orthodoxen« in Deutschland vor. ⁶

Die Beschlüsse des Dresdner Parteitags von 1903 mit Bebels scharfer Abgrenzung von der »bürgerlichen Gesellschaft« und der »Staatsordnung« hielt Mayer für eine Selbstfesselung der SPD. Ob eine Kooperation mit linksbürgerlichen Kräften als Option betrachtet werden könnte, stand ein Jahr später ganz oben auf der Agenda

⁵ FZ v. 2.6.1899, 2. Morgenblatt.

⁶ FZ v. 20.10.1900, 1. Morgenblatt.

des Amsterdamer Kongresses der Internationale. Für die FZ berichtete Mayer ausführlich darüber. Als Vertreter eines bürgerlichen Blattes hatte er zwar nur eingeschränkten Zutritt zu den Beratungen der Delegierten. Er genoss aber das Vertrauen einiger Sozialdemokraten aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden, sodass er aus erster Hand informiert war. In seinen Kommentaren hielt er mit deutlicher Kritik an der SPD nicht hinter dem Berg. Als Kronzeugen für eine Politik neuer Allianzen verwies er auf Jean Jaurès, den er über Vandervelde kennengelernt hatte. In Amsterdam trat Jaurès als Antipode Bebels auf. Letzterer wollte die II. Internationale auf den Kurs festlegen, der vom Dresdner Parteitag der SPD beschlossen worden war. Beim Frühstück im Hotel konnte Mayer als »unoffensiver Bekannter« den Dolmetscher zwischen Bebel und Jaurès spielen⁷, allerdings nur in sprachlicher Hinsicht, denn inhaltlich stand er dem Franzosen nahe.

Jaurès nutzte seinen Auftritt dazu, die SPD, die 1903 drei Millionen Wählerstimmen auf sich hatte vereinen können, damit zu konfrontieren, sie befinde sich politisch auf dem Abstellgleis. Er sprach von der »Ohnmacht der Demokratie« in Deutschland, wo ein Reichstag als »halbes Parlament« ohne Macht zu beklagen sei. Die SPD verschanze sich hinter »intransigenten Theorien«. Bebel wolle an der »historischen Mission« der Sozialisten festhalten, befand sich in Mayers Augen damit jedoch nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Bebels »ganze Ideenwelt« bleibe »in ein Netz eingesponnen, das die jüngere Generation der sozialistischen Parteien überall zu zerreißen im Begriff« sei. Mayer scheute sich nicht zu fragen, ob Bebel seiner Aufgabe noch gewachsen war. Er sei wohl »nicht mehr jung genug«.⁸ Wünschenswert erschien Mayer eine Annäherung der »demokratischen Elemente des Bürgertums« und der »demokratischen Arbeiterpartei«. Er gab sich zuversichtlich, »dass der Tag näher rückt, an dem die deutsche Sozialdemokratie einsehen wird, dass der Begriff von dem einen reaktionären Block der Bourgeoisie nur in den Gehirnen marxistischer Dogmatiker existiert und in der vielgestaltigen Wirklichkeit ein Popanz ist, dessen durch die Arbeiterpartei betriebener Kultus einzig der Reaktion zugute kommt.«⁹ An seine eigene soziale Schicht gerich-

7 *Gustav Mayer*, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der Arbeiterbewegung. Mit Erläuterungen und Ergänzungen* hrsg. von *Gottfried Niedhart*, Hildesheim 1993, S. 159. (Erstveröffentlichung 1949).

8 FZ v. 20. und 21.8.1904, 1. Morgenblatt.

9 FZ v. 24.8.1904, 2. Morgenblatt.

tet rief Mayer zugleich dazu auf, von der Sozialistenfurcht Abstand zu nehmen. Er ermunterte das Bürgertum, zu einer »Revision« seiner »zu engherzig gewordenen« Einstellung gegenüber der Arbeiterbewegung zu gelangen.¹⁰

Ob Bebel von Mayers Äußerungen überhaupt erfahren hat, ist unklar. Auf jeden Fall stand er in den folgenden Jahren immer wieder als Zeitzeuge für Mayers Studien über die politische Formierungsphase der Arbeiterbewegung in den 1860er-Jahren zur Verfügung. Die Initialzündung für Mayers Abwendung vom Journalismus war ein Auftrag der Redaktion der FZ. Anlässlich des bevorstehenden 50-jährigen Jubiläums der Zeitung sollte Mayer für eine Geschichte der FZ deren Haltung zur Arbeiterbewegung darstellen, beginnend mit der Rubrik »Arbeiterangelegenheiten«, die 1862 erstmals erschienen war, und endend mit den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts. Auf der schon 1885 publizierten Pionierstudie »Die Geschichte der ersten socialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland« seines Doktorvaters Georg Adler aufbauend, spannte Mayer einen weiten Bogen, der das Parteiengefüge im Vorfeld und während der Reichsgründungszeit ebenso umfasste wie die Zeit des »Sozialistengesetzes« und die Entwicklung der 1890er-Jahre. Was den werdenden Historiker Mayer vor allem in den Bann zog, waren die politischen Vorstellungen Leopold Sonnemanns, des Verlegers der FZ und Mitbegründers sowohl des Vereinstags Deutscher Arbeitervereine 1863 als auch einige Jahre später der Deutschen Volkspartei. Sonnemann plädierte für einen »Zusammenschluss der demokratischen Elemente des Bürger- und Arbeiterstandes zur Verwirklichung der demokratischen Ideale auf allen Gebieten der Gesetzgebung«. Im »bürgerlichen Lager« habe es keine »verständnisvollere« Stimme für die Anliegen der Arbeiterschaft gegeben als die FZ. Aber der in den 1860er-Jahren zunehmende Gegensatz zwischen der »bürgerlichen und der proletarischen Demokratie« und schließlich die »sozialistische Lehre vom Klassenkampf« im Eisenacher Programm 1869 sowie das Insistieren auf dem »Fortschrittsmonopol« hätten eine »trennende Mauer« errichtet.¹¹

Danach kehrte Mayer nicht mehr zu seiner früheren Tätigkeit zurück. Für die Zeitung schrieb er nur noch zu bestimmten Anlässen, wie die Kongresse der Inter-

10 *Gustav Mayer*, Der internationale Sozialistenkongress, in: *Das freie Wort*, 4, 1904, S. 448.

11 *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906*, hrsg. vom Verlag der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M. 1906, S. 168f., 240, 699, 701.

nationale 1907 in Stuttgart oder 1910 in Kopenhagen sie darstellten. Mit seinem zeitungsgeschichtlichen Beitrag hatte er eine Thematik berührt, die er nun vertiefen wollte. Im Juli 1906 erbat er sich vom Archiv der SPD Material für die weitere Bearbeitung der »Auseinanderentwicklung der bürgerlichen und proletarischen Demokratie«. Er vergaß nicht zu erwähnen, dass Bebel und sein »Freund« Vandervelde über das Vorhaben unterrichtet seien.¹² Mit Bebel blieb Mayer weiterhin regelmäßig in Kontakt. In seinen Erinnerungen rühmte er das Interesse Bebels an seinen Forschungen über die Auseinandersetzungen, um nicht zu sagen Feindschaften innerhalb der Arbeiterbewegung im Jahrzehnt zwischen Ferdinand Lassalles Tod und der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei 1875 in Gotha. Mayers Versuch einer Ehrenrettung Johann Baptist von Schweitzers, des Nachfolgers Lassalles an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), wies Bebel in Gesprächen und Korrespondenzen mit Mayer und auch in Rezensionen vehement zurück. Gleichzeitig erkannte er Mayers wissenschaftliche Leistung unumwunden an. Er las und kommentierte alles, was Mayer ihm zuschickte, darunter das Buch über Schweitzer und die wegweisende Studie über »Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie«. ¹³ Das Verhältnis der beiden war eines zwischen Autoren, zwischen Mayer als Historiker und Bebel als Memoirenschreiber.

Auf der politischen Ebene traf Mayer mit der deutschen und internationalen Sozialdemokratie 1907 wieder zusammen, als er für die FZ den Kongress der Internationale in Stuttgart beobachtete. Die Spannung zwischen nationalen Belangen und Prägungen einerseits und regelmäßig beschworener internationaler Solidarität der Arbeiterschaft andererseits entlud sich, als darum gerungen wurde, wie sich die Arbeiterbewegung im Fall eines drohenden oder ausgebrochenen Krieges verhalten sollte. Mayer berichtete ausführlich für die FZ, wobei hier besonders seine Beobachtung interessiert, bei der SPD lasse sich ein »zunehmender Sinn [...] für Realitäten« feststellen. Dazu zählte Mayer die Weigerung, einer Resolution zuzustimmen, die für den Kriegsfall einen Streik der Arbeiterschaft vor-

12 Mayer an das Archiv der SPD, 24.7.1906, Archiv der sozialen Demokratie, Sammlung »Kleine Korrespondenzen«.

13 *Gustav Mayer*, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909; *ders.*, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870, Leipzig 1911.

sah. Eine »ausgezeichnete Rede« habe Georg von Vollmar gehalten, der bei aller »Liebe zur Menschheit« ein »guter Deutscher« bleiben wollte. Die Internationale werde niemals zu einem »Völkerbrei« führen. An das internationale und nicht zuletzt an das heimische Publikum gerichtet, rief Vollmar aus: »Es ist nicht wahr, dass wir kein Vaterland haben.« Mayer gewann aufgrund seiner Gespräche mit Angehörigen der zur Hälfte aus Gewerkschaftsmitgliedern bestehenden deutschen Delegation den Eindruck, der »unfruchtbare Doktrinarismus des marxistischen Hohenpriesters« verfangen bei ihnen nicht mehr.¹⁴

Mayer sah nun Anzeichen für eine beweglichere Politik im Innern und nach außen, für ihn gleichbedeutend mit der Zukunftsfähigkeit der SPD. Ein Kernpunkt war die schon 1902 empfohlene Anerkennung von »Lassalles Versuch, den Sozialismus national zu gestalten«, in Verbindung mit dem Rat, auf Vandervelde zu hören, der einem »Arbeiterpatriotismus« das Wort redete. Die SPD dürfe sich dem nicht verschließen, um das »Gerede von ihrer Reichsfeindschaft und Vaterlandslosigkeit ein für alle Mal« verstummen zu lassen.¹⁵ Wie angebracht eine explizite Korrektur des marxistischen Internationalismus war, zeigt auch die Weisung von Reichskanzler Bernhard von Bülow, die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes solle anlässlich des Stuttgarter Kongresses der Internationale die »vaterlandslose und antinationale Gesinnung« der SPD herausstreichen.¹⁶ In der Konfrontation zwischen Obrigkeitsstaat und Arbeiterbewegung empfahl Mayer eine Art Vorleistung der SPD im Vertrauen darauf, damit die politische Lagerbildung aufbrechen zu können. Am nächsten kam diesen Vorstellungen aus Mayers Sicht Ludwig Frank, mit dem Mayer in freundschaftlichem Kontakt stand. Anders als Bebel hielt Mayer die partielle Kooperation der badischen SPD mit den Liberalen für angebracht, vergaß dabei aber nicht, wie »unentbehrlich« Bebel für den Zusammenhalt der Partei war. Dies habe der Jenaer Parteitag deutlich gezeigt, wie er Bebel zum Dank für ein Exemplar des zweiten Bandes von dessen Erinnerungen schrieb: »Ihrer Partei wünsche ich, dass Sie noch viele Jahre Ihren Einfluss ausüben können.«¹⁷

14 FZ v. 22. und 27.8.1907, 2. bzw. 3. Morgenblatt.

15 FZ v. 17.1.1902, 1. Morgenblatt.

16 *Dieter Groh/Peter Brandt*, »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 122.

17 Mayer an Bebel, 3.10.1911, IISG, NL Bebel, 130.

Einerseits war nicht zu übersehen, wie wichtig Bebels Autorität für die Integration der Partei immer noch war. Andererseits zeichnete sich das Ende der Ära Bebel ab. In seinem Kommentar zum Kopenhagener Kongress der Internationale beschrieb Mayer 1910 das Nebeneinander unterschiedlicher Strömungen und Zukunftserwartungen. Zwar stünden alle Anwesenden »auf dem Boden des Klassenkampfes«, eine Haltung, die sie wenigstens gedanklich miteinander verbinde. Diese Beobachtung hatte Mayer schon 1904 gemacht, als Jaurès und Bebel die Klängen kreuzten. Bei allen taktischen Meinungsunterschieden gebe es doch eine »Übereinstimmung des Gefühls und der Zielauffassung« unter den Führern der »Weltarbeiterschaft«. Von »Revolutionsromantik« war aber in Kopenhagen kaum etwas zu spüren. Vielmehr standen Fragen im Vordergrund, »die unmittelbar Bezug nahmen auf die Besserung des Loses der arbeitenden Klassen«. Mit Bedacht hob Mayer den Kongressbeitrag des Hamburger Gewerkschaftlers und Genossenschaftlers Adolph von Elm hervor. Dem »sozialdemokratischen Endziel« komme man näher, wenn man sich auf die »praktische Arbeit im Gegenwartsstaat« konzentriere.¹⁸

Insgesamt stellte Mayer der SPD kein gutes Zeugnis aus. Im internationalen Vergleich habe sich fortgesetzt, was schon 1907 in Stuttgart zu beobachten war, als Mayer »das Ende der Hegemonie der deutschen Sozialdemokratie in der Internationale« konstatierte.¹⁹ In Kopenhagen habe sich das äußere Erscheinungsbild eines Sinkflugs fortgesetzt. Die »stärkste Delegation spielte bei keinem Beratungsgegenstand eine treibende Rolle«. Mayer führte dies auch auf »Personalverschiebungen« in der SPD zurück. Die beiden Vorsitzenden Bebel und Paul Singer waren aus gesundheitlichen Gründen abwesend. Georg Ledebour und Hermann Molkenbuhr hätten als Redner eine »klägliche« Vorstellung gegeben.²⁰ Auch Victor Adler vermisste Bebel. Dem Kongress habe »der Glanz gefehlt – Du hast gefehlt«, schrieb er an Bebel.²¹ Adler gehörte auch zu den Kongressteilnehmern, die Mayer zu dessen im Vorjahr erschienenen Buch über Schweitzer gratulierten und sich

18 *Gustav Mayer*, Eindrücke vom internationalen Sozialistenkongress, in: Die Hilfe, 16, 1910, S. 584ff.; *Mayer* in FZ v. 24.8.1904, 2. Morgenblatt.

19 FZ v. 27.8.1907, 3. Morgenblatt.

20 *Mayer*, Eindrücke, 1910, S. 585.

21 Adler an Bebel, 14.9.1910, in: *Jürgen Schmidt*, August Bebel. Kaiser der Arbeiter, Zürich 1913, S. 217.

aner kennend äußerten. Zunehmend schälte sich in dieser Phase Mayers Rolle als Außenseiter heraus, der über zahlreiche Kontakte in alle Richtungen verfügte, ohne aber eine verbindliche Zugehörigkeit aufweisen zu können. Bei den Sozialdemokrat_innen galt er als bürgerlicher Intellektueller mit Sympathie für ihre politischen und sozialen Anliegen. Als Historiker machte er sich bei einigen Wissenschaftlern wie Erich Marcks, Hermann Oncken und nicht zuletzt Friedrich Meinecke langsam einen Namen, blieb in der Zunft mit seinen Themen und als Jude jedoch ein Fremder. Als Journalist hatte Mayer stets Vorbehalte gegen seinen Beruf gehegt, in Kopenhagen aber genoss er es, wenn die dänische Zeitung *Politiken* ein Porträt von ihm brachte und ihn als »Typus des modernen deutschen Journalisten« charakterisierte. Er sei ein »Freund und Bekannter der meisten führenden Sozialdemokraten« und bekomme »alles zu wissen, was hinter den Kulissen passiert«. ²²

Mayer verfolgte den Kopenhagener Kongress als freier Mitarbeiter der FZ, primär aber »im eigenen wissenschaftlichen Interesse«. ²³ Als Historiker nutzte er solche Gelegenheiten zu Interviews mit Zeitzeugen. Die Fragestellungen, denen er in einer erst vier Jahrzehnte zurückliegenden Geschichte nachging, besaßen in der Gegenwart ungeschmälerte Bedeutung. Dazu zählte er die »Möglichkeit eines Bündnisses von Liberalismus und Sozialdemokratie«, aber auch die »Abwägung zwischen der nationalen und der internationalen Wertung«, also das Verhältnis zwischen der nationalen Loyalität und der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung. Mayer versprach seiner Leserschaft, mittels seiner historischen Analyse besser zu verstehen, »woher und wie die Dogmen vom Klassenkampf, vom Klassenstaat, von der einen reaktionären Masse, vom Internationalismus« in die SPD »hineingekommen sind«. Er räumte ein, bei seiner Darstellung der von »Liebknecht und Bebel geführten international-demokratisch oder auch Marxistischen Partei, die über die Lassalleanische Organisation obsiegt«, eigene »politische Grundanschauungen nicht völlig draußen« gelassen zu haben. ²⁴

Auf die Geschichte ebenso wie auf die Gegenwart der SPD blickte Mayer, pointiert formuliert, durch die Brille Lassalles. Dessen Vorstellung von der Rolle des

22 *Politiken* v. 2.9.1910.

23 Mayer an Aby Warburg, 14.8.1910, Warburg Institute London, NL Warburg.

24 *Mayer*, Schweitzer, S. IVf.

Staats war aus Mayers Sicht zu Unrecht eine Absage erteilt worden. Damit ging einher, wie Mayer 1906 missbilligend anmerkte, dass es der Sozialdemokratie »nicht selten« gefalle, »mit einer gewissen internationalen oder sagen wir kosmopolitischen Blasiertheit auf die Regungen eines starken nationalen Gefühls und patriotischer Wallungen herabzublicken.«²⁵ Nach Kriegsbeginn schrieb Mayer anlässlich von Lassalles 50. Todestag über dessen politische Ausrichtung als »deutscher Sozialist« und feierte in überschwänglicher Weise die Rückbesinnung der SPD auf Lassalle. Sein »Geist« sei es gewesen, der die »Klassenpartei des deutschen Proletariats« aus der »Sackgasse« herausgeführt habe, in die sie sich »seit Jahren verrannt« habe. Jetzt aber stehe die SPD staatsbejahend ungeachtet aller »sozialen Gegensätze« zur Verteidigung »gegen den von Osten her drohenden Ansturm der Barbaren« bereit.²⁶

Mayer selbst litt darunter, sich nur publizistisch in das Kriegsgeschehen einbringen zu können, anders als sein politischer Freund Ludwig Frank, der als Freiwilliger zur Badischen Armee ging. Von dort schrieb er an Mayer, wie »glücklich« er sei, »all' das tätig miterleben zu dürfen«. War er früher ein bedingter Befürworter eines Generalstreiks zur Erlangung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts in Preußen gewesen, wollte er jetzt »für das preußische Wahlrecht einen Krieg« führen. Mayers Antwort erreichte Frank nicht mehr. Dieser fiel im Kampf an der Westfront. Wie Frank glaubte Mayer – das »Fiasko der Internationale vor Augen« –, die »deutsche Arbeiterbewegung« werde sich auf »nationaler Grundlage« entfalten.²⁷ Das Rückgrat erblickte Mayer in der »Macht der Gewerkschaften«. Die »überwältigende Masse des Proletariats« werde der »nationalen Fahne« folgen. Zugleich sei nicht auszuschließen, dass einige wie Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg »am Ende nicht in der Partei bleiben können.«²⁸

In der Anfangsphase des Krieges glaubte Mayer, Deutschland werde »in diesem Ringen auch vor der Geschichte als der Vorkämpfer der wahren Aufgaben euro-

25 Gustav Mayer, Die Lösung der deutschen Frage 1866 und die Arbeiterbewegung, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat, Bonn 1972, S. 125.

26 Gustav Mayer, Lassalle Redivivus, in: FZ v. 1.9.1914.

27 Frank an Mayer, 27.8.1914, und Mayer an Frank, 2.9.1914, in: Mayer, Erinnerungen, 1993, S. 210; Gottfried Niedhart (Hrsg.), Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, München 2009, S. 49, 316.

28 Mayer an Oncken, 12.11.1914, in: Mayer, Als deutsch-jüdischer Historiker, 2009, S. 324f.

päischer Gesittung dastehen.«²⁹ Innergesellschaftlich schien die Möglichkeit gegeben, »den Klassenstaat allmählich zu einem die Klassen enger verbindenden oder gar sie überwindenden Staat emporzubauen« und damit die Voraussetzung zu schaffen für die »Einbürgerung der deutschen Arbeiter in ihr Vaterland.«³⁰ Nicht nur die Arbeiterfrage könnte Mayer zufolge im Schmelztiegel des Krieges verschwinden. Er hegte auch die Hoffnung, dass die Judenfrage sich auflösen würde. Mayer brannte darauf, seinen persönlichen Beitrag dazu zu leisten und dadurch seinen sehnsuchtsvollen Wunsch lebendig zu halten, »noch näher heran an dieses deutsche Volk« zu finden. In dieser »gewaltigen Schicksalsstunde« ließ er seinem Verlangen freien Lauf, »aufzugehen in eine große Gemeinschaft, ganz im Gefühl eins mit ihr zu sein, von ihr anerkannt und beansprucht zu werden.«³¹

In den kommenden Jahren übernahm Mayer vorübergehend verschiedene Aufgaben in Verwaltung und Politik. Dies brachte ihn mit führenden Sozialdemokraten in Berührung. Grundsätzlich aber blieb er in Distanz zum politischen Leben. Im Unterschied zu Friedrich Ebert und Luxemburg, die seinem Jahrgang angehörten, strebte er zu keinem Zeitpunkt öffentliche Aufmerksamkeit an. Persönlich hatte er eine tiefsitzende Scheu, sich den Zwängen politischer Diskursgemeinschaften oder gar praktischer Politik auszusetzen. Seine Wahrnehmung des Politischen hing stark von Stimmungen und Lebensumständen ab. Als Journalist widmete er sich einem breiten Themenfeld und schrieb sowohl für den Politik- als auch den Wirtschaftsteil der Zeitung sowie das Feuilleton. In dem hier interessierenden Zeitraum nahm er immer wieder zur Lage und Politik der Sozialdemokratie Stellung, insgesamt aber war er eher ein sporadischer Beobachter der Arbeiterbewegung. Dabei registrierte er durchaus, was trotz differierender Politikansätze zu ihrer Kohäsion beitrug, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl als soziale Klasse und die Führungskraft Bebel. In erster Linie aber ging es ihm um die Frage, wie die SPD ihr Gewicht in der Politik stärker zur Geltung bringen könnte. Auch rückblickend kam er gelegentlich darauf zurück. Bebel habe es veräußt, »bei uns etwas der Fabian Society Analoges« zu begünstigen, meinte er im

29 Mayer an seine Schwester Gertrud Jaspers, 15.10.1914, in: ebd., S. 321.

30 *Gustav Mayer*, *Der deutsche Marxismus und der Krieg*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 43, 1916/17, S. 149, 161. Den Text schrieb Mayer Ende 1915.

31 Tagebucheintrag Mayers vom 8.1.1915; Mayer an seine Frau, 4.2.1915, in: Mayer, *Als deutsch-jüdischer Historiker*, S. 94, 338.

März 1924, als er besorgt dem Ausgang der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag entgegenschau und sich über die »Talentlosigkeit« der sozialdemokratischen »Führer« empörte.³² Gegen Ende seines Lebens im englischen Exil sprach er vom »Problem Bebel« als der anderen Seite des Problems Preußen. »Versagt« habe die Sozialdemokratie ebenso wie das Preußentum. Die Rededuelle Bebels mit Jaurès 1904 und 1907 seien »Knotenpunkte« gewesen. Bebel habe zu sehr an den »Mechanismus der Wahlziffern« geglaubt.³³

Weiterführende Literatur

Aldenhoff-Hübinger, Rita, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), Max Weber. Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung. Vorlesungen 1895–1898, Tübingen 2009, S. 1–37.

Barclay, David E./Weitz, Eric D. (Hrsg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York/Oxford 1998.

Lademacher, Horst, *Die Illusion vom Frieden. Die Zweite Internationale wider den Krieg 1889–1919*, Münster/New York 2018.

Maier, Dieter G., Ignaz Jastrow. Sozialliberale Positionen in Wissenschaft und Politik, Berlin 2010.

Mayer, Gustav, Radikalismus, Sozialismus und Bürgerliche Demokratie, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Frankfurt a. M. 1969.

Morina, Christina, *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt erobert*, München 2017.

Prellwitz, Jens, Jüdisches Erbe, sozialliberales Ethos, deutsche Nation: Gustav Mayer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 1998.

Sieg, Ulrich, Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe, Berlin 2001.

Prof. Dr. Gottfried Niedhart war bis zu seiner Pensionierung 2005 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Mannheim. Er hat Publikationen zur englischen und deutschen Geschichte sowie zur Geschichte der internationalen Beziehungen verfasst und bereitet derzeit eine Biografie über Gustav Mayer vor.

32 Mayer an den niederländischen Sozialdemokraten Pieter Troelstra, 15.3.1924, IISG, NL Troelstra.

33 Mayer an Benedikt Kautsky, 25.4.1947, IISG, NL Benedikt Kautsky, 19.

Mike Schmeitzner

Ein Medium der innerparteilichen Integration? Die Dresdner Tageszeitung der Arbeiter- bewegung als Fallbeispiel (1890–1914)

Die Geschichte der sozialdemokratischen Presse ist eng mit der Geschichte der Gesamtpartei verbunden: Kurze Zeit nach Gründung des von Ferdinand Lassalle geprägten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) folgte 1864 die Probenummer des *Social-Demokrat* als »erstes großzügiges Blatt der sozialistischen Bewegung«.¹ Bis zum Erlass des »Sozialistengesetzes« 1878 konnte die 1875 vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei auf 42 Zeitungen verweisen, die aber zum Teil als Folge der Unterdrückung wieder verloren gingen. Erst nach der Aufhebung des »Sozialistengesetzes« 1890 kam ein kontinuierliches Wachstum zustande. 1914 existierten 91 Blätter der SPD-Presse mit einer Abonnentenzahl von ca. 1,5 Millionen. Die Tageszeitung galt als wichtigstes Medium der Partei. Anders als in den Jahren nach 1918, wo die Sozialdemokratie Regierungsverantwortung wahrnahm, war die Presse der SPD zu dieser Zeit »vorrangig die Presse einer Protestpartei«.² Die gewaltig erscheinenden Zahlen überspielten jedoch die Tatsache, dass sich die sozialdemokratische Presse bis 1933 in einer klaren Minoritätsposition befand: Ihr Anteil am »deutschen Blätterwald«³ lag 1919 bei lediglich drei Prozent. Sie wurde also von den bürgerlichen Zeitungen konservativer, liberaler oder konfessioneller Couleur weit in den Schatten gestellt.

Allein deswegen war bis 1914 – zumal unter den Bedingungen des Kaiserreichs und in der Wachstumsphase – der Druck auf die einzelnen Blätter, ihre Redaktionen und Verlage enorm, Richtungskämpfe im eigenen Haus nicht offen eskalieren zu lassen oder gar mit Konkurrenzgründungen (wie nach 1917) zu institutionalisieren. Im Folgenden soll anhand der Dresdner Parteizeitung die nach innen

1 Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 100, 129.

2 Mike Meisner, Der Verein Arbeiterpresse (1900–1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure, Baden-Baden 2017, S. 29.

3 Koszyk, Presse, 1958, S. 129.

– also auf die innerparteilichen Strömungen und die eigene Klientel – gerichtete Integrationsfähigkeit von sozialdemokratischen Tageszeitungen und ihrer Redaktionen analysiert werden. Als Fallbeispiel dient hier die *Sächsische Arbeiter-Zeitung* (SAZ) beziehungsweise (nach ihrer Umbenennung 1908) die *Dresdner Volkszeitung* (DVZ), die, wie noch zu sehen sein wird, nicht durchweg als repräsentativ betrachtet werden kann. Die Analyse wird in drei Schritten (Einordnung, Profil, Integration) vorgenommen, um auch die Bedeutung und Entwicklung des Mediums kenntlich zu machen.

Einordnung

Die SAZ/DVZ gehörte zu den größten Regionalzeitungen der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 und – mit Abstrichen – auch bis 1933. Im Königreich Sachsen lag das Blatt gemessen an der Auflage gleichauf mit der *Leipziger Volkszeitung* der SPD, die mit Blick auf die innerparteiliche Bedeutung gewiss einen höheren Rang beanspruchen durfte. Hinsichtlich der Auflage und der Bedeutung rangierte die *Chemnitzer Volksstimme* an dritter Position. Im Jahr 1914 verzeichnete die DVZ mit acht ständigen Redaktionsmitgliedern eine tägliche »Auflage« von 50.000.⁴ Das war, selbst bis 1933, die höchste Auflage, die je erreicht werden konnte. Ab dem Zeitpunkt ihrer Gründung 1890 verbuchte die SAZ/DVZ ein kontinuierliches Wachstum: 1896 hatte das Blatt bereits 10.000 »Leser«, 1903 dann 20.000, 1907 32.000 und 1911 schon über 37.000.⁵ Regional deckte die Zeitung die Kreise Dresden-Altstadt, Dresden-Neustadt und Dresden-Land ab. 1908 wurden in Ostsachsen (Zittau, Meißen, Freiberg, Pirna) »Kopfbblätter« geschaffen und die SAZ in DVZ umbenannt.

Die SAZ/DVZ galt als das printmediale Herzstück des 1890 gegründeten Verlages Kaden & Comp. – benannt nach dem Dresdner »Urgestein« der SPD, dem langjährigen Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der zentralen Parteikontrollkommission August Kaden. Der parteieigene Verlag war mehr als nur der Druckort der Zeitung und Produzent von sozialdemokratischem Werbematerial. Anders

4 *Dresdner Volkszeitung*, in: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 3, 1914, Berlin 1914, S. 95.

5 *Gustav Riem*, Aus der Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Dresden 1911, S. 59. Wie aus dem Kontext des Artikels hervorgeht, waren »Leser« identisch mit »Abonnenten«. Es handelt sich also tatsächlich um die reale Auflagenhöhe.

als ähnlich gelagerte Verlage in Leipzig oder Chemnitz firmierte Kaden & Comp. bis zur Zerschlagung im März 1933 und Aneignung durch den NS-Gauverlag Sachsen (Mai 1933) auch als erste Adresse für (bedeutende) Belletristik und Sachbücher. Der Verlag punktete demnach mit »einem eigenständigen kulturpolitischen Schwerpunkt«⁶ und gehörte damit zu den wichtigsten regionalen Buchverlagen der SPD vor 1933.

Das spiegelte nicht zuletzt die »glänzende« Verlagsentwicklung wider:⁷ Bereits vor dem Ersten Weltkrieg darf Kaden & Comp. als kleines mittelständisches Unternehmen bezeichnet werden, das 1911 etwa 110 Beschäftigte hatte. Neben den acht Redaktionsmitgliedern, dem Geschäftsführer, fünf Buchhaltern, fünf Expedienten und elf Maschinensetzern fielen hier vor allem die 51 Schriftsetzer ins Gewicht. 1908 war der Verlag bereits derart liquide, dass er mit der Errichtung einer Druckerei in Zittau mit einem Anschaffungswert in Höhe von 200.000 Reichsmark auf Expansionskurs gehen konnte. Im Sommer 1913 bezog die DVZ-Redaktion direkt im altstädtischen Zentrum der sächsischen Residenz, am Wettiner Platz Nr. 10, das neu erbaute eigene Verlags- und Parteigebäude. Dies war der letzte erfolgreiche Schritt einer »negativen Integration« (Dieter Groh) ins Kaiserreich.

Doch wie schon mit Blick auf den Anteil der SPD-Presse an der Gesamtpresse des Reiches täuschen auch hier die bloßen Zahlen eine Erfolgsgeschichte vor, die relativiert werden muss. Denn in Dresden existierten mit dem nationalliberalen *Dresdner Anzeiger*, den konservativen *Dresdner Nachrichten* und den eher linksliberalen *Dresdner Neuesten Nachrichten* bedeutende Konkurrenzzeitungen. Das größte dieser Blätter, die *Dresdner Neuesten Nachrichten*, hatte mit einer Auflage von ca. 100.000 sogar die doppelte Reichweite der SAZ/DVZ. Zudem band dieses Blatt »(leider) viele Arbeiter«, wie die SAZ bedauernd schrieb. Sie warf den *Nachrichten* zudem »scheinbare Objektivität«⁸ vor. Dies dürfte aber nur die eine Seite der Medaille gewesen sein, der günstigere Preis pro Ausgabe und Monatsabonnement sowie der größere Umfang die andere Seite.

6 Mike Schmeitzner/Swen Steinberg, Arbeiterkultur in Sachsen. Milieu, Infrastruktur und Medien in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hesse/Holger Starke (Hrsg.), Arbeiter – Kultur – Geschichte. Arbeiterfotografie im Museum, Leipzig 2017, S. 97–136, hier S. 125.

7 Riem, Geschichte, 1911, S. 59f. Alle im Text genannten Zahlen beziehen sich hierauf.

8 Das unparteiische Blatt, in: SAZ v. 5.2.1907, S. 1.

Profil

Im Gegensatz zur linkssozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* (Chefredakteure: Franz Mehring und Paul Lensch) und zur rechtssozialdemokratischen *Chemnitzer Volksstimme* (Chefredakteure: Gustav Noske und Ernst Heilmann) kann die DVZ am Vorabend des Ersten Weltkriegs keinesfalls als innerparteilich profiliertes Richtungsorgan betrachtet werden. An der DVZ arbeiteten unmittelbar vor 1914 Redaktionsmitglieder der verschiedenen innerparteilichen Richtungen zusammen, wobei ein rechtszentristisches Profil erkennbar war. Insofern taugt gerade dieses Blatt als Untersuchungsgegenstand für die Frage der innerparteilichen Integration im Kaiserreich. Im veranschlagten Zeitraum 1890 bis 1914 waren bei der SAZ/DVZ beinahe sämtliche Richtungen innerhalb der SPD redaktionell vertreten, wobei die Fluktuation als außerordentlich hoch bezeichnet werden muss. Mindestens 25 angestellte Redaktionsmitglieder arbeiteten am Blatt, über eine Distanz von mindestens zehn Jahren hinweg jedoch nur Georg Gradnauer, Hermann Fleißner, Emil Nitzsche und Franz Diederich. Zwischen September und November 1898 war mit Rosa Luxemburg nicht nur eine Frau als Redakteurin, sondern auch als Chefredakteurin angestellt, was bis 1914 reichsweit singulär blieb.

Die innerparteiliche Verortung der Zeitung lässt sich in sechs Phasen einteilen, die deutlich machen, dass das Blatt für diese Zeit als Laboratorium der Sozialdemokratie gelten kann. Das zeigte sich bereits zu Anfang, als die Ende 1889 gegründete SAZ als eines der wenigen Organe der innerparteilichen »Jungen« für »überregionales Aufsehen«⁹ sorgte – und zwar wegen ihrer Parlamentskritik und ihrer gegen die Partei gerichteten Korruptionsvorwürfe. Daraufhin griff der Parteivorstand ein. In der Folge legte die Dresdner SPD das Blatt in die Hände August Kadens und profilierte die SAZ mit einer neuen Redaktion als Tageszeitung.

- 1.) 1889–1890 Organ der »Jungen« (Sommer, Teistler)
- 2.) 1890–1896 vorstandsloyal (Gradnauer, Eichhorn)
- 3.) 1896–1900 radikal linkes Profil (Parvus, Luxemburg, Ledebour)
- 4.) 1900–1903 Ruck nach rechts (Südekum, Block)
- 5.) 1903–1906 linkszentristisches Profil (Block, Fleißner, Diederich)

9 Frank Heidenreich, »... Das wichtigste Agitationsmittel für die Partei«. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Sachsen vor 1933, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 27, 1991, H. 2, S. 139–171, hier S. 147.

6.) 1906–1914 rechtszentristisches Profil (Gradnauer, Diederich, Fleißner)

Abgesehen von dem ersten kurzen Zwischenspiel ist jedoch in keiner dieser Phasen von einer redaktionellen Homogenität zu sprechen. Selbst in der dritten, radikal linken Phase arbeiteten am Blatt auch Redaktionsmitglieder, die klar reformsozialistisch orientiert waren. Über die Grenzen Sachsens hinaus erlangte die SAZ unter dem Einfluss von Alexander Helphand (Parvus) mit einer radikalen Anti-Bernstein-Haltung und der Propagierung einer »politischen Diktatur des Proletariats« Bedeutung.¹⁰ Zudem band Parvus mit Rosa Luxemburg und Georg Ledebour, die ihm als Chefredakteurin und Chefredakteur nachfolgten, sowie Konrad Haenisch als Redakteur profilierte Linke ans Blatt. Doch diese Zeit blieb nur ein Intermezzo, weil Parvus mit seiner »eigenartigen Redaktionsführung« und Ledebour mit seiner »Intransigenz« die Dominanz der Linken selbst verspielten. Dem »Redaktionskrach« folgte der Kehraus der radikalen Linken: Im Frühjahr 1900 verließen Ledebour, Eichhorn und Haenisch die Redaktion.¹¹ Nun kam die Stunde des Parteirechten Albert Südekum, der sich als Chefredakteur der *Fränkischen Tagespost* in Nürnberg hervorgetan hatte. Nach eigenem Bekunden war er fest entschlossen, »diesen katarrhalischen Radikalismus abzubauen und die Massen an das tändelnde Gängelband des Revisionismus zu nehmen«.¹²

Tatsächlich vermochte sich die SAZ mit einer neuen kommunalpolitischen Beilage, einer neuen Jugendzeitschrift und einem angesehenen Feuilleton »vorteilhaft« zu entwickeln und ihren Leserkreis auszudehnen.¹³ Auch nach Südekums Abgang im Sommer 1903 ließ sich der neue Redaktionskurs nicht mehr ohne Weiteres korrigieren: Gewiss konnte der von der *Leipziger Volkszeitung* gekommene Hans Block als Chefredakteur linkszentristische Akzente setzen. Doch gelang es Georg Gradnauer ab 1906 und im Verein mit dem neuen Feuilletonchef Franz Diederich, einem im Milieu der sozialistischen Bewegung »einflussreichen Schriftsteller«¹⁴, das Blatt rechtszentristisch zu profilieren. Gerade Diederich war derje-

10 Parvus, Apostata Bernstein (Schluss), in: SAZ v. 4.6.1899 (1. Beilage).

11 Simone Ratz, Georg Ledebour 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969, S. 40, 59.

12 Zitiert nach Max Bloch, Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009, S. 67.

13 Ebd.

14 Swen Steinberg, »Karl Herschowitz kehrt heim«. Der Schriftsteller-Journalist Edgar Hahnwald zwischen sächsischer Identität und der Heimat im Exil. Mit einer kritischen Edition, Berlin 2016, S. 16.

nige, der mit Edgar Hahnewald und Robert Grötzsch sowohl literarisch ambitionierte wie reformsozialistisch orientierte Sozialdemokraten anzog. Allerdings blieben Redakteure wie Hermann Fleißner, der eben auch SPD-Bezirksvorsitzender von Dresden-Ostsachsen war, im Blatt in einflussreicher Position. Während Gradnauer mit seinen Leitartikeln die Richtung dominierte, vermochte Fleißner auch die Auffassungen des linkszentristischen und selbst des äußersten linken Flügels abzubilden.

Trotz oder vielleicht sogar wegen der redaktionellen Heterogenität bot das Blatt richtungsweisenden Redaktionsmitgliedern vor 1914 hervorragende Aufstiegsmöglichkeiten: Mehrere von ihnen nutzten ihre Verankerung in der SAZ/DVZ als Sprungbrett für eine Anstellung am Berliner SPD-Zentralorgan *Vorwärts*. Georg Gradnauer avancierte dort 1897 zu einem der beiden leitenden politischen Redakteure (ergänzt durch Kurt Eisner, der ein Jahr später dazustieß); Gradnauer blieb dort bis zum »Vorwärts-Krach« von 1905, in dessen Folge der größte Teil der Redaktion entlassen wurde. Auch für Hans Block, Heinrich Wetzker und Franz Diederich war die SAZ/DVZ eine wichtige Durchlaufstation auf dem Weg in die Redaktion des *Vorwärts*. Im Falle Diederichs, der zehn Jahre das Feuilleton der SAZ/DVZ geleitet hatte, war dies Aufstieg und Endstation zugleich: Er wurde regelrecht abgeworben, um das *Vorwärts*-Feuilleton auf ein ähnlich hohes Niveau zu heben wie das der DVZ. Er blieb bis zu seinem frühen Tod 1921 der wichtigste Redakteur und Publizist an der Seite Friedrich Stampfers.

Bis Anfang der 1920er-Jahre galt die Redaktion der SAZ/DVZ zudem als bedeutende Etappe für Parlaments- und Ministerkarrieren in Sachsen, wie die Fälle Gradnauer (Reichstag, Ministerpräsident, Reichsinnenminister), Hermann Fleißner (Landtag, Reichstag, Minister) und Emil Nitzsche (Landtag, Minister) zeigen. Auf die Karrieren der vormaligen SAZ-Redaktionsangehörigen Rosa Luxemburg, Georg Ledebour, Emil Eichhorn, Konrad Haenisch oder Albert Südekum soll hier nicht näher eingegangen werden, sie dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Nur so viel sei gesagt: Haenisch und Südekum wurden preußische Minister. Luxemburg gehörte zu den Gründungsmitgliedern der KPD, Ledebour zu jenen der USPD, zudem wurde er deren Vorsitzender.

Integration

Wie wirkte nun die Zeitung als Medium der Integration – und zwar mit Blick auf die Mitglieder sowie Anhängerschaft der SPD *und* auf die Redaktion selbst? Zunächst: Redaktion und Zeitung profitierten ab 1890 ganz wesentlich von der inneren Verfassung des Königreichs Sachsen als »Musterland der Reaktion«. In kaum einem anderen Land des Deutschen Reichs standen sich die politischen Lager unversöhnlicher gegenüber als in Sachsen. Das hatte zum einen mit der fortgeschrittenen industriellen Entwicklung und dem dadurch bedingten starken Wachstum der industriellen Arbeiterschaft zu tun und zum anderen mit dem vorherrschenden Protestantismus. Ein nennenswertes katholisches Milieu existierte nicht, folglich auch keine ausgleichende katholische Zentrumsparterie mit starken christlichen Gewerkschaften. In Sachsen gelang es der Sozialdemokratie aus diesen Gründen beinahe idealtypisch, eigene Vorfeldorganisationen und Vereinskulturen auszuprägen. Die Gräben zwischen dem sozialistisch-proletarischen und dem bürgerlich-protestantischen Lager verliefen auch deshalb hier so tief.

Auch wenn an anderer Stelle dieses Bandes noch auf Wahlkämpfe und Wahlrechtskämpfe eingegangen wird, soll doch in diesem Kontext wenigstens auf einen wichtigen Punkt verwiesen werden, der die Kluft zwischen den politischen Lagern entscheidend vertiefte: Die Konservativen begegneten den seit 1890 anhaltenden Wahlerfolgen der SPD – 1903 gewann die Partei 22 von 23 Reichstagswahlkreisen, womit Sachsen als »rotes Königreich« galt – schon 1896 mit einer fundamentalen Wahlrechtseinschränkung. Sie führten faktisch das preußische Dreiklassenwahlrecht im Königreich ein und schlossen damit auf mittlere Sicht die SPD aus dem Landtag aus. Somit bestand Anfang des 20. Jahrhunderts das Paradoxon, dass die SPD bei Reichs- und Landtagswahlen bis zu 60 Prozent der Stimmen erzielen konnte, aber nur auf Reichsebene auch so viele Sitze erhielt und damit ein entsprechendes Maß an parlamentarischem Einfluss erlangte. Der Kampf gegen den »Wahlrechtsraub« von 1896 und für ein demokratisches Wahlrecht förderte ganz entscheidend den inneren Zusammenhalt der Sozialdemokratie.

Die (politische) Entwicklung des Königreichs hatte immense Rückwirkungen auf den Kurs der SAZ/DVZ und damit auch auf die Erreichbarkeit von proletarischem Protestpotenzial. Es war eben kein Zufall, dass im Jahr des »Wahlrechtsraubs« die redaktionelle Zusammensetzung der Zeitung und damit auch deren Ausrichtung

mehrheitlich nach linksaußen »korrigiert« wurde. Der »Klassenkampf von oben« provozierte geradezu den »Klassenkampf von unten« und die Betonung des sozialistischen Endziels. Dies wirkte in den darauffolgenden Jahren in weiten Teilen des Proletariats integrativ, wie auch die sozialdemokratische Preßkommission und die Kreisvorstände der Partei befanden. 1900/1906 kam es schließlich erneut zu einer Kursänderung. Sie beruhte zum einen auf der Selbstausschaltung der radikalen Linken in der SAZ-Redaktion und auf dem Einfluss der reformsozialistischen Chefredakteure Südekum und Gradnauer; zum anderen ist sie auf die wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen, die sozialrevolutionäre Umbrüche obsolet erschienen ließ. Zudem wurde der gewerkschaftliche Einfluss immer stärker. Nicht zuletzt setzten nun auch Wahlrechtsmodifizierungen ein. Die SAZ/DVZ verfolgte jetzt einen dominierenden rechtszentristischen Kurs (mit der Befürwortung von Budgetzustimmungen durch die Fraktion). Diese Entscheidung *und* die Heterogenität der Redaktion sicherten dem Blatt kurz vor 1914 weiterhin einen erheblichen Einfluss auf relevante Teile der Arbeiterschaft und die Integration von eher linksstehenden Gruppen der Partei.

Entscheidend war vor allem, dass das Dresdner Blatt immer Medium des eigenen Milieus und damit der proletarisch-sozialistischen Gegenkultur blieb. Hatte sich die SAZ noch 1907 über einen (größeren) Teil der Arbeiterschaft ereifert, der das eigene Blatt nicht las, konnte die Zeitung auch dank ihrer Professionalisierung und der Erweiterung des redaktionellen Spektrums bis 1914 ein größeres proletarisches Lesepublikum an sich binden. Sie avancierte zur sozialen Ratgeberin par excellence und bildete das Scharnier zwischen der Partei und den immer stärker ausgeprägten Vorfeldorganisationen, über die sie permanent und mit eigenen Rubriken berichtete. Angesprochen wurden auf diese Weise Mitglieder der Gewerkschaften und der Genossenschaften, aber ebenso kommunalpolitisch wie jugendpolitisch Interessierte. Über das Feuilleton wurde nicht nur einfach ein Bildungsideal vermittelt: Bereits vor 1914 entwickelte sich die SAZ/DVZ zu einer der ganz wenigen Vermittlungsinstanzen für proletarische Kinder- und Jugendliteratur im Reich – und das hatte vor allem mit Redakteuren wie Edgar Hahnwald und Robert Grötzsch zu tun.

Für die Integration nach innen – mit Blick auf die durchweg heterogen zusammengesetzte Redaktion – war die Tatsache entscheidend, dass sich (fast) alle Re-

daktionsmitglieder der juristischen Verfolgung ausgesetzt sahen, die verstärkt ab 1890/91 einsetzte, als die publizistische Reichweite der SAZ sich vergrößerte. Die Dresdner Justiz machte keine Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Anhängerschaften innerparteilicher Richtungen. Im Gegenteil: Bis 1896 – und damit bis zu seinem Ausscheiden aus der SAZ – war der »Rechte« Gradnauer der am stärksten verfolgte und am häufigsten zu Gefängnisstrafen verurteilte Redakteur der Zeitung. Mehrfach wurde er in spektakulären Prozessen selbst von der Militärgerichtsbarkeit abgeurteilt; August Bebels im Reichstag geäußerte Proteste gegen eben diese Prozesse haben Gradnauer reichsweit überhaupt erst bekannt gemacht. Die Redaktion der SAZ war zudem von Ausweisungen aus dem Königreich Sachsen betroffen. 1898 wurde dieses Instrument gegen zwei Redakteure angewandt, die weder deutsche noch sächsische Staatsbürger waren: Parvus und Julius Marschlewski – beide entschiedene Verfechter des äußersten linken Flügels. Seine Ausweisung hinderte Parvus jedoch nicht daran, aus dem Münchner »Exil« weiter für die SAZ zu schreiben.

Ganz entscheidende Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Redaktion hatte vor allem der in Dresden und Ostsachsen besonders virulente Antisemitismus, dem gleich mehrere Redaktionsmitglieder verschiedener innerparteilicher Richtungen ausgesetzt waren. Die antisemitische Reformpartei, die in diesen Regionen ihre Hochburgen hatte und 1893 und 1898 dort mehrere Reichstagsmandate direkt gewinnen konnte, lancierte ihre antisemitische Hetze über ihr sächsisches Leitmedium *Deutsche Wacht*, das in unflätigster Weise die SAZ-Redakteure jüdischer Herkunft attackierte. Im Fokus standen besonders Gradnauer, Parvus und Marschlewski. Verschwörungsmymen und Feindbildkonstruktionen griffen dabei ineinander: Für die *Deutsche Wacht* waren die Genannten nur mehr »eingewanderte Kleinasiaten«, die den »Thron der Wettiner zertrümmern« wollten und die – als »russische Juden« – die »geheimen Führer und Treiber der Sozialdemokratie« seien.¹⁵ Für Gradnauer bedeutete das antisemitische »Outing« von 1893 die Overtüre für 50 Jahre anhaltende antisemitische Kampagnen, die erst mit seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt 1945 endeten.

15 Zit. nach *Mike Schmeitzner*, »Deutsche Wacht« und »Tintenjuden«. Antisemiten und Sozialdemokraten im Kampf um die politische Macht in Dresden 1893–1903, in: *Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte*, 22, 2004, Nr. 80, S. 36–44, hier S. 39.

Für den innerparteilichen »Kitt« sorgte bis zu seinem Tod 1913 auch das bereits mehrfach erwähnte »Urgestein« der Dresdner SPD, August Kaden, der sich – ohne selbst innerparteilicher Richtungsführer zu sein – fast durchgehend als Wahrer der Parteieinheit zu profilieren vermochte.

Übergeht man das Zwischenspiel mit den »Jungen« von 1889/90, dann bleibt vor allem ein Konflikt in Erinnerung, der auch öffentlich sichtbar eskalierte: Gemeint ist die Auseinandersetzung zwischen Luxemburg und Gradnauer 1898, welche die innerparteiliche Frontenbildung ebenso offenbarte wie die gegenseitige persönliche Aversion der beiden. Bemerkenswert war dabei der Umstand, dass Luxemburg für ihre Angriffe auf Gradnauer die SAZ als Plattform nutzte, Gradnauer wiederum den *Vorwärts*, um sich mit ebenso scharfer Klinge zu verteidigen. Dass sich der Dresdner Reichstagsabgeordnete und *Vorwärts*-Redakteur am Ende durchsetzte und Luxemburg ihr Amt als Chefredakteurin der SAZ niederlegte, hatte auch mit einem Loyalitäts- und Transparenzkonflikt zu tun, der den innerparteilichen Richtungskampf überwölbte: Mehrere SAZ-Redakteure kündigten Luxemburg im *Vorwärts* (!) die Loyalität auf, weil diese eine Replik Gradnauers nicht einmal im Redaktionskollegium bekannt gemacht hatte. Zu dieser Gruppe zählte im Übrigen auch der innerparteiliche Linke Emil Eichhorn.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die (innerparteiliche) Integration im Fall der SAZ/DVZ vor allem durch äußere Faktoren gewährleistet werden konnte: Für Sachsen entscheidend war dabei die besondere gesellschaftliche Spaltung, die aufgrund der Einführung des Dreiklassenwahlrechts noch verschärft wurde. Ins Gewicht fiel ebenso der virulente Antisemitismus, dem sich führende Redaktionsmitglieder ausgesetzt sahen. Zuletzt ist auf den juristischen und polizeilichen Verfolgungsdruck zu verweisen, der ganz ähnlich auch auf allen anderen sozialdemokratischen Redaktionen lastete. All diese Punkte dämpften die innerparteilichen Richtungskämpfe und stärkten die Integration durch das Medium Zeitung, das wiederum selbst auf gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen reagierte. Zuletzt ist die Tatsache zu konstatieren, dass die Redaktionsspitze der DVZ ab August 1914 vergleichsweise zurückhaltend über den Krieg berichtete – und nicht wie die *Chemnitzer Volksstimme* offen nationalistisch. Die

Heterogenität der Redaktion (Gradnauer, Fleißner) hatte dazu wohl entscheidend beigetragen. Diese hatte – mit Simone Lässig gesprochen – in der entscheidenden Stunde einen »kühlen Kopf« behalten.¹⁶

Weiterführende Literatur

Bloch, Max, Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009.

Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 3, 1914, Berlin 1914.

Heidenreich, Frank, »...Das wichtigste Agitationsmittel für die Partei«. Zur Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Sachsen vor 1933, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 27, 1991, H. 2, S. 139–171.

Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.

Lässig, Simone, »Mit jeder Faser seines Lebens gehörte er zur Arbeiterbewegung«. August Kaden (1850–1913), in: *Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph* (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 83–100.

Lässig, Simone, Sozialdemokratisches Friedensengagement, Julikrise und der 4. August 1914 in Ostsachsen, in: *Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph* (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 147–170.

Meißner, Mike, Der Verein Arbeiterpresse (1900–1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure, Baden-Baden 2017.

Ratz, Simone, Georg Ledebour 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969.

Riem, Gustav, Aus der Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Dresden 1911.

Schmeitzner, Mike, »Deutsche Wacht« und »Tintenjuden«. Antisemiten und Sozialdemokraten im Kampf um die politische Macht in Dresden 1893–1903, in: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, 22, 2004, Nr. 80, S. 36–44.

¹⁶ *Simone Lässig*, Sozialdemokratisches Friedensengagement, Julikrise und der 4. August 1914 in Ostsachsen, in: *Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph* (Hrsg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 147–170, hier S. 159.

Schmeitzner, Mike/Steinberg, Swen, Arbeiterkultur in Sachsen. Milieu, Infrastruktur und Medien in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hesse/Holger Starke (Hrsg.), Arbeiter – Kultur – Geschichte. Arbeiterfotografie im Museum, Leipzig 2017, S. 97–136.

Steinberg, Swen, »Karl Herschowitz kehrt heim«. Der Schriftsteller-Journalist Edgar Hahnwald zwischen sächsischer Identität und der Heimat im Exil. Mit einer kritischen Edition, Berlin 2016.

Prof. Dr. Mike Schmeitzner studierte in Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften und ist seit 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Mike Schmeitzner promovierte 1999 und erlangte 2013 seine Habilitation. Seit 2018 ist er außerplanmäßiger Professor für das Fachgebiet Neuere und Neueste Geschichte an der TU Dresden.

Walter Mühlhausen

Geschlossenheit als Handlungsprinzip – Friedrich Ebert als Parteiführer

Am 21. Dezember 1915 kam es im Reichstag zu einem für die allgemeine Öffentlichkeit überraschenden, für die Geschichte der SPD signifikanten Ereignis: Während die Mehrzahl der SPD-Abgeordneten getreu der bei Kriegsbeginn beschlossenen Burgfriedenspolitik weiterhin den Kriegskrediten zustimmte, lehnten dies 20 Mitglieder der Fraktion nach einer Sondererklärung ab. Weitere 22 Opponenten verließen stillschweigend den Saal, um dem Votum auszuweichen. Das geschah alles ohne Vorwarnung, auch wenn tags zuvor in der Fraktion von der Minderheit die Freigabe der Abstimmung gefordert, dies aber mehrheitlich mit 66 gegen 21 Stimmen abgelehnt worden war. Der Schritt der gegen die Burgfriedenspolitik opponierenden Minderheit schien zum Bruch der SPD-Fraktion, wenn nicht gar der Partei, zu führen. Denn mit dieser offenen Aktion auf der Bühne des Reichstags war das grundlegende Prinzip des geschlossenen Auftretens durchbrochen. Auf der tags zuvor stattgefundenen Fraktionssitzung hatte Friedrich Ebert, einer der beiden Vorsitzenden der SPD, seinem Mitvorsitzenden Hugo Haase, der auf der Seite der Burgfriedensgegner stand, gemahnt: »Wer an der Spitze der Partei steht, hat die Partei zusammenzuhalten. Das ist das Bebel'sche Vermächtnis an uns. Seine letzte Bitte, die auch Haase kennt, ging dahin.«¹ Mit diesen Worten verwies Ebert seinen Kollegen, mit dem er seit 1913 gemeinsam an der Spitze der SPD stand, auf einen Grundpfeiler des sozialdemokratischen Parteilebens: die Geschlossenheit der Organisation und die einheitliche Aktion nach außen. Er erinnerte Haase an dessen Rede auf dem Parteitag 1910, wo er selbst betont hatte, es zerstöre das »Grundgesetz« einer jeden Gemeinschaft, wenn einzelnen Mitgliedern gestattet werde, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln. Weiter betonte Ebert:

1 Friedrich Ebert auf der Fraktionssitzung am 20. Dezember 1915, in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, bearb. von *Erich Matthias* und *Eberhard Pikart*, Teil 2, Düsseldorf 1966, S. 121, das nachfolgende Zitat S. 122.

»Wenn das geschlossene Auftreten der Partei das Grundgesetz der Partei ist, dann muss der Mann, der an der Spitze steht, zu diesem Grundgesetz halten. Dann erfordert sein Amt und das Interesse der Gesamtpartei, dass er seine persönliche Auffassung zurückstellt. Das gilt für uns alle. Wir sind hier Vertrauensmänner der Partei, und wir sind verpflichtet, die Einheit aufrechtzuerhalten.«

Wenn Ebert dieses von ihm als Grundgesetz definierte geschlossene Auftreten zum Vermächtnis seines im August 1913 verstorbenen Vorgängers August Bebel erklärte, spielte er damit auch auf dessen Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag im Jahr 1910 an. Bebel hatte in der Auseinandersetzung um die Frage der Budgetbewilligung in seinem eröffnenden Referat herausgestrichen, dass ohne »die Fügung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit [...] ein Parteileben unmöglich« sei. Auch »eine ziemlich starke Minorität, die anderer Meinung ist«, müsse sich »der Majorität fügen«, betonte der als »Arbeiterkaiser« verehrte Parteiführer.²

Auf dem Parteitag zwei Jahre zuvor in Nürnberg hatte Ebert, als er anstelle des kränkelnden Bebel das Schlusswort des Parteivorstands hielt, auch zur Budgetbewilligung Stellung bezogen, mit der im Süden des Reiches Fraktionen gegen die offizielle Parteilinie verstoßen hatten, diesem »System keinen Mann und keinen Groschen« zu gewähren. Ebert stilisierte die Anerkennung allgemeingültiger Grundsätze für politisches Handeln zu einer prinzipiellen Frage der Parteiräson:

»Die Geschlossenheit der Partei ist die Vorbedingung für unseren Erfolg. Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagsbeschlüsse von jedem Einzelnen. Wenn das nicht mehr geschieht, dann kommen wir zur Desorganisation, dann kommen wir zu anarchischen Zuständen, dann ist die Aktionskraft, die Schlagkraft der Partei gelähmt.«³

Damit formulierte der aus einer Heidelberger Kleinhandwerkerfamilie stammende Ebert jene Maxime, die ihn in der Parteiführung ab 1905 und auch als SPD-Vorsitzender seit 1913 leiten sollte. Das geschlossene Auftreten der Partei nach außen war und blieb für ihn oberstes Gebot; das galt auch und vor allem in den Jahren des Weltkriegs. Für den reformpolitischen Pragmatiker Ebert war die Einheit ein

2 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910 (Nachdruck Berlin/Bonn 1984), S. 239.

3 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908 (Nachdruck Berlin/Bonn 1982), S. 413.

unverrückbares Prinzip einer politischen Organisation. Nur eine einig agierende Partei konnte dem kaiserlichen Klassenstaat Reformen abringen.

Als Sendbote des Parteivorstands hielt Ebert wankelmütige Organisationen draußen im Lande zur Einhaltung der Parteitagsbeschlüsse an. Das geschah auf zahlreichen Landesparteitagen oder Sonderkonferenzen, wo er im Auftrag des Vorstands Linientreue herzustellen versuchte. Bei Konflikten in den Landesorganisationen zwischen Radikalen und Reformern trat er oftmals als Schlichter auf. Dieses »Schiedsrichtern« war tatsächlich »ein saures Geschäft«, wie Bebel schrieb, als Ebert sich wieder einmal aufmachte, den württembergischen Brandherd zu löschen.⁴ Eberts Rolle verlangte einiges Fingerspitzengefühl, damit die Sache nicht ganz aus dem Ruder lief und der Schlichter nicht selbst zum Objekt der Kritik wurde. Es hieß, beide Seiten einigermaßen zufriedenzustellen, ohne von den Grundprinzipien der Partei abzurücken. Das gelang Ebert freilich nicht immer, besonders wenn die Fronten derart verhärtet waren wie im württembergischen Parteistreit zwischen den Reformisten um Wilhelm Keil und den Radikalen um Friedrich Westmeyer.

Geschlossenheit nach außen galt auch schon für den aufsteigenden regionalen Bremer Parteiführer als Leitlinie. Ebert missbilligte die bis ins Persönliche reichenden Kontroversen auf den jährlichen Parteitagen wie die 1903 in Dresden erneut aufgekochte Revisionismus-Debatte: »Wenn wir in Zukunft schmutzige Wäsche zu waschen haben, so gehen wir damit besser in die Waschküche, aber nicht in die Öffentlichkeit.« Das machte er sich zur Richtschnur. Theoretische Scharmützel würden die Aktionsfähigkeit der Partei lähmen. Zwar müsse die Theorie Kompass des Handelns sein, aber es gehe doch vornehmlich um die praktische Arbeit »im Interesse unsrer Bestrebungen«.⁵

Das hieß nicht, dass die Partei nicht hart um den gemeinsamen Kurs ringen sollte, wenn im Wettstreit der Meinungen Programm, Strategie und Taktik festzulegen waren. Dieser innerparteiliche Diskurs war nachgerade das Lebenselixier der Bewegung – aber: Wenn einmal ein gemeinsamer Kurs gefunden war, hatten alle

4 So Bebel an Luise Kautsky am 25. Juni 1911, als Ebert in Stuttgart im württembergischen Parteistreit »schiedsrichtern« sollte, in: *Karl Kautsky* (Hrsg.), August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, Assen 1971, S. 263.

5 Bremer Bürger-Zeitung Nr. 231 v. 3.10.1903.

diesen Konsens nach außen zu befolgen und zu verteidigen und nicht bei jeder Gelegenheit wieder zur Disposition zu stellen. Natürlich konnte die Minderheit die Werbetrommel für ihre Haltung rühren und intern auf allen Ebenen dafür kämpfen. Und wenn dann die Minderheitenmeinung zur Mehrheitsmeinung werden würde, dann gelte das gleiche wie zuvor: Die vormalige Mehrheit müsse nun die von der neuen Mehrheit vertretenen und gemeinhin beschlossenen Strategien und Programmatiken anerkennen und danach handeln.

Als Vertreter der vor dem Weltkrieg immer stärker dominierenden zweiten Generation von Arbeiterführern innerhalb der SPD heiligte Ebert die Organisation. Seine Alterskohorte besaß eine weit größere Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit in das politische System als die Vorgängergeneration der Parteigründer um August Bebel und Paul Singer. Das Weltbild der Jüngeren hatte sich nach dem 1890 ausgelaufenen »Sozialistengesetz« in einer intakten und rasch wachsenden Organisation geformt und verfestigt. Aus der durch gesellschaftliche Ausgrenzung, Legalitätskurs und Wachstum bedingten Binnenorientierung auf die Partei entwickelte sich ein ausgeprägter Organisationspatriotismus, ja nachgerade ein »Organisationsfetischismus«.⁶ Mit anderen Worten: Nicht die *Bewegung* war alles, sondern die *Organisation*. Und für diese Organisation musste es ein festes programmatisches Fundament geben, das von allen akzeptiert und jederzeit im Handeln in der Öffentlichkeit zur Richtschnur genommen wurde.

Die Einheit der Organisation war die Stärke der Sozialdemokratie. In Deutschland hatte sich nicht zuletzt aufgrund der »verspäteten« Reichsgründung und der Repression durch Staat und Gesellschaft eine einzige zentralistische sozialdemokratische Partei herausgebildet, die eben durch diese Organisation nachgerade befähigt war, innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung eine führende Rolle zu übernehmen. Die Einheit war und blieb für Ebert Grundstock politischer Macht. In dem Glauben an die eigene Stärke hielt er das monarchische System für reformierbar. Aber dazu bedurfte es einer geschlossen auftretenden SPD, die sich nicht in lähmenden Strategie- und Theoriediskussionen, schon gar nicht in der Öffentlichkeit, selbst zerfleischte. Dauerhafte Theoriedebatten und -kontroversen beschädigten die Einheit und das einheitliche Auftreten nach außen. Für

6 Ausdruck bei *Hans-Josef Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 5. Aufl., Berlin/Bonn 1979, S. 61.

Ebert war die Einheit der Partei der Wert an sich, dem sich alle in der SPD, egal welcher Richtung sie angehörten, unterzuordnen hatten.

Dieses Prinzip leitete ihn auch in der Kriegszeit im Konflikt um die Burgfriedenspolitik, als er frühes Drängen der Parteirechten abwehrte, die Gegner der Kreditbewilligung als lästigen Ballast rauszuwerfen. Im August 1914 hatte die SPD nach außen hin Geschlossenheit demonstriert, als die Reichstagsmitglieder im Plenum einheitlich für die Kredite votierten, nachdem man sich tags zuvor in der Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen dazu entschlossen und sich auch sogleich gegen 24 Stimmen auf Fraktionszwang geeinigt hatte. Damit wurde der Burgfrieden besiegelt, der Verzicht auf Aktionen gegen die Regierung, die im Gegenzug nichts gegen die Sozialdemokratie unternahm. Die vorausgegangene interne Debatte deutete aber schon an, dass in dieser für die nächsten Jahre zentralen Frage keine Einigkeit herrschte.

Im Kampf um die organisatorische Einheit der Partei beharrte Ebert konsequent und beinahe schon starrköpfig auf Einhaltung der vor allem von der innerparteilichen Opposition immer mehr als Fessel empfundenen Disziplin. Erst als die Burgfriedensgegner diese Disziplin durch das offene Auftreten im Reichstag verletzten, war auch für Ebert das gemeinsame Tischtuch zerschnitten. Aber bis dahin suchte er die Fraktion und damit die Partei unter allen Umständen zusammenzuhalten.

Als Karl Liebknecht im Dezember 1914 im Reichstag als Erster gegen die Kredite gestimmt hatte, kritisierte Ebert auf der Fraktionssitzung Anfang Februar 1915 zwar diesen Alleingang, wies aber den von Gewerkschaftsführer Carl Legien vorgebrachten Antrag auf Ausschluss des Dissidenten im Einvernehmen mit der Mehrheit der Fraktion zurück. Wenn auch der rechte Flügel Liebknechts Vorpreschen als denkbar schwersten »Bruch der Disziplin in einer politischen Frage ersten Ranges« wertete, so war das für den Parteivorsitzenden Ebert kein hinreichender Grund, den Opponenten zu verbannen.⁷ Er wollte die Minderheit, auch den radikalen Flügel, unter allen Umständen in der Partei halten, ohne freilich von der grundlegenden Position des August 1914 abzurücken. Das kam einem Spagat gleich, den durchzuhalten immer schwieriger wurde.

⁷ Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, bearb. von *Susanne Miller* in Verbindung mit *Erich Matthias*, Düsseldorf 1966, S. 82, Eintragung vom 5. Dezember 1914.

Unter dieser Zielrichtung, die Einheit zu bewahren, stand auch Eberts Agieren in personeller Hinsicht. Bei der Wahl des Nachfolgers für den aus dem Fraktionsvorstand ausgeschiedenen, dem linken Flügel zuzuordnenden Georg Ledebour trat Ebert für den Offenbacher Gustav Hoch ein, ebenfalls ein Mann vom linken Flügel. Damit stellte sich Ebert gegen den zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Robert Schmidt, der vom rechten Parteiflügel vorgeschlagen worden war. Gustav Hoch wurde schließlich am 3. Februar 1915 mit knapper Mehrheit (52 zu 48 Stimmen) gewählt. Dieses hier zum Ausdruck kommende »Zusammenleimen« brachte Ebert geharnischte Vorwürfe der Rechten ein.⁸ Sie missbilligten seinen Kampf um die Einheit als unberechenbare Schaukelpolitik, welche die notwendigen Konsequenzen scheute.⁹ Das war sie aber nicht. Ebert musste vorsichtig lavigieren, wenn er die Mehrheit der Kreditbewilligung zusammenhalten wollte. Und er musste schon allein um des geschlossenen Bildes nach außen willen jede Stimme für die Kreditbewilligung sichern, »krümelten« doch, wie Wolfgang Heine vom rechten Flügel an das reformistische Urgestein aus Bayern, Georg von Vollmar, bereits im August 1915 schrieb, immer mehr Leute ab.¹⁰ Heine zufolge ging es für Ebert schon wegen des äußeren Eindrucks darum, jede Stimme für die Kreditbewilligung zu erhalten.

Ebert stand voll und ganz hinter dem nochmals festgeschriebenen Prinzip, trotz divergierender Meinungen nach außen hin geschlossen aufzutreten. Das Votum der Fraktion im Reichstag hatte einstimmig zu erfolgen; diejenigen aber, welche die Mehrheitsentscheidung nicht mittragen wollten, durften der eigentlichen Abstimmung ohne großes Aufsehen fernbleiben. Das beschloss die Fraktion im Februar 1915 mit überwältigender Mehrheit.¹¹

Zunächst schien dieses Verfahren ein gangbarer Mittelweg zu sein. Ende November 1915 aber forderten im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Interpellation an den Reichskanzler, Auskunft über eventuelle deutsche Bedingungen

8 Die Reichstagsfraktion 2, 1966, S. 34. Zum Eintreten von Ebert für Hoch vgl. *Wilhelm Dittmann*, Erinnerungen, bearb. und eingeleitet von *Jürgen Rojahn*, Bd. 2, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 292.

9 *Wolfgang Heine*, Aufzeichnungen über die Fraktionssitzungen vom 2. bis 4. Februar 1915, in: Bundesarchiv Berlin, N 2111, NL Wolfgang Heine 3, pag. 113.

10 Brief vom 17. August 1915, in: Die Reichstagsfraktion 2, 1966, S. 73.

11 Ebd., S. 27.

zu Friedensverhandlungen zu geben, 43 Fraktionsmitglieder Aktionsfreiheit im Reichstagsplenum: Sie wollten gegen die Interpellation stimmen. Ebert geißelte das als »Aufhebung der Fraktionsdisziplin«. Otto Rühle, führender Mann des linken Flügels, kommentierte: »Ebert tobte und paukte die Einheit.«¹² In der Tat: Je mehr die innere Einheit zerbröselte, umso heftiger predigte Ebert dieses Prinzip.

Gleichwohl gestand er der Opposition das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Auf einer gemeinsamen Sitzung von deutschen und österreichischen Sozialdemokraten im April 1915 führte Ebert aus: »Der Parteivorstand ist entschlossen, die Disziplin innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten, dabei hat selbstverständlich die Opposition volle Meinungsfreiheit.«¹³ Wenn Ebert gegenüber dem rechten Flügel schon früh beschwichtigend signalisierte, beizeiten mit der innerparteilichen Opposition abzurechnen, meinte das nicht, die Dissidenten aus der Partei zu werfen, sondern sie in Einfluss und Wirkung in der Partei einzudämmen.

Als dann kurz vor Weihnachten 1915 die Minderheit sich gezwungen sah, das Korsett der Fraktionsdisziplin abzustreifen, 20 SPD-Abgeordnete nach einer Sondererklärung mit Nein votierten und weitere 22 den Saal verließen, um der Abstimmung zu entgehen, schien der Bruch der Fraktion für viele auf dem rechten Flügel unvermeidbar. Nach dem offenen Auftreten der Dissidenten im Reichstag, was selbst Gustav Hoch als einen »Disziplinbruch bedauerlichster Art« verurteilte¹⁴, forderte der rechte Flügel vehement den Ausschluss der Kreditverweigerer. Ebert wehrte ab, was für Eduard David, Exponent eben dieses Flügels, ein »elendster Umfall« war, gerade »jetzt, wo das Geschwür ausgeschnitten werden könnte und müsste«.¹⁵ Im rechten Spektrum war man sich einig, dass das Skalpell viel früher hätte angesetzt werden müssen, um das »Geschwür« der Bewilligungsgegner – will man einmal in Davids Bild bleiben – aus dem sozialdemokratischen Körper zu entfernen.

12 *Walter Mühlhausen*, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, 2. Aufl., Bonn 2007, S. 78.

13 *Susanne Miller*, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 104.

14 Aufzeichnung »Gegen das Sondervorgehen der Minderheit« in: Archiv der sozialen Demokratie, NL Gustav Hoch, 20.

15 Das Kriegstagebuch David, 1966, S. 148, Eintragung vom 21. Dezember 1915.

Ebert konnte die Gräben hier noch einmal notdürftig zuschütten, das sollte jedoch nicht lange halten. Als beim Notetat im März 1916, den anzunehmen man fraktionsintern mit knapper Mehrheit (44 zu 36) beschlossen hatte, Haase ohne jegliche Vorwarnung im Reichstag in turbulenter Atmosphäre das Wort für die gegen den Etat stimmende Minderheit ergriffen hatte, gab es nun auch für Ebert nichts mehr zu vermitteln. Auf der anschließenden Fraktionssitzung rügte er in aller Schärfe das Vorgehen der Bewilligungsgegner als »Disziplinbruch« und »unerhörte Treulosigkeit«¹⁶; Haase und seine Gefolgsleute hätten ihre Fraktionszugehörigkeit verwirkt. Seine Geduld war aufgebraucht. Er musste seinen unermüdlichen Kampf um die Einheit der Fraktion und schließlich der Partei verloren geben: Die Minderheit zog die Konsequenzen und bildete eine eigene Fraktion, die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«, aus der dann 1917 die USPD als neue linke Konkurrenz hervorgehen sollte. Für viele vom rechten Flügel kam das deutlich zu spät. Daran sei die »Unentschlossenheit der Parteileitung« schuld: »In den ersten Kriegsmonaten hätte man leicht Ordnung schaffen können, und das Übel hätte nicht weiter gefressen.«¹⁷ Das war aber mit Ebert nicht zu machen gewesen.

Auf Einigkeit zu pochen, jener in den parteipolitischen Kontroversen vor und im Ersten Weltkrieg manifestierte Handlungsmaßstab, sollte auch zum Credo des am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählten SPD-Vorsitzenden gehören. Nun war für Ebert die Einigkeit der Staatsführung leitendes Prinzip. Er verstand sich nicht, wie von den Weimarer Verfassungsschöpfern gedacht, als regulierende Gegenkraft einer vermeintlichen Partei- und Parlamentsherrschaft, sondern immer als Teil und nicht als Gegenpol der Reichsregierung. Dass strittige Fragen hinter verschlossenen Türen zu diskutieren waren, blieb Konstante seines Denkens und Handelns. Auch in seiner neuen Funktion verteidigte er das Prinzip, dass nach der Kompromissfindung am Verhandlungstisch alle Beteiligten nach außen einmütig hinter dem Konsens zu stehen hatten. Ebert bewies sich damit auf Regierungsebene als Teamspieler, der sich der Mehrheitsmeinung unterordnete und den im stillen Kämmerlein gefundenen Kompromiss dann auch in der Öffentlichkeit verteidigte, ungeachtet seines ursprünglichen persönlichen Standpunkts.

16 Die Reichstagsfraktion 2, 1966, S. 175.

17 Wolfgang Heine an Adolf Linke in Dessau am 23.2.1917, in: Bundesarchiv Berlin, N 2111, NL Wolfgang Heine 10, pag. 224.

Das war etwa im April 1922 der Fall, als Reichskanzler Joseph Wirth und Außenminister Walther Rathenau ohne Eberts Wissen den deutsch-sowjetrussischen Vertrag von Rapallo abschlossen. Für Ebert geschah die Unterzeichnung in Oberitalien zur Unzeit; und er fühlte sich zudem glatt überrumpelt. Dennoch wollte er keine Regierungskrise vom Zaun brechen und unterließ es, öffentlich den Streit zwischen seinem außenpolitischen Vertretungsrecht und der Richtlinienkompetenz des Kanzlers auszufechten. Nach außen drang nichts von den dauerhaften Verstimmungen. Im Gegenteil: Einmütigkeit wurde demonstriert. Ebert bezeichnete den Vertrag mit den von ihm misstrauisch beäugten Bolschewiki gegenüber der Presse als erforderlich – entgegen seiner Überzeugung. Intern schäumte er vor Wut und ging mit Kanzler und Minister scharf ins Gericht.

Das von Ebert verabsolutierte Prinzip der Einigkeit erwies sich mitunter als Fessel auch des eigenen Agierens. Als er die überaus milden und deshalb von vielen als Skandal empfundenen Militärgerichtsurteile gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht bestätigt sehen und die Verfahren neu aufrollen wollte, fügte er sich der Mehrheit im Kabinett. Das ermöglichte es dem zuständigen Reichswehrminister Gustav Noske, den Urteilen Rechtskraft zu verleihen und einen juristischen Schlussstrich zu ziehen. Politisch aber kochte das Ganze weiter. Ebert hatte es versäumt, sich hartnäckiger zu zeigen. Er hätte seiner Überzeugung vielleicht auch durch einen öffentlichen Weckruf mehr Nachdruck verleihen müssen. Das tat er nicht, und so konnte der unbeweisbare Verdacht seiner Verstrickung in den Meuchelmord immer wieder skandalisiert werden – bis heute.

Unter der Zielrichtung geeinter Akteure strebte er nach dem Konsens der Handelnden. Für ihn war der Kompromiss, von vielen seinerzeit – über das epische Verdikt Kurt Tucholskys in seinem »Lied vom Kompromiss« (1919) hinaus – als Schwäche oder gar Makel des parlamentarischen Systems missbilligt, Wesensbestandteil der Demokratie. Wenn Meinungen aufeinanderprallten, musste der Mittelweg gefunden werden, den alle akzeptieren und auch öffentlich vertreten konnten.

Dass Ebert diese Säule demokratischer Organisation anerkannte, machte ihn zu einem Politiker der Moderne. Dieses Prinzip, in der Vorkriegszeit Grundpfeiler sozialdemokratischer Stärke und Stabilität, ließ ihn überhaupt erst sechs Jahre im

Zentrum der Macht ausharren, während sich andere aus der Verantwortung stahlen. Mit seinem unausgesetzten Bemühen um den Konsens und seinem Appell an den Kompromisswillen der Parteien war er seiner Zeit voraus.

Weiterführende Literatur

Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, bearb. v. *Susanne Miller* in Verbindung mit *Erich Matthias*, Düsseldorf 1966.

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, bearb. von *Erich Matthias* und *Eberhard Pikart*, Teil 2, Düsseldorf 1966.

Dittmann, Wilhelm, Erinnerungen, bearb. und eingeleitet von *Jürgen Rojahn*, Bd. 2, Frankfurt a. M./New York 1995.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Mühlhausen, Walter, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, 2. Aufl., Bonn 2007.

Ders., Der Typus Ebert – Anmerkungen zur Biografie des Parteiführers im Staatsamt der Weimarer Republik, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 2011, H. 45, S. 85–104.

Ders., Friedrich Ebert (1871–1925), in: *Uli Schöler/Thilo Scholle* (Hrsg.), *Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922*, Bonn 2018, S. 348–358.

Ders., Vom Milieupolitiker zum Staatsmann. Prägungen und Leitbilder des Parteiführers und Reichspräsidenten Friedrich Ebert, in: *Peter Beule* (Hrsg.), *Friedrich Eberts Wahl zum Reichspräsidenten – Mut zur Demokratie!*, Bonn 2019, S. 8–26.

Ders., *Friedrich Ebert*, 3. Aufl., Bonn 2021.

Schönhoven, Klaus/Braun, Bernd (Hrsg.), *Generationen in der Arbeiterbewegung*, München 2005.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen studierte Germanistik, Geschichte, Politik und Pädagogik an der Universität Kassel. Nach der Promotion 1985 in Kassel unterrichtete er von 1995 bis 2005 als Lehrbeauftragter an der Universität Mannheim. Nach der Habilitation 2006 an der TU Darmstadt ist er seit 2006 Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt. Außerdem ist er seit 2008 Geschäftsführer und seit 2015 auch Mitglied des Vorstands der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

Andreas Biefang

Konflikthafte Vergemeinschaftung. Wahlkämpfe und Wahlen als Agenten der Identitätsbildung in der Sozialdemokratie vor 1914

Will man den Kohäsionskräften der Sozialdemokratie im Kaiserreich auf die Spur kommen, liegt es nahe, abstrakte Klassenbildungsprozesse oder lebensweltlich vermittelte Sozialmilieus in den Blick zu nehmen. Auch geteilte Ideen und Zukunftserwartungen, wie sie in anspruchsvollen Programmdebatten formuliert oder im volkstümlichen Kladderadatsch-Sozialismus vermittelt wurden, dürften dazu beigetragen haben, dass ein Gefühl der Verbundenheit entstand. Daneben spielten performative Handlungen eine wichtige Rolle: die Maifeiern mit ihren Spaziergängen und Straßenumzügen, die mehrtägigen, den Parlamentssitzungen nachempfundenen Parteitage oder die Massenumzüge aus Anlass des Todes herausragender Parteiführer. Durch massenmediale Aufmerksamkeit wurden sie zu nationseweit wahrgenommenen Ereignissen des politischen Lebens.

Im Folgenden wird der Blick auf eine weitere Quelle des Zusammenhalts gerichtet, die einerseits performative Elemente umfasste, andererseits aber auch die politischen Machtverhältnisse unmittelbar tangierte: nämlich auf die Praxis des sozialdemokratischen Wählens im Kaiserreich. Die These lautet, dass die emotionale Vergemeinschaftung der sozialdemokratischen Parteimitglieder und ihrer Anhänger durch erfolgreich bestandene Wahlkämpfe und Wahlen von herausragender, vielleicht entscheidender Bedeutung für die politische Identität der Sozialdemokratie vor 1914 wurde. Die Bedingung der Möglichkeit für diese Entwicklung war das »demokratische« Wahlrecht des Kaiserreichs, auf dessen Einführung und Bedeutung ich zunächst eingehen möchte.

Das allgemeine Wahlrecht für Männer: Entstehung und Bedeutung für die politische Kultur des Kaiserreichs

Laut Artikel 20 der Verfassung von 1867/1871 galt im Deutschen Reich das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. Es garantierte jedem Mann mit vollende-

tem 25. Lebensjahr das Recht zur Wahl, sofern er nicht Armenunterstützung bezog oder »bei der Fahne« war. Es brachte einen Großteil der erwachsenen Männer – bei der damaligen Altersstruktur gut 20 Prozent der Gesamtbevölkerung – in eine unmittelbare Beziehung zu den Institutionen des Reichs. Nach den Maßstäben des 19. Jahrhunderts zählte es damit zu den freiesten und am meisten demokratischen Wahlsystemen überhaupt. Das universelle (Männer-)Wahlrecht bildete das moderne, dynamische Moment einer Verfassung, die deutlich von obrigkeitstaatlichen Momenten geprägt war und dem Parlament einige wichtige Rechte vorenthielt: Der Reichstag besaß nicht die volle Budgethoheit – der umfangreiche Heeresetat blieb der jährlichen Bewilligung entzogen –, es fehlte ihm das Recht der Selbstversammlung und vor allem konnte er die Reichsregierung weder wählen noch stürzen.

Das Wahlrecht als »bonapartistisches« Instrument

Die Geschichtswissenschaft tat sich lange Zeit schwer, zu erklären, wie das demokratische Wahlrecht in eine Verfassung gelangen konnte, die das Prinzip der Volkssouveränität ablehnte und erkennbar autoritär überformt war. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass das Wahlrecht nicht »von unten« infolge einer Revolution erkämpft, sondern im Prozess der Revolution »von oben« vom Staat verliehen worden sei. Da die deutschen Regierungen und namentlich die preußische das demokratische Wahlrecht aber aus ideologischen Gründen ablehnten, überzog eine auf Otto von Bismarck konzentrierte, funktionale Deutung. Nach dieser Auffassung hat der preußische Ministerpräsident die Einführung des demokratischen Wahlrechts betrieben, um den auf Beteiligung an der Macht drängenden Liberalismus in die Schranken zu weisen. Ausgehend von der Erfahrung in Preußen, wo die liberale Opposition unter dem die wohlhabenden Schichten begünstigenden Dreiklassenwahlrecht einen Wahlsieg nach dem anderen eingefahren hatte, sollten durch ein direktes und gleiches Wahlrecht die unteren Schichten gegen die Bourgeoisie in Stellung gebracht werden. In dieser Sichtweise galt das allgemeine Wahlrecht als ein »bonapartistisch« inspiriertes Herrschaftsmittel, um die Liberalen auszubremsen und die Parlamentarisierung des politischen Systems dauerhaft zu verhindern. Seine im Vergleich zu England »verfrühte« Einführung wurde als Bestandteil des vielbeschworenen antiliberalen und antiparlamentarischen »deutschen Sonderwegs« betrachtet.

Das Wahlrecht als Teil der deutschen Demokratiegeschichte

Analysiert man die Genese des Wahlgesetzes im Detail, wird deutlich, dass diese Auffassung, die allein anhand innerpreußischer Debatten entwickelt wurde, das Wesentliche verfehlt. Im Gegenteil scheint es geboten, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts *auch* als Bestandteil der deutschen Demokratiegeschichte zu interpretieren. Dass dieses Wahlrecht 1867/71 Verfassungsrang erhielt, verdankt sich zunächst der kurzen, aber wirksamen Tradition, die es seit der Revolution von 1848/49 ausgebildet hat. Die aus den Wahlen hervorgegangene Deutsche Nationalversammlung, das Parlament der Frankfurter Paulskirche, hatte am 28. März 1849 ein zukunftsweisendes Wahlgesetz beschlossen, mit dem sie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Paragraphen goss. Dieses Gesetz war das Ergebnis eines umfassenden Kompromisses zwischen den konstitutionellen Liberalen, welche die Revolution begrenzen und durch einen preußischen Erbkaiser stabilisieren wollten, und den republikanisch gesinnten Demokraten, denen daran gelegen war, die politische Partizipation möglichst weit auszudehnen. Wegen der militärischen Niederschlagung der Revolution fand das Wahlgesetz jedoch keine Anwendung mehr. Allerdings verschwand es nicht aus dem Bewusstsein der Akteure. Im Gegenteil: Als zu Beginn der 1860er-Jahre die polizeiliche Repression der Gegenrevolution allmählich nachließ, geriet das allgemeine Wahlrecht erneut auf die politische Tagesordnung. Seit Oktober 1862 gehörte das Wahlgesetz von 1849 in Verbindung mit der preußischen Erbmonarchie, also der liberal-demokratische Kompromiss der Paulskirche, zu den zentralen Forderungen der weitgefächerten nationalen Bewegung, die ihr organisatorisches Zentrum im Deutschen Nationalverein hatte.

Die Nationalstaatsgründung als Ermöglichungskonstellation

Für die Einführung des demokratischen Wahlrechts reichten antiliberale Planspiele im Umfeld der preußischen Regierung ebenso wenig wie der politische Druck aus Gesellschaft und progressiven Parteien. Möglich wurde sie erst in der besonderen politischen Konstellation des Reichsgründungsprozesses, der von drei später als »Einigungskriege« bezeichneten Waffengängen begleitet war. Das demokratische Wahlrecht war gewissermaßen der Preis, den Bismarck, seine konservativen Verbündeten und die demokratieskeptischen Liberalen für die Reichsgründung

zahlen mussten. Die Gründe lagen zunächst auf außenpolitischem Feld, wo Bismarck mit dem Verweis auf das demokratische Wahlrecht das multinationale Habsburgerreich in die Defensive bringen und zugleich territoriale Kompensationswünsche der europäischen Mächte, namentlich Frankreichs, zurückweisen konnte.

Vor allem aber gab es einen zwingenden innenpolitischen Grund, nämlich die Notwendigkeit des *nation building*. Nur durch die plebiszitäre Akklamation in Form des demokratischen Wahlrechts konnte dem neugegründeten Nationalstaat, für den mehrere legitime Dynastien entthront worden waren, überhaupt Stabilität und Glaubwürdigkeit verliehen werden. Andere zentralstaatliche Integrationsfaktoren gab es zunächst kaum. Die siegreichen Armeen waren weiterhin den Einzelstaaten zugeordnet, blieben preußisch, bayerisch, sächsisch. Und »Kaiser« war zunächst nicht viel mehr als der Amtstitel, den der legitime preußische König als Vorsitzender des Bundesrats trug. Die Aura eines Nationalmonarchen musste er sich noch erarbeiten. In dieser Situation sahen sich sowohl Bismarck als auch die entstehende Nationalliberale Partei dazu gezwungen, an das revolutionäre Wahlrecht von 1849 anzuknüpfen, obwohl sie von ihrem ideologischen Standpunkt her ein Wahlrecht favorisierten, das nach Eigentumsverhältnissen oder Bildungsgraden gestaffelt war.

Der Reichstag als Gesetzgeber und die »Fundamentalpolitisierung« der Gesellschaft

Wegen des starken gesetzlichen Regelungsbedarfs infolge der Reichsgründung rückte der Reichstag seit den 1870er-Jahren ins Zentrum der öffentlichen und medialen Wahrnehmung. Die politische Agenda war aufgrund der legislatorischen Integration des Reichs von Rechtsvereinheitlichung und Kodifizierung bestimmt. Vor allem auf dem Feld des Wirtschaftsrechts und der Justiz wurde das Jahrzehnt zu einer vom politischen Liberalismus geprägten Reformdekade. In den 1880er-Jahren änderte sich jedoch die politische Agenda. Mit dem Aufkommen des Wirtschaftsprotektionismus und der schrittweisen Etablierung des modernen Sozialstaats rückten andere Themen ins Zentrum der Gesetzgebung. Der Reichstag wurde dadurch immer mehr zum Adressaten wirtschaftlicher und sozialer Lobbygruppen. Dies schlug sich auch in der großen Zahl von meist professionell organisierten Petitionen nieder. Mit seinem umfangreichen legislatorischen Programm

wuchs das Parlament jedenfalls zu einem Akteur heran, der die Lebenswirklichkeit eines großen Teils der Bevölkerung in vielen Bereichen des Alltags unmittelbar und spürbar beeinflusste. Durch die Verbindung aus öffentlichkeitswirksamer Behandlung der Gesetze im Plenum und effektiven Durchsetzungschancen in den Ausschüssen konnte der Reichstag zu einem »zentralen Bezugspunkt der Nation« (Thomas Nipperdey) werden.

Für diese Deutung spricht auch die Entwicklung der Wahlbeteiligung, die von 1871 bis 1912 nahezu kontinuierlich anstieg. Sie erreichte 1871 bereits 51 Prozent, überschritt 1874 die 60-Prozent- und 1887 die 70-Prozent-Marke. In den Wahlen von 1907 und 1912 stieg die Beteiligung auf über 84 Prozent und erreichte damit einen Mobilisierungsgrad, der auch in den »reifen« Demokratien der Gegenwart als außerordentlich gelten muss – und das, obgleich der Erfolgswert der einzelnen Wählerstimme in dicht bevölkerten städtischen Wahlkreisen um ein Vielfaches geringer sein konnte als in dünnbesiedelten ländlichen Gegenden. Zugleich nahm die Zahl der politisch umkämpften Wahlkreise immer weiter zu, ablesbar an den Stichwahlen, deren Anzahl von 45 im Jahr 1871 auf 190 im Jahr 1912 wuchs. Ganz offensichtlich betrachtete ein wachsender Teil der Bevölkerung die Wahlen zum Reichstag als einen Vorgang, an dem zu beteiligen sich lohnte, sei es, weil man Wahlen als Austragungsort politisch-ideologischer Richtungsentscheidungen betrachtete, oder weil man sich in seinen persönlichen Interessen betroffen sah.

Die SPD als parlamentarische Partei

Die Fraktion als Zentrum der sozialdemokratischen Politik

Die Sozialdemokratie startete als antiparlamentarische Partei. Zu Beginn des Kaiserreichs galten Sozialdemokraten als revolutionäre Umstürzler – teilweise wollten sie das auch sein – und waren erheblichem staatlichen Verfolgungsdruck ausgesetzt. Zudem hatte die Partei ein sehr zwiespältiges, eher funktionales Verhältnis zum Parlamentarismus. Sie sah im Reichstag vor allem ein Organ des autoritären Klassenstaats, das man als Propagandabühne für die Verbreitung des sozialistischen Programms nutzen wollte. Eine konstruktivere Haltung begann sich ausgerechnet während der Geltung der »Sozialistengesetze« zwischen 1878 und 1890 durchzusetzen. Im parlamentarischen Alltag erkannten die sozialdemokratischen Abgeordneten, dass sich die Mitarbeit an der Gesetzgebung nutzen

ließ, um die Lebensverhältnisse der Arbeiter bereits in der Gegenwart zu verbessern. Das war ganz entschieden die Erwartung der Wähler, widersprach aber der Vorstellung von der Unreformierbarkeit des Klassenstaats. Die Ursachen des nach der Jahrhundertwende so leidenschaftlich geführten Revisionismusstreits zwischen Marxisten und Reformisten lagen bereits in jenen Jahren.

In der Zeit des faktischen Parteiverbots wurde der Reichstag zum einzigen Ort, an dem die Partei sich legal betätigen konnte. Die Fraktionsspitze übernahm jetzt zwangsläufig die politische Führung, während sich die Vertreter der Parteiorganisation im Schweizer Exil aufhielten. Das dabei ausgebildete Muster blieb während der folgenden Jahrzehnte bestehen. Beinahe alle prominenten Parteiführer besaßen ein Reichstagsmandat, das seinerseits wiederum die Voraussetzung war, um nationale politische Prominenz zu erlangen. Für Frauen wie Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg galt das aus bekannten Gründen nicht, wohl aber für August Bebel, der als »Arbeiterkaiser« von 1867 bis zu seinem Tod 1913 dem Reichstag angehörte und zu einem der prominentesten und wohl auch einflussreichsten Parlamentarier überhaupt wurde. Aber auch der kometenhafte Aufstieg des Parteisekretärs und Vorstandsmitglieds Friedrich Ebert ist mit seiner Wahl in den Reichstag 1912 unauflösbar verknüpft.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie anhand der Wahlergebnisse

Der zunehmend systemkonforme Kurs der Reichstagsfraktion zahlte sich politisch aus. Bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890, unmittelbar nach Auslaufen der »Sozialistengesetze«, wurden die Sozialdemokraten erstmals zur stimmenstärksten Partei. Die Honorierung durch die Wähler war von fundamentaler Bedeutung für die künftige politische Ausrichtung der Partei. Seither gehörte die Agitation für das allgemeine Männer- (und bald auch Frauen-)Wahlrecht zu den Essentials beinahe jeder sozialdemokratischen Versammlung. Auch der alt gewordene Revolutionär Friedrich Engels erkannte nun im Parlamentarismus eine mögliche Machtperspektive: »Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist endgültig vorbei«, schrieb er im November 1892.¹ Tatsächlich ging es jetzt für die Sozialdemokraten bei den Wahlen nur noch bergauf: 1893 erzielten sie 1,787 Millionen Stimmen, 1898 bereits 2,107 Millionen und 1903 übersprangen sie die

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 38, Berlin (DDR) 1979, S. 505.

Drei-Millionen-Grenze. Den größten Wahlerfolg errangen sie 1912 mit 4,25 Millionen Stimmen. Zum ersten Mal wurde die Partei mit 110 Mandaten auch zur stärksten Fraktion im Reichstag.

Das demokratische Wahlrecht als Katalysator partizipatorischer Forderungen

Das demokratische Wahlrecht war das dynamische Element in der Verfassung des Kaiserreichs. Es politisierte und mobilisierte die Bevölkerung und setzte den Maßstab, an der die Zustände in den deutschen Einzelstaaten gemessen wurden. Denn diese, namentlich das übermächtige Königreich Preußen, aber auch das Königreich Sachsen, verfügten über weit weniger moderne politische Systeme. Hier soll nur von Preußen die Rede sein, dem bei Weitem größten deutschen Territorialstaat, der zwei Drittel der Wahlbevölkerung beheimatete. Dort herrschte zwar seit 1850 ein allgemeines Wahlrecht, aber dieses Wahlrecht war bloß indirekt und vor allem sehr ungleich: Das Elektorat wurde nach Steueraufkommen in drei Klassen aufgeteilt, die jeweils über ein Drittel der Mandate entschieden. Dadurch war das Stimmgewicht der Wohlhabenden erheblich größer als das der einfachen Leute. Entsprechend deutlich unterschied sich die politische Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses, in das die Sozialdemokraten zum ersten Mal 1908 sechs Abgeordnete entsenden konnten, von derjenigen des Reichstags.

Die Mehrzahl der (männlichen) preußischen Wahlbürger befand sich in der paradoxen Situation, dass sie als Reichsbürger nach demokratischem Wahlrecht wählen konnten, während sie als Preußen einem rückständigen, bewusst antidemokratisch konzipierten Wahlregime unterworfen waren. Aus dieser Diskrepanz erwuchs eine erhebliche mobilisierende Kraft für die Gegner des Dreiklassenwahlrechts, namentlich für die Sozialdemokraten. Sie entwickelten jetzt neue Formen öffentlicher Massenagitation, zu denen die Eroberung der Straße als politischer Raum zu rechnen ist. Der Höhepunkt waren die Wahlrechtsdemonstrationen vom März und Mai 1910, an denen sich vor dem Reichstagsgebäude und im Treptower Park Hunderttausende beteiligten.

Auch für die Frauenrechtsbewegung wurde das demokratische Männerwahlrecht auf Reichsebene zum Katalysator politischer Forderungen, wenn auch weniger stark als für die Gegner des Klassenwahlrechts. Die Sozialdemokraten hatten sich

bereits mit dem Erfurter Programm von 1891 für das Frauenwahlrecht ausgesprochen, ohne das Thema mit Nachdruck zu verfolgen. Für sie stand die Klassenfrage im Vordergrund, mit deren Lösung auch das Wahlrechtsproblem verschwinden würde. Sozialistische Frauen trugen diese Sichtweise mit wachsenden Zweifeln mit.

Die Reichstagswahlen und die Kohäsion der Sozialdemokratie

Reichstagswahlen als Gemeinschaftserlebnis: Die performative Beschwörung der »Volkssouveränität«

Die Reichstagswahlen konnten nur deshalb zu einem für die Sozialdemokratie identitätsbildenden Vorgang werden, weil der monarchische Obrigkeitsstaat auch unter den Bedingungen des Parteiverbots den Sozialisten weiterhin erlaubte, für das Parlament zu kandidieren und die entsprechenden Wahlkämpfe zu bestreiten. Eine weitere Voraussetzung bestand darin, dass die Wahlen als einigermaßen fair empfunden wurden. Insgesamt haben das die meisten Wähler so gesehen, auch die Anhänger der SPD. Zwar gab es eine Fülle von Beeinflussungsversuchen namentlich in den ländlichen Regionen Preußens. Aber der Reichstag verfügte über ein effizient arbeitendes System der Wahlprüfungen. Zudem gelang ihm nach wiederholten Anläufen im Jahr 1903 eine Reform der Wahlordnung: Mit der Einführung von Wahlkabinen und offiziellen Wahlurnen konnte die Integrität des Wahlvorgangs weitgehend gewährleistet werden. Allerdings blieb die Ungleichheit des Stimmengewichts, die sich aus dem Zuschnitt der Wahlkreise ergab, erhalten. Das nutzte den eher ländlichen Konservativen und schadete der städtischen Sozialdemokratie. Umso triumphaler erschienen die Wahlerfolge der Partei.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag waren ein komplexer Vorgang, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckte und in verschiedene Raum-, Zeit- und Handlungsabschnitte untergliedert werden kann. Gewählt wurde in 397 Einmannwahlkreisen. Kam im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit zustande, folgte eine Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten. Die Wahlen begannen mit der amtlichen Verkündung des Wahltermins. Sie umfassten die administrative Vorbereitung des Wahltags von der Festlegung der Stimmbezirke

über die Erstellung der Wählerlisten und die Bestimmung des Wahlvorstandes bis zur Auswahl der Wahllokale und der Bereitstellung der für den Wahlvorgang benötigten Utensilien. Dem standen auf politischer Seite die Kandidatenaufstellung, der Wahlkampf in all seinen Facetten sowie die Stimmzettelverteilung gegenüber. Der Höhepunkt des Geschehens war mit dem Wahltag und dem Vollzug des eigentlichen Wahlakts erreicht. Die Parteien versuchten noch, säumige Wähler zu den Wahllokalen zu »schleppen« und die richtigen Stimmzettel an den »Mann« zu bringen – denn amtliche Zettel gab es nicht. Im Wahllokal selbst hatte die Wahlpropaganda zu schweigen, hier sollte der Parteigänger und Wähler als Staatsbürger agieren, ganz so, wie die gewählten Abgeordneten die Interessen des gesamten Volkes im Auge zu behalten hatten. War die Abstimmung beendet, folgte die von Parteienvertretern kontrollierte Stimmauszählung in den Wahllokalen sowie die Bekanntgabe der Wahlergebnisse. In großen Städten wurden dazu die Bilder aussichtsreicher Kandidaten an Hauswände projiziert – meist an die Redaktionsgebäude der ortsansässigen Zeitungen –, vor denen sich neugierige Menschenmengen versammelten. Selbst von Kaiser Wilhelm II. ist bekannt, dass er gespannt auf den Wahlausgang in bestimmten Wahlkreisen wartete. Der Wahlabend konnte schon im Kaiserreich politisch und unterhaltend zugleich sein. Es folgten die Siegesfeiern der erfolgreichen Kandidaten, Parteien und Anhänger. Das Wahlgesehehen kam endgültig zum Abschluss, nachdem die Ergebnisse der Stichwahlen festgestellt waren. Insgesamt konnten von der Bestimmung des Wahltermins bis zur amtlichen Verkündung der Ergebnisse bis zu drei Monate verstreichen.

In diesen sich über Monate erstreckenden Ereigniszusammenhang, der eine Vielzahl performativer Handlungsformen umfasste, wurden zahlreiche unterschiedliche Akteure einbezogen. Dazu zählten die mit der Vorbereitung und Durchführung des Wahlgangs betrauten Amtspersonen ebenso wie die Kandidaten, die Parteimitglieder und die zahlreichen Wahlkämpfer. Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Bürger, darunter viele Frauen, beteiligten sich an den überwiegend dezentral organisierten Wahlkämpfen, die zumindest in den umkämpften Wahlkreisen sowie den großen Städten immer aufwändiger wurden.

Die politische Kraft, welche die öffentlichen Repräsentationen des Wählens am planvollsten und effektivsten für ihre politischen Zwecke nutzte, war die Sozialdemokratie. Sie war zudem diejenige Partei, die als erste und am konsequentesten

danach trachtete, in möglichst allen Wahlkreisen des Reichs mit eigenen Kandidaten anzutreten, und zwar auch dort, wo keine Aussicht auf einen Wahlsieg bestand. In ihren Wahlkämpfen entwickelte die Partei eine ungeheure Expertise und zahlreiche neue Agitationsformen. Sie konnte dabei auf die Einsatzbereitschaft ihrer Anhänger bauen.

Publizistisch unterstützt wurde die Sozialdemokratie maßgeblich von dem parteieigenen, wöchentlich erscheinenden Witzblatt *Der wahre Jacob*. Dessen volkstümlicher Duktus dürfte den Empfindungen und Denkweisen der einfachen Parteimitglieder und der Wähler vermutlich mehr entsprochen haben als die programmatischen Auseinandersetzungen und Theoriedebatten der Zeitschriften und Parteitage. Ironisch, anklagend, agitatorisch und immer hoffnungsfroh machte das Blatt die Wahlen und Wahlkämpfe zu einem bevorzugten Thema seiner Karikaturen und Propagandabilder: Der (Wahl-)Zug des Sozialismus mit seinem Lokführer August Bebel, das war die Botschaft, ließ sich auch von den versammelten politischen Gegnern nicht mehr aufhalten. Auf einer anderen Zeichnung konnte man sehen, wie gutgelaunte Sozialdemokraten mit Bocksprüngen über die Rücken der besiegten Nationalliberalen und Zentrumsleute in den Plenarsaal des Reichstags hüpfen. Der Optimismus des *Wahren Jacob* kannte keine Grenzen.

Die Sozialdemokraten feierten ihre Wahlerfolge, die sie oft unter schwierigen Bedingungen erzielten, mit demonstrativem Stolz. Aus dem kontinuierlichen Stimmenzuwachs zogen sie ein steigendes Selbstvertrauen, das den Zusammenhalt der Parteiflügel ebenso stärkte wie das Bündnis mit den Wählern. SPD zu wählen, schuf Zuversicht. Der Wahlkampf und der durchritualisierte Urnengang am Wahlsonntag wurden zu einer Schule der Demokratie, in der die Austragung politischer Konflikte nach verbindlichen Verfahren eingeübt und Wertvorstellungen über die Legitimität politischen Handelns verankert wurden. Eine demokratische Praxis entstand, die performativ die Idee der Volkssouveränität evozierte, obwohl diese als Verfassungsnorm nicht existierte.

Die Erfahrung des Wählens und die Entscheidung für den Parlamentarismus 1918/19

Für die Sozialdemokraten brachte der überwältigende Wahlsieg von 1912 neue Probleme mit sich. Wegen der gewachsenen parlamentarischen Stärke musste sich

die Partei intensiver als zuvor fragen, ob sie die Zusammenarbeit mit den »bürgerlichen« Parteien vertiefen sollte. Das Problem des Reformismus stand wieder auf der Tagesordnung. Erschwert wurde die Situation durch den Tod der übergroßen Integrationsfigur August Bebel im August 1913. Ein Jahr später herrschte Krieg, und die Sozialdemokratie ging nach ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 der Parteispaltung entgegen.

Die sozialistischen Theoretiker haben sich nur ungerne und vage über das Aussehen des »Zukunftsstaats« geäußert, aber die Erwartung der sozialdemokratischen Anhängerschaft war klar: Dort würden Wahlen stattfinden müssen. Die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie erschien wie eine Abschlagzahlung auf den »Zukunftsstaat«. Sie ließ die Partei und die Wähler in dem Gefühl zurück, dass die Zukunft ihnen gehöre. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch das Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und ihres Umfelds während der Revolution 1918/19 besser verstehen. Nicht nur der Anti-Chaos-Reflex komplexer Industriegesellschaften veranlasste die große Mehrheit der sozialdemokratischen Anhängerschaft dazu, die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung zu befürworten. Dahinter stand auch die jahrzehntelange Praxis des Wählens sowie die effektvolle Propagierung des allgemeinen Wahlrechts als symbolischer Ausdruck der »Volkssouveränität«.

Weiterführende Literaturhinweise

Anderson, Margaret Lavinia, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Kaiserreich, Stuttgart 2009.

Biefang, Andreas, Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell, in: *Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, Düsseldorf 2008, S. 233–270.

Biefang, Andreas, Wahlsieg 1912, in: *Anja Kruke/Meik Woyke* (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 88–91.

Dr. Andreas Biefang studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Bonn, der FU Berlin und der Universität zu Köln. 1992 wurde er an der Universität Köln promoviert. Biefang ist Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl).

